



AL-DJABHA

DIE FRONT

nr. 6/7 Preis:
Jahr: 1970 | 1 DM

**Herausgeber : KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG PALÄSTINAS
in Aachen, Frankfurt und Heidelberg**

6900 HEIDELBERG GRABENGASSE 14 c/o ASTA

Doppelnummer

INHALT :

Editorial	S. 1
Erich Fried: Zwei Gedichte	S. 5
Zum hundertsten Geburtstag von W. I. Lenin: Zur nationalen Frage	S. 6
Die Assoziierung Israels an die EWG	S. 12
Gaza-Kommando-Aktion der FPDLP	S. 15
Das Erdöl und die imperialistische Politik im arabischen Raum	S. 16
Die Revolutionäre Front der irakischen Studenten	S. 19
Zur Geschichte der palästinensischen Widerstandsbewegung (II)	S. 20
Der israelische Kriegshaushalt 70/71	S. 23
Die Rolle Israels in Afrika	S. 25
Der arabische Aufstand in Palästina 1929 und die jüdische landwirtschaft- liche Kolonisation	S. 28
Der palästinensische Aufstand von 1936	S. 36
FPDLP-Erklärung zu den Flugzeugatten- taten	S. 40
Rassismus als imperialistisches Propa- gandainstrument	S. 42



Verantwortlich: Dieter Hildebrandt, 69 Heidelberg
 Druck: J. Noth, 69 Heidelberg
 Spendenkonto FPDLP: Heidelberger Volksbank, Kto-Nr. 5012

تذكري المئوية لميلاد ف. ا. لينين

EDITORIAL

Der Besuch des israelischen Außenministers in der Bundesrepublik traf auf eine fast reaktionslose westdeutsche Linke. Obgleich Abba Eban als Vertreter derjenigen imperialistischen Macht, die neben den USA derzeit den härtesten und für den Imperialismus wichtigsten Krieg zur Niederschlagung nationaler Befreiungsbewegungen führt, in die BRD kam, um für die israelische Aggression lebensnotwendige Unterstützung zu gewinnen; obgleich man daneben davon ausgehen kann, daß dieser Zusammenhang als Kenntnis in den Köpfen der Linken vorhanden ist, ist dieser Besuch dennoch nicht mit einer allgemeinen Kampagne zur Aufklärung über den Charakter der israelischen Aggression und zur Unterstützung des fortschrittlichen Teils der palästinensischen Befreiungsbewegung beantwortet worden.

Dieselben fortschrittlichen politischen Kräfte, die sich seinerzeit über Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den Imperialismus heranzubilden, scheinen heute zu einer ähnlichen Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes nicht ohne weiteres fähig zu sein. Sieht man davon ab, daß das augenblickliche Fehlen einer nationalen Organisation der westdeutschen antirevisionistischen Linken allgemeine Kampagnen natürlich erschwert, so wird man zur Erklärung eben auf die Politisierungsgeschichte der heutigen Linken zurückgreifen und fragen müssen, inwieweit ein spezifisch historisches Moment des bürgerlichen Klassenbewußtseins mindestens in der Weise noch virulent ist, daß es gegenüber Einschüchterungsversuchen der herrschenden Klasse empfänglich ist.

Tatsächlich ist bei vielen der heutigen Linken ein sich philosemitisch wendender Antinazismus die erste Erscheinungsform eines moralischen politischen Engagements gewesen, das seine Überzeugung vor allem aus dem Abscheu über die Judenvernichtung zog und stellvertretend für die Väter "die Vergangenheit zu bewältigen" suchte. Die Existenz des Staates Israel und seine Erhaltung wurden als ein Postulat einer höheren historischen Gerechtigkeit empfunden. Damit ging einher, daß hinsichtlich der Rolle der Juden in Deutschland sich ein Geschichtsbild entwickelt hatte, das richtig die Bedeutung, die assimilierte Juden als Individuen für Liberalismus und Sozialismus in Deutschland gehabt hatten, hervorhob und in dem die linksliberale, literarische Jugend einen guten Teil ihrer politischen Identität fand. Das Phänomen des Zionismus war in diesem Geschichtsbild nur als etwas vorhanden, dessen Existenz bestritten werden mußte, weil es von den Nazis als propagandistisches Alibi für ihre Verbrechen gebraucht worden war und weil die "jüdische Weltverschwörung gegen Deutschland" tatsächlich nichts als eine Erfindung der Nazis gewesen war. Wenn es aber den Zionismus gar nicht gab und wenn gleichzeitig die Entstehung des Staates Israel nach dem 2. Weltkrieg als Folge dieses von Deutschland hervorgerufenen Krieges und der Verfolgung der Juden durch die

Nazis gesehen wurde, dann war Israel der Staat derer, mit denen als Opfer der Nazis die jungen Antinazis sich solidarisch fühlten. Daß die Entstehung des Staates Israel tatsächlich ein Produkt der langen und gewalttätigen kolonialistischen Anstrengungen der zionistischen Weltorganisation und der imperialistischen Interessen der Großmächte war und daß dabei die nazistische Judenverfolgung ihrerseits lediglich die Rolle des moralischen Alibis spielte, war diesem Geschichtsbild völlig fremd.

Damit ist auch der Boden beschrieben, auf dem sich heute die Einschüchterungsmanöver der zionistischen Propaganda und ihrer Helfershelfer in den westdeutschen Redaktionsstuben vollziehen. Wer Millionen Tote aus den Gaskammern der Nazis vorzuweisen hat, hat offenbar ein Recht darauf, moralisch immer im Recht zu sein und nicht irgendwelchen Differenzierungen unterworfen zu werden. Das hat zur Folge, daß die imperialistische Propaganda nirgendwo so offen, so frech und so zynisch auftreten kann wie im Fall Israel. Der folgende Auszug aus einem Zeitungsbericht z. B. illustriert, daß es offenbar eine Art Naturrecht für Israel gibt, nach welchem von Israel angegriffene Staaten sich nicht wehren dürfen:

"Bestürzung und Unruhe haben in Israel Berichte über den Aufbau eines modernen sowjetischen Luftabwehrsystems in Ägypten ausgelöst. . . Die israelischen Befürchtungen gründen sich vor allem auf die Tatsache, daß die sowjetischen Raketen vom Typ SAM 3 gegen tieffliegende Flugzeuge eingesetzt werden. Die israelischen Piloten greifen meist im Tiefflug an, um das ägyptische Radar zu unterfliegen. Fachleute in Israel halten es für möglich, daß die israelischen Verluste steigen werden." Dies ist kein Spaß", erklärte ein Beamter des Verteidigungsministeriums zu den Berichten aus Kairo. (Rhein-Neckar-Zeitung, 21/22. 3. 70)

Wenn die offen eingestandene permanente Aggression auch noch darauf pocht, nicht unterbunden werden zu dürfen und die westdeutsche Presse angesichts solcher Möglichkeit in die israelische "Bestürzung und Unruhe" einstimmt, dann vergeht offenbar denjenigen Genossen, die darauf angewiesen waren, daß ihr Vietnamprotest mindestens auf das Wohlwollen von Teilen der liberalen Presse stieß, der Mut. So verzichtete der Münchener ASTA - "zugunsten einer längerfristigen Perspektive der Aufklärung" - auf die geplante Demonstration zum Abba-Eban-Besuch, nachdem die imperialistische Propaganda den Brand des jüdischen Altersheims in München völlig willkürlich der palästinensischen Befreiungsbewegung unterschoben hatte. Statt konkret die Lügen über die palästinensische Befreiungsbewegung zu entlarven und die Absicht dieser Lügen aufzudecken, haben die Münchener Genossen sich auf eine abstrakte Aufklärung bezogen, die offenbar stiller Stunden bedarf. Wenn in einer Situation, in der z. B. der "Münchener Stadtanzeiger" unter der Überschrift "Säubert München" zum antiarabischen Program aufruft, die Aufklärung in der sogenannten "längerfristigen Perspektive"

verschwindet, dann bedeutet das den Verzicht auf Aufklärung über den Imperialismus und die imperialistische Propaganda überhaupt, weil deren Natur offenbar darin liegt, ihren Gegnern keine stillen Stunden zu lassen. Sich in einer solchen Situation nicht oder nur ausweichend oder gar entschuldigend zu äußern, hat notwendig die Verschlechterung der Voraussetzung der Aufklärungsarbeit zur Folge, weil das Schweigen oder die Zurückhaltung der anti-imperialistischen Kräfte der imperialistischen Propaganda recht zu geben scheinen.

Deshalb ist die geplante Palästina-Demonstration in Heidelberg auch durchgeführt worden. Durch mehrere Flugblätter vorbereitet, in denen der imperialistische und rassistische Charakter des israelischen Staates erklärt und die Ziele der fortschrittlichen Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung, insbesondere der FPDLP, herausgestellt wurden, stand die Demonstration, an der 300 bis 400 Leute teilnahmen, unter folgenden Parolen:

Gegen die Unterstützung, die die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse dem Staat Israel gewährt!

Solidarität mit der demokratischen palästinensischen Widerstandsbewegung!

Unterstützung des marxistisch-leninistischen Kerns der palästinensischen Widerstandsbewegung (FPDLP), der allein ein Bündnis mit der jüdischen Arbeiterklasse einleiten und damit den Sieg über den israelischen Staat gewährleisten kann!

Unterstützung der israelischen sozialistischen Opposition (Mazpen und Rakah)!

Entlarvung des Bündnisses der imperialistischen Metropolen mit der israelischen Aggressionspolitik!

Entlarvung der üblen Hetze gegen die Araber, die über die Ursachen des Nahost-Konflikts hinwegtäuschen und ihn als Auseinandersetzung zwischen "zivilisierten Staaten" und "blutrünstigen Fanatikern" darstellen soll!

Es lebe der Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter und Bauern gegen Zionismus und arabische Reaktion!

Es lebe der internationale Klassenkampf!

In Heidelberg wollte sich der Oberbürgermeister zum Exekutor der imperialistischen Propaganda machen und die Demonstration verbieten. Dieser alerte Herr vom dynamischen Flügel der SPD hatte schon seinerzeit in der ersten Phase der Vietnam-Demonstrationen begriffen, daß antiimperialistische Demonstrationen imstande sind, die Lügen der herrschenden Klasse zu zerreißen und durch die Darstellung ihrer Komplizenschaft bei der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker der Dritten Welt den Charakter der westlichen Demokratie als Klassenherrschaft im eigenen Land wirkungsvoll bloßzulegen. Nachdem er sich damals eine schmachvolle Niederlage eingehandelt hatte, befrachtete er diesmal seinen neuen Versuch, sich als qualifizierter Agent des Kapitals zu erweisen, mit der ganzen Wucht der aufgehetzten "öffentlichen Meinung", machte sich zum Rächer der neuen rassistischen Staatsreligion, des Philosemitismus, und warf die Verfassung sowie die gewaltig angewachsene Demonstrationserfahrung der nordbadischen Polizei in die Waagschale. 350 Polizisten stellte er die Aufgabe, "das Zustandekommen der Demonstration in jedem Fall zu verhindern". Als bewußter

Propagandist des Imperialismus wollte er möglicherweise erschreckten Passanten die Zerschlagung der Demonstration so erklären:

Ein Flugblatt, das nicht verteilt wurde

Das Bürgermeisteramt Heidelberg — die Kreispolizeibehörde — ließ gestern tausend Flugblätter drucken, in denen erklärt wurde, warum die „Palästina-Demonstration“ untersagt worden ist. In dem Flugblatt, das allerdings der Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe wegen nicht verteilt wurde, heißt es:

● Sie soll eine Demonstration gegen die „verbrecherische Politik des Zionismus“ sein.

● Sie soll die „Geschäfte des westdeutschen Kapitals mit dem israelischen Imperialismus“ verdeutlichen.

● Sie soll die „Solidarität mit dem anti-imperialistischen Kampf der palästinensischen Widerstandsbewegung und vor allem mit der marxistisch-leninistischen demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP)“ bekunden.

So die SDS-Gründe der Demonstrations-Anmeldung. Mit keinem Wort distanzieren sich die SDS-Anmelder von den Attentaten auf Flugzeuge in Deutschland und in der Schweiz.

Im Gegenteil! Die Demonstration wirbt um Sympathie für die marxistisch-leninistische demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP), für eine Bewegung, die radikalere Ziele verfolgt als Al Fatah!

Die Agitatoren für diese Demonstration sprechen von Kampf, von Antizionismus, von Volksfront-Befreiung. Sie wenden sich damit gegen den Artikel 26 des Grundgesetzes. Dieser verbietet ohne Einschränkung Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.

Diese Demonstration wurde mit einer verfassungswidrigen Begründung beantragt. Deshalb mußte sie untersagt werden. Demonstration stellt ein Recht dar, seine Meinung zu äußern. Es gibt aber kein Recht, verfassungswidrige Meinungen öffentlich zu vertreten.

Wir liefern unsere verfassungsmäßigen Rechte nicht denen aus, die nur darauf ausgehen, sie öffentlich zu mißachten.

Das Bürgermeisteramt Heidelberg
— Kreispolizeibehörde —

Der SDS hat am Tag nach der Demonstration die Machenschaften des Oberbürgermeisters durch eine Presseerklärung folgendermaßen beleuchtet:

„Oberbürgermeister Zundel hat nichts dazugelernt. Aus seinen bisherigen Mißerfolgen mit Demonstrationsverboten zieht er die falschen Schlüsse. 1967 hatte er die Hauptstraße grundsätzlich für Demonstrationen verbieten wollen und kam damit nicht durch. Jetzt wollte er Demonstrationen des SDS überhaupt verbieten. Die frühere Verkehrstechnische Argumentation wurde durch eine ausgesprochen politische ersetzt. Damit wurde sie auch politisch überprüfbar.“

Zundel spielte sich als Sachkenner des Nah-Ostkonfliktes auf und hat entweder keine Ahnung oder will die Bevölkerung bewußt hinters Licht führen: die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP), die sich seit ihrem Bestehen gegen individualistische Aktionen wie Flugzeugattentate gewandt hat und im Volkskrieg konsequent die Massenlinie vertritt, will er für die Attentate verantwortlich machen, weil sie sogar "radikaler" sei als die Al Fatah. Aber radikal sein heißt, die Sache an der Wurzel packen. Die FPDLP verurteilt deshalb pseudoheroische Gesten oder individualistische Terrorakte und führt den Volkskrieg als Klassenkampf, was ihr ein Bündnis mit den jüdischen Arbeitern ermöglicht. Zundel führt in seinem Verbot den Art. 26 des Grundgesetz an, der die Unterstützung von Angriffskriegen verbietet. Das ist eine schlichte Unverschämtheit, denn die korrekte Anwendung dieses Paragraphen würde gerade die Unterstützung Israels verbieten, das durch einen Angriffskrieg entstanden ist und mit Hilfe von Angriffskriegen laufend sein Gebiet erweitert und damit den Volkskrieg der Palästinenser erst notwendig machte.

Zundels Verbotsantrag ist vom Verwaltungsgericht faktisch aufgehoben worden. Zundel, der von der Verfassung schwätzte, wollte die Verfassung außer Kraft setzen.

Der SDS ist sich darüber im klaren, daß die Demonstrationenfreiheit immer wieder erkämpft werden muß, und daß der Gang zum Verwaltungsgericht diesen Kampf bestenfalls ergänzen aber nicht ersetzen kann.

Zundels Anschlag, der mit Hilfe von über 300 Bereitschaftspolizisten in die Tat umgesetzt werden sollte, ist fehlgeschlagen. Die Palästina-Demonstration war ein

Angriff auf die allgemeine rassistische Hetze gegen die palästinensische Befreiungsbewegung. Sie hat diesen Zweck erfüllt."

Die Palästina-Kampagne in Heidelberg hat, wie schon früher die Vietnam-Kampagnen, gezeigt, daß antiimperialistische Aufklärung unter den Bedingungen verschärften Drucks von Seiten der Herrschaftsorgane und der fast totalen Zustimmung der "Öffentlichkeit" zu den imperialistischen Verbrechen nicht nur möglich ist, sondern auch wirkungsvoll geleistet werden kann. Angesichts der sich täglich steigenden israelischen Aggression und angesichts der sich verschärfenden Klassenkämpfe in den arabischen Ländern und in Israel ist die Unterstützung der fortschrittlichen Teile der palästinensischen Widerstandsbewegung, insbesondere ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut, der FPDLP, und der sozialistischen Opposition in Israel eine der wichtigsten augenblicklichen Aufgaben der Linken in den Metropolen. Die effektivste Form der Unterstützung und gleichzeitig die Grundlage aller anderen Möglichkeiten der Unterstützung ist die antiimperialistische Propaganda. Aufklärung über den Charakter des Staates Israel, Veröffentlichung und Diskussion der richtigen Linie des palästinensischen Befreiungskampfes, Entlarvung der imperialistischen Propaganda sind die Aufgaben, die jetzt unmittelbar und kontinuierlich geleistet werden müssen. Wer mit der Begründung, "zuerst das Proletariat organisieren" zu wollen, sich diesen Aufgaben entzieht, verkennt, daß für Gruppen sozialistischer Intellektueller eine der wichtigsten Möglichkeiten der Unterstützung des Klassenkampfes hier darin besteht, ihr Wissen über den Internationalismus des Kapitals zur Verfügung zu stellen und damit zur Ausbildung eines proletarischen Internationalismus beizutragen.



Die folgenden Gedichte hat Erich Fried für die Veröffentlichung in Al Djabha geschrieben, um seine Solidarität mit dem Kampf der palästinensischen Widerstandsorganisationen auszudrücken.

Erich Fried

Deutsche Philosemiten

1.

Leute die kommen und sagen
"Ich liebe die Neger"
sind für mich fast wie Leute
die sagen "Ich hasse Neger"

Denn Neger sind so
wie Deutsche und so wie Russen
wie Amerikaner Chinesen
Araber Juden

Der Philosemitismus
vieler Leute in Deutschland
scheint mir stammverwandt
ihrem früheren Judenhaß

2.

Wenn Deutsche fühlen
daß sie den Juden viel schulden
das ist verständlich
doch schulden sie ihnen nicht

kritiklose Unterstützung
eines Verhaltens
das zuletzt zur Vernichtung
unzähliger Juden führt

3.

Als Franz Josef Strauß
nach Bekanntwerden jahrelanger
heimlicher Waffentransporte
an Israel sagte:

"Waffen können wir leider
jetzt nicht weiter liefern
aber wir können mit Geld helfen"
sagte ein Sprecher

der Regierung in Tel-Aviv:
"Die Schuld der Deutschen
an unserem Volk
kann mit Geld nicht beglichen werden"

Berichtigung zu einem Bericht Abba Ebans

"Diese Terroristen
haben gar nicht das Recht
sich den Namen
Widerstandskämpfer zu geben.
Sie sind Mörder.
Die wahren Männer
des Widerstandes
sind wir. "

Wenn man absieht davon
daß sich Israels Außenminister
Abba Eban
als Mann des Widerstands ausgibt
bleibt sein Bericht ein Versuch
die arabischen Widerstandskämpfer
zu Verbrechern zu stempeln
und mit Schimpfreden abzutun.

Ähnliches wurde in Kuba
versucht unter Battista
und in Vietnam von Sprechern Washingtons
in Angola von Salazar
in Frankreich von Marschall Petain
in Jugoslawien
und Rußland und Polen
von Hitler.

Auch die Juden die kämpften
im Warschauer Ghetto
wurden Verbrecher genannt
zum Beispiel von Jürgen Stroop
Brigadeführer-SS
in seinem Bericht an Himmler.
Jürgen Stroop ist gehängt worden
er lebt weiter in seinem Bericht.

Wichtig ist daß sich
Kubaner gefunden haben
Franzosen Polen Deutsche
die anders denken und handeln.
Wichtig ist daß sich
auch solche Juden finden.
Abba Eban wird weiterleben
in seinem Bericht.



Zum 100. Geburtstag von W. I. Lenin



Zur nationalen Frage

"Bürgerlicher Nationalismus und proletarischer Internationalismus - das sind zwei unversöhnlich feindliche Losungen, die den beiden großen Klassenlagern der ganzen kapitalistischen Welt entsprechen und zwei Arten von Politik (mehr noch: zwei Weltanschauungen) in der nationalen Frage zum Ausdruck bringen." W. I. Lenin.

In den Diskussionen mit jüdischen Genossen werden wir immer wieder mit der Frage konfrontiert: "Wie steht die Demokratische Volksfront zum Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Bevölkerung in einem befreiten Palästina?"

Die jüdischen Genossen haben sicherlich das legitime Recht, diese und andere Fragen zu stellen. Allerdings sollte eine Diskussion über diese Frage zwischen arabisch-palästinensischen und israelischen Kommunisten nicht so geführt werden, daß sie jeweils als Vertreter ihres nationalen Proletariats gelten. Weil wir die jüdischen Kommunisten objektiv für unsere Klassenverbündeten halten, muß die Grundlage dieser Diskussion der proletarische Internationalismus sein, der die Interessen des jüdischen und des arabischen Proletariats und langfristig ihren gemeinsamen Kampf vertritt.

"Zuerst die nationale Sache und dann erst die proletarische, sagen die bürgerlichen Nationalisten, und ähnliche Jammer-Marxisten plappern es ihnen nach. Allen voran die Sache des Proletariats, sagen wir." (1)

Der 100. Geburtstag des Genossen W. I. Lenin sollte der Anlaß eines ernsthaften revolutionären Dialogs zwischen den palästinensischen und israelischen Kommunisten sein, in dem die nationale Frage wieder auf marxistischer Grundlage diskutiert wird. Der große Lehrer der Arbeiterklasse, dessen 100. Geburtstag die klassenbewußte Arbeiterbewegung in diesen Tagen feiert, gibt uns diese theoretische Grundlage, auf der die arabischen und jüdischen Kommunisten ihre Strategie bei der Lösung der nationalen und kolonialen Frage im Nahen Osten aufbauen können. Doch bevor wir die nationale Frage, wie sie von W. I. Lenin eingeschätzt wurde, behandeln, werfen wir einen Blick über ihre Einschätzung durch Marx und Engels. Dies erscheint uns deshalb wichtig, weil bürgerliche Ideologen insbesondere Engels als "Feind" der zu seiner Zeit unterdrückten Nationen zu brandmarken versuchen.

Marx und Engels sahen im proletarischen Internationalismus eine unabdingbare Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter und ihrer Organisationen. Er war für sie der Ausgangspunkt für die Einschätzung aller Seiten dieser oder jener konkreten nationalen Frage. So stellten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest (1848) die Forderung auf, daß die Kommunisten "in allen verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen." (2)

Im Kampf der unterdrückten Völker um die nationale Identität und die nationale Selbständigkeit erkannten sowohl Marx als auch Engels bestimmte Erscheinungsformen des Klassenkampfes. In ihrer Einschätzung der nationalen Frage gingen Marx und Engels davon aus, daß die Arbeiterklasse jede progressive Bewegung, auch die nationalen Bewegungen ihrer Zeit, deren Ziel die Schaffung eines bürgerlichen Nationalstaates war, unter Wahrung ihrer proletarischen Klassenposition unterstützen müsse. (3) Hierbei kann sich die Arbeiterklasse, die sich im Kampf für die Durchsetzung der nationalen Forderungen vom proletarischen Internationalismus leiten lassen muß, nicht darauf fixieren, nur für die Freiheit der eigenen Nation einzutreten. Die klassenspezifische kommunistische Position in der nationalen Frage kommt bei Marx und Engels daher in der Parole: "Kein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst frei sein!" am besten zum Ausdruck.

Diese Position wird keineswegs dadurch aufgehoben, daß Friedrich Engels, während der bürgerlichen europäischen Revolution (1848) und danach die Auffassung vertrat, bestimmte slawische Völker würden mit einer politischen Selbständigkeit nichts anfangen können, weil sie von den großen Nationen absorbiert werden könnten. (4) Denn weder Marx noch Engels haben eine Position vertreten, die sich die politische Lostrennung einer Nation von einer anderen in einer ausschließlichen Form zum Ziel setzte. Man denke hierbei an die frische Frage, wo das Selbstbestimmungsrecht für Irland in keiner Weise die Föderation mit England ausschloss.

Es besteht wenig Zweifel darüber, daß in einem Punkt die Einschätzung der nationalen Frage durch F. Engels falsch war, da Engels die Nationen nach einer "ahistorischen" Interpretation der gesellschaftlichen Entwicklung in historisch lebensfähige und nicht lebensfähige einstuft. Diese offensichtlich falsche Einschätzung der nationalen Frage durch Engels erklärt sich daraus, daß die kleinen Völker, um die es sich handelte, die slawischen, damals den Prozeß der Herausbildung des Kapitalismus noch nicht abgeschlossen hatten und 1848 eine konterrevolutionäre Rolle spielten, weshalb sie dann als kleine Nationen von Engels als dem "Untergang geweiht" angesehen wurden. (5) Den großen, und wenn auch nicht vereinigten Nationen Europas, erkannte Engels das unbestreitbare Recht auf nationale Unabhängigkeit und Integrität zu. "Dieses Recht der großen nationalen Gebilde Europas auf politische Unabhängigkeit, anerkannt von der europäischen Demokratie, mußte natürlich die Anerkennung des gleichen Rechts insbesondere von seiten der Arbeiterklasse finden." (6)

Wenn Marx und Engels die Entwicklungsperspektive der kleinen Völker auch noch nicht voraussahen, so betonten sie jedoch, daß es erstrebenswert wäre, wenn die zur Zeit der bürgerlichen europäischen Revolution rück-

ständigen Völker das "Vordertreffen der europäischen Demokratie" bilden würden.(7) Diese Position widerlegt zumindest der bürgerlichen Verfälschung, Engels stünde der Freiheit einiger kleiner slawischer Völker feindlich gegenüber. In seiner Einschätzung der nationalen Frage bei einigen slawischen Völkern wußte sich W.I.Lenin von den Kategorien "lebensfähiger" und "nicht lebensfähiger" Nationen abzugrenzen: "Die in Österreich herrschende Nation, die deutsche, sah sich außerhalb des selbständigen deutschen Staates, der im Jahre 1871 endgültig geschaffen wurde. Andererseits brach der Versuch der Ungarn, einen selbständigen Nationalstaat zu errichten, schon im Jahre 1849 unter den Schlägen des aus Leibeigenen bestehenden russischen Heeres zusammen. So ergab sich eine ganz spezifische Lage: Die Ungarn und dann auch die Tschechen neigen nicht etwa zur Lostrennung von Österreich, sondern vielmehr zur Erhaltung der Integrität Österreichs, und zwar gerade um der nationalen Unabhängigkeit willen, die von den raubgierigen und stärkeren Nachbarn ganz vernichtet werden könnte."(8)

Warum W.I. Lenin die nationale Frage einiger slawischer Völker sehr viel klarer als Engels einschätzte, liegt auf der Hand: Während Engels den Untergang der "kleinen" Nationen aus deren "historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen"(9) zu erklären versuchte und die koloniale Frage, die seinerzeit nicht akut war, nicht miteinbezog, faßte W.I.Lenin sowohl die nationale als auch die koloniale Frage als Produkt der raschen expansiven Entwicklung des Kapitalismus in den großen, unterdrückenden Nationen auf. In seiner Behandlung der nationalen Frage stützte sich W.I.Lenin auf Marx und Engels, die erkannten und nachwiesen, daß der Kapitalismus die europäischen Nationen erzeugte, als "ein unvermeidliches Produkt und eine unvermeidliche Form der bürgerlichen Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung." (10) Er führte diese Erkenntnis unter Einbeziehung der Besonderheiten der Epoche des Imperialismus, als die verstärkter kapitalistischer Expansion, aus. Lenin zufolge gibt es zwei historische Tendenzen des Kapitalismus in der nationalen Frage.

Die erste Tendenz kennzeichnete sich durch das Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegung unter Führung der europäischen Bourgeoisie. Die zweite Tendenz zeichnete sich durch die Entwicklung von vielseitigen Beziehungen zwischen den Staaten, durch Abbau der nationalen Schranken und Schaffung der internationalen Einheit des Kapitalismus unter voranschreitender Akkumulation des Kapitals ab. Die internationalen Beziehungen waren nunmehr entscheidend durch das Streben der Großmächte nach der Versklavung fremder Völker und der Eroberung von Kolonien gekennzeichnet.(11) Der Drang der Großmonopole, sich immer neue Völker als Ausbeutungsobjekte zu unterwerfen und ihre Länder zu annektieren, charakterisierte die allgemeine Entwicklung der europäischen Gesellschaften seit Ende des 19. Jahrhunderts und brachte zugleich die nationale Frage auf die Tagesordnung der sozialistischen Politik. Diese Entwicklung führte unvermeidlich zu der Ein-

sicht, daß im Mittelpunkt der Programme der sozialistischen Organisationen die Selbstbestimmung der unterdrückten Völker stehen mußte. An diesem Punkt entzündete sich der Konflikt zwischen Lenin und der bolschewistischen Partei einerseits, Rosa Luxemburg, dem "Bund" (Organisation der jüdischen Arbeiter Rußlands), der polnischen Sozialdemokratie und anderen Organisationen andererseits. Bevor wir die Auseinandersetzung zwischen Lenin auf der einen Seite und dem "Bund" auf der anderen Seite behandeln, die uns von enormer Wichtigkeit erscheint, weil sie auf unsere Differenzen mit der Renegatenclique um Moshe-Sneh und den "linken" Zionisten der Mapam und "Siach" ein neues Licht werfen, sei die theoretische Einschätzung der nationalen Frage durch den großen Führer der Arbeiterklasse, Genossen W.I.Lenin, zusammengefaßt wiedergegeben.

W.I.Lenin schuf als erster die theoretische Grundlage für die richtige Behandlung der nationalen Frage, indem er den Begriff "Nation" auf eine klassenbedingte Grundlage stellte und die nationale Frage materialistisch bestimmte. Nicht die Nation als solche beschäftigte Lenin, sondern vielmehr die Arbeiterklasse: "Die Sozialdemokratie sieht als Partei des Proletariats ihre positive und wichtigste Aufgabe darin, die Selbstbestimmung nicht der Völker und Nationen, sondern des Proletariats innerhalb der Nationalität zu fördern."(12)

Das Selbstbestimmungsrecht bedeutet für Lenin nichts anderes als das Recht auf politische Lostrennung und Aufbau eines unabhängigen Nationalstaates. Der Entscheidung über die Frage nach dem klassenmäßigen Träger des Willens einer Nation auf Lostrennung legte Lenin den historischen Entwicklungsstand der betreffenden Nation zugrunde. Im Leben jeder Nation wird dabei das Stadium erreicht, wo es für die progressive Entwicklung der Nation notwendig ist, daß die Arbeiterklasse die Führung übernimmt. Lenin machte das Selbstbestimmungsrecht einer Nation nicht davon abhängig, daß die Arbeiterklasse die Führung bereits übernommen hat. Man glaubte daher bei einer gründlichen Studie des Selbstbestimmungsrechts, wie es von Lenin eingeschätzt wurde, einige Widersprüchlichkeiten gefunden zu haben. Denn einerseits tritt Lenin als unermüdlicher Verfechter des Selbstbestimmungsrechts des Proletariats auf, und andererseits fordert er das Proletariat auf, das Selbstbestimmungsrecht einer Nation zu unterstützen, das auf die Schaffung eines neuen Klassenstaates hinauslaufen würde.(13) Hier handelt es sich in der Tat nicht um Widersprüchlichkeiten, sondern vielmehr um eine taktische Einschätzung der nationalen Frage. Strategisch fühlte sich Lenin an den proletarischen Internationalismus gebunden, weshalb er sich entschieden gegen die separatistischen Bestrebungen und die föderativen Organisationsmodelle der Sozialdemokratie Rußlands wandte. Dies erklärt die "Taktische Plattform zum Vereinigungsparteitag der SDAPR" 1906: "In der Erwägung: daß im Verlauf der Revolution das Proletariat aller Nationalitäten Rußlands durch den gemeinsamen Kampf immer stärker zusammengeschlossen wird; ... erklären wir und beantragen, der Partei- tag wolle beschließen:

- es ist notwendig, die energischsten Maßnahmen zur schleunigen Verschmelzung aller nationalen, sozialdemokratischen Parteien Rußlands zu ergreifen;
- die Grundlage für die Vereinigung muß die völlige Verschmelzung aller sozialdemokratischen Organisationen jedes Ortes sein ... "(14)

Zugleich war aber die Forderung nach dem Recht auf nationale Selbstbestimmung Teil des Kampfes um Demokratisierung und gegen nationale Diskriminierung und Unterdrückung. Der Kampf für die Demokratie ist für Lenin eine entscheidende Voraussetzung für den proletarischen Klassenkampf. Auch in der nationalen Frage gilt es daher immer die Position zu wählen, die den "konsequentesten Demokratismus" fördert:

"Insofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen eine unterdrückende kämpft, insofern sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen dafür, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation ihren bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation." (14a)

Die nationale Frage gewann nach dem Sieg der großen russischen Oktober-Revolution 1917 eine enorm wichtige und aktuelle Bedeutung. W.I. Lenin mußte die Frage des Selbstbestimmungsrechts, bzw. der politischen Lostrennung der vom Zaren-Regime geknechteten Völker unter besonders neuen Bedingungen bestimmen.

§9 des Programms der SDAPR, das die politische Lostrennung dieser Völker garantierte, und das Lenin in seinen Auseinandersetzungen mit Rosa Luxemburg, dem "Bund" und den Revisionisten zugrunde legte, war nun "revisionsbedürftig". W.I. Lenin schrieb dazu:

"... Endlich muß ich hier zu einem Punkt auf die Frage antworten, die bei einigen Genossen aufgetaucht, aber soweit ich weiß, in der Presse nicht aufgeworfen worden ist ... An die Stelle des Wortes Selbstbestimmungsrecht, das oft zu falschen Auslegungen Anlaß bot, setze ich einen ganz genauen Begriff: "Das Recht der freien Lostrennung." Lenin fährt fort: "Aber wir unsererseits wollen die Lostrennung nicht. Wir wollen einen möglichst großen Staat, einen möglichst engen Bund einer möglichst großen Zahl von Nationen, die den Großrussen benachbart leben; wir wollen das im Interesse der Demokratie und des Sozialismus." (15)

W.I. Lenin hat diese Position nicht etwa deshalb vertreten, weil er an der Richtigkeit seiner Position in der nationalen Frage zweifelte, sondern weil die durch die Oktober-Revolution 1917 geschaffenen Verhältnisse eine qualitative Änderung mit sich brachten und das Recht auf politische Lostrennung dem proletarischen Internationalismus und den Erfordernissen des Sozialismus angepaßt werden mußte. Den überlebten Verhältnissen der nationalen Unterdrückung und der nationalen Absonderung mußten die Werkstätten der Sowjetrepubliken eine Welt der proletarischen Einheit aller befreiten Nationen entgegenstellen, in der kein Platz für irgendein Privileg, für die geringste Unterdrückung des Menschen durch den Menschen sein durfte.

Daß das Selbstbestimmungsrecht nach dem Sieg der sozialistischen Revolution anders behandelt werden mußte, bewiesen die harten Auseinandersetzungen zwischen Lenin und dem ZK des Moskauer Gebietsbüros über die Ratifizierung des "Friedens"vertrages von Brest-Litowsk. In dieser Frage mußte sich Lenin gegen die Vorwürfe Radeks, Trotzki's und des ZKs des Moskauer Gebietsbüros der SDAPR verteidigen, mit der Ratifizierung des Vertrages würde man Finnland, die Ukraine und andere von deutschen Imperialisten besetzte Gebiete verraten. Lenin, der die Ratifizierung des Vertrages von Brest-Litowsk als ein taktisches Manöver betrachtete und an der Befreiung der von den deutschen Truppen besetzten Gebiete festhielt, erwiderte seinen Gegnern: "Kein einziger klassenbewußter Arbeiter wird uns einen solchen Vorwurf machen. Wir helfen, womit wir können. Wir haben aus den Reihen unserer Truppen keine einzige gute Kraft abgezogen und werden das auch nicht tun." (16)

Lenin hat in den Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern immer betont, daß die Interessen des Kampfes für den Sozialismus vor den nationalen Interessen den Vorrang haben. Auf die Frage, ob die Sozialdemokratie stets bedingungslos die nationale Selbstbestimmung fordern oder nur unter bestimmten Bedingungen unterstützen muß, antwortete Lenin: "Den Interessen eben dieses Kampfes (Klassenkampfes) müssen wir die Forderung der nationalen Selbstbestimmung unterordnen." (17) Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages von Brest-Litowsk formulierte Lenin seine Position noch schärfer: "Aber kein einziger Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und Sozialismus überhaupt zu brechen, bestreiten, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechts der Nationen." (18)

Nach dieser kurzen Darstellung der theoretischen Einschätzung der nationalen Frage durch W.I. Lenin, wird es uns deutlich, daß diese Frage, den konkreten Verhältnissen gemäß behandelt werden muß. Die Losung des Selbstbestimmungsrechts zu den Herrschaftszeiten des Zaren-Regimes war einerseits ein mobilisierender Faktor der unterdrückten Nationen und deren Arbeiterklasse und andererseits eine Kampfansage gegen die russischen Kadetten und Sozialchauvinisten. Lenin hat keinen Zweifel daran bestehen lassen wollen, daß er im Gegensatz zu Rosa Luxemburg, die die nationalen Befreiungskriege als Anhängsel imperialistischer Kriege betrachtete, die nationale Selbstbestimmung unterdrückter Völker unter den genannten Voraussetzungen unterstützen würde.

Lenin und der "Bund"

Die Losung des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen, wenn sie von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP verkündet wird, ist ebenso eine Kampfansage an die israelische Bourgeoisie und ein mobilisierender Faktor des jüdischen Proletariats. Dies ist das Thema jeder Diskussion mit unseren jüdischen Genossen. Bevor wir diese Frage behandeln, wenden wir uns den Differenzen zwischen Lenin und

dem "Bund" (Organisation der jüdischen Arbeiter Rußlands) zu, weil wir davon ausgehen, daß die Klärung dieser Differenzen uns der Lösung dieser Frage näher bringen kann. Denn hier handelt es sich nicht um Deklarationen, sondern um strategische Zielsetzungen nicht nur der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas, sondern auch anderer kommunistischer Bruderorganisationen im Nahen Osten. Strategische Zielsetzungen lassen sich für Kommunisten nicht von Deklarationen, sondern nur von den Grundprinzipien proletarischer Politik ableiten.

Es ist daher überflüssig zu erklären, daß die Demokratische Volksfront in ihrer langfristigen Strategie das jüdische Proletariat als Verbündeten betrachtet. Es ist aber auch von großer Bedeutung zu betonen, daß sich die FPDLP in einem langwierigen Kampf mit einem Staat befindet, in dem dieses Proletariat einerseits lebt, und an dessen Krieg gegen die arabischen Völker dieses Proletariat andererseits teilnimmt.

Das jüdische Proletariat wird in diesem Krieg u. a. von bestimmten "Arbeiter"-Parteien geführt. Vor allem die Renegatenclique um Moshe-Sneh, die sich Maki (Ha Myshlagah ha Kommunistit ha Yisraelit) nennt und das Abspaltungsprodukt der Mapam, Siach, stellen sich objektiv hinter den Krieg der israelischen Bourgeoisie gegen die arabischen Völker. Beide Organisationen fordern, das Selbstbestimmungsrecht der israelischen Aggressoren und Besatzer anzuerkennen. Diese Renegaten berufen sich nicht nur auf den "Bund" und "Poale Zion", sondern auch, und dies ist ungeheuerlich, auf W. I. Lenin.

Die Maki-Renegaten von heute ähneln in der Tat den Bundisten von gestern. Sie propagieren das Selbstbestimmungsrecht der israelischen Besatzungsmacht. Die Bundisten propagierten zuvor die jüdische nationale Kultur. Die Klassenposition beider Organisationen lassen sich unter dem Leninschen Begriff "Sozialchauvinismus" subsumieren, d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat. Der Sozialchauvinismus der Bundisten war der Ausdruck ihres kleinbürgerlichen Nationalismus und ein Produkt der Zersetzung der II. Internationale. Der Sozialchauvinismus der Maki-Renegaten drückt sich heute darin aus, daß sie das unbegründete Monopol auf die alleinige Vertretung des jüdischen Proletariats erheben, den bürgerlichen Nationalismus, bewußt oder unbewußt, predigen, auf die Unterstützung der revolutionären Aktionen des unterdrückten und vertriebenen palästinensischen Volkes verzichten und den Krieg der israelischen Bourgeoisie unterstützen.

Lenin zufolge hat der Sozialchauvinismus solcher Arbeiterparteien seine ökonomische Grundlage darin, daß die imperialistische Bourgeoisie die "Arbeiterführer" korrumpiert, eine Arbeiteraristokratie schafft und für einen Teil der Arbeiterschaft gewisse Privilegien sichert mit dem Ziel, sie vom revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie abzulenken. Der Bundistenführer Libman galt als Beispiel solcher "Arbeiterführer". Daß die Maki-Renegaten M. Sneh und Mikonis korrumpierte "Arbeiterführer" sind, beweist die Propaganda des israelischen Außenministeriums, die darauf abgestellt ist, M. Sneh für den besten "Kommunisten" der Nach-Juni-Geschichte von 1967 zu erklären.

In den Augen der herrschenden Klasse Israels bestehen die Verdienste des M. Sneh darin, daß er die ausgebeuteten israelischen Arbeitermassen mit der Drohung bei der chauvinistischen Stange hält, daß es ihnen andernfalls noch schlechter, nämlich so wie den vom israelischen Imperialismus vertriebenen und unterdrückten Arabern ginge. In Israel wiederholt sich in besonders grotesker und abscheulicher Form das Manöver der nationalistischen Spaltung der Arbeiterklasse, das den Imperialisten Westeuropas und Amerikas allererst ihre Kriege ermöglicht hat. Und wie in Europa sind dabei sogenannte Arbeiterführer das bereitwillige Werkzeug.

Wer sind aber die Bundisten? Und was sind ihre Differenzen mit W. I. Lenin?

Der "Bund" (Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Litauen, Polen und Rußland), wurde 1897 gegründet und vereinigte hauptsächlich jüdische Handwerker in den Westgebieten Rußlands. (20)

Auf dem 1. Parteitag der SDAPR 1898 schloß sich der "Bund" der SDAPR an. 1903 erhoben die Bundisten die Forderung, der "Bund" solle als alleiniger Vertreter des jüdischen Proletariats innerhalb der SDAPR anerkannt werden. Hierzu bemerkte Lenin: "Unter den Führern des "Bund" begannen sich nationalistische Ideen zu verbreiten, die zu der ganzen Weltanschauung der Sozialdemokratie im Widerspruch stehen. Statt auf die Annäherung der jüdischen Arbeiter an die nichtjüdischen hinzuarbeiten, begab sich der "Bund" auf den Weg der Loslösung jener von diesen, indem er auf den Kongressen die Sonderstellung der Juden als Nation betonte." (21) 1903 trat der "Bund" aus der Sozialdemokratie Rußlands aus, nachdem sich die Delegierten des III. Parteitages der SDAPR dem "Bund" als einzigen Vertreter der jüdischen Arbeiter anzuerkennen, weigerten. In einem Aufruf an die jüdischen Arbeiter Rußlands deckte W. I. Lenin den bürgerlichen Charakter des "Bundes" in der Einleitung des Berichtes über den III. Parteitag der SDAPR in jiddischer Sprache auf: "Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hat auf ihrem II. und III. Parteitag ihrer unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß dieser Austritt aus der Partei ein schwerer und bedauerlicher Fehler des "Bundes" ist. Dieser Fehler des "Bund" ist das Resultat seiner prinzipiell unhaltbaren nationalistischen Ansichten, das Resultat eines unbegründeten Anspruchs auf das Monopol der alleinigen Vertretung des jüdischen Proletariats, aus dem sich unvermeidlich das föderalistische Organisationsprinzip ergibt, das Resultat einer jahrelangen Politik der Entfernung und Absonderung von der Partei." (22)

Auf dem Vereinigungsparteitag 1906 kehrte der "Bund" in die SDAPR zurück. Bis zur Oktober-Revolution 1917 unterstützten die Bundisten die Menschewiki. 1921 gingen die Organisationen des "Bund" in die KPdSU auf, aber bis zu diesem Zeitpunkt galten die Bundisten in der Einschätzung der nationalen Frage als Lenin-Gegner. Ihre Parolen waren: keine Assimilation, kein Selbstbestimmungsrecht, sondern die "national-kulturelle Autonomie." W. I. Lenin wiederholte immer wieder seine Ablehnung sowohl der Losung der national-kulturellen Autonomie, als auch des föderativen

Prinzips beim Aufbau der Partei, worauf die Bundisten beharrten. Lenin lehnte die Losung der national-kulturellen Autonomie aus verschiedenen Gründen ab. Diese Losung sei nicht richtig, weil das gesamte wirtschaftliche, politische und geistige Leben der Menschheit sich schon im Kapitalismus mehr und mehr internationalisiert. Die internationale Kultur, die schon von dem Proletariat aller Länder geschaffen wird, nimmt nach Meinung Lenins nicht die nationale Kultur irgendeiner nationalen Gemeinschaft als Ganzes in sich auf, sondern greift aus jeder nationalen Kultur ausschließlich ihre demokratischen und sozialistischen Elemente heraus. Für Lenin gab es zwei Kulturen; die der Herrschenden und die des Proletariats. Deshalb nannte er die Verfechter der nationalen Kultur, darunter die Bundisten, verfeinerte Nationalisten, die die Arbeiterklasse demoralisieren und zersplittern. (23) Lenin hat die Bundisten oftmals auf die Gefahren solcher Parolen hingewiesen: "Jüdische nationale Kultur, das ist die Losung der Rabbiner und Bourgeoisie, die Losung unserer Feinde ... Aber es gibt in der jüdischen Kultur und in der ganzen Geschichte des Judentums auch andere Elemente, deren Internationalismus und Aufgeschlossenheit für die fortschrittlichen Bewegungen die großen universal-fortschrittlichen Züge der jüdischen Kultur deutlich herausbildet." (24) In diesem Zusammenhang rühmte Lenin die Arbeit der jüdischen Marxisten, deren Prozentsatz in den demokratischen und proletarischen Bewegungen überall höher als der Prozentsatz der Juden in der Bevölkerung überhaupt sei. (25) Somit präziserte Lenin die Aufgabe der Marxisten als die des proletarischen Internationalismus und nicht der nationalen Kultur, die er für einen bürgerlichen Betrug hielt. "Nationale Kultur ist schlechthin eine Kultur der Gutsherren, der Pfaffen, der Bourgeoisie." (26) Nationalistische Spießer nannte Lenin die Bundisten, die die Marxisten anderer Nationen wegen Assimilantentum "nach Strich und Faden heruntermachen". Gegen das Assimilantentum, so argumentierte Lenin, "können nur jüdische Spießer ein Geschrei erheben". (27) Die Maki-Renegaten von heute ähneln insofern den Bundisten von gestern, als sie dieselbe sektiererische, sozialchauvinistische und antiproletarische Politik betreiben. Gemeinsame Merkmale der politischen Praxis beider Organisationen lassen sich in **einigen** Punkten zusammenfassen:

1) Die Maki-Partei ist nach der Spaltung der israelischen kommunistischen Partei als jüdische Sektion bestehen geblieben. Sie hat faktisch den völlig unbegründeten Monopolanspruch der alleinigen Vertretung des jüdischen Proletariats, worauf die Bundisten bis zu ihrer Auflösung beharrten, übernommen. Dies ist überhaupt nicht erstaunlich, wenn man die frühere politische Laufbahn der Maki-Führer als ehemalige Mitglieder der jüdischen sozialdemokratischen Mapam-Partei, vor Augen hat.

2) Die Maki-Partei betreibt, genau wie die Bundisten früher, eine spalterische Politik, die die Annäherung der jüdischen an die nichtjüdischen Arbeiter unmöglich macht. Somit nimmt sie an der chauvinistischen Erziehung des jüdischen Proletariats in Israel teil. Ihre Feind-

schaft gegenüber der kommunistischen Rakah-Partei und der Sozialistischen Israelischen Organisation, die sich nicht jüdisch definieren, ist Ausdruck des chauvinistischen und bürgerlichen Charakters der Maki.

3) Genau wie die Bundisten von gestern, lehnen die Maki-Renegaten die jüdische Assimilation ab. In seinen Auseinandersetzungen mit dem "Bund" über die Assimilationsfrage betonte Lenin: "Niemals haben die besten Männer des Judentums, weltgeschichtlich berühmte Männer, die der Welt fortgeschrittene Führer der Demokratie und des Sozialismus gegeben haben, gegen das Assimilantentum gewettert. Gegen das Assimilantentum wettern nur die andächtigen Beschauer des jüdischen "Hinterteils". "(28)

Durch die Anti-Assimilationspolitik unterstützte der "Bund", bewußt oder unbewußt, dies ist unwichtig, die Poale Zion. Heute unterstützt die Maki-Partei dadurch die jüdische Bourgeoisie und die zionistischen Organisationen.

4) Die Maki-Partei ist ein "linkes" Alibi der zionistischen Hetzkampagne gegen die angeblich antisemitische sowjetische Politik. Zwar versucht die Maki-Partei sich von ~~er~~ erzreaktionären zionistischen Propaganda manipulativ abzugrenzen; ihre politische Propaganda erweist sich aber bei einer genaueren Analyse als antikommunistisch. Zwischen den Zeilen des Partei-Organs "Kol Ha'am" liest man die bundistischen Forderungen nach der "jüdischen kulturellen Autonomie", ja sogar nach dem Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Bevölkerung in der Sowjetunion, bzw. ihre Auswanderung nach Israel. Obwohl die jüdische Bevölkerung in der Sowjetunion die erzreaktionären Provokationen der zionistischen Organisationen erst neuerdings verurteilte, stellt sich die Maki-Partei in den Dienst des israelischen zionistischen Staates.

Das Ungeheuerliche in der Politik dieser Renegaten-Clique und Helfershelfer der jüdischen Rabbiner und Bourgeoisie ist die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Israelis, das sich nicht an Klassenpositionen orientiert. Daß sich die Maki-Partei dabei auf Lenin beruft, ist nur Ausdruck der Verhältnisse innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung, die der Revisionismus hervorbrachte.

Abseits von der Maki-Partei, von Siach und anderen israelischen Parteien stehen aber die Rakah-Partei und die sozialistische israelische Organisation Matzpen, die sich nicht nur antizionistisch, sondern internationalistisch definieren. Beide Organisationen verkünden in ihren Programmen das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Die Rakah-Partei erklärt dieses Recht im Rahmen des Teilungsplanes von 1947 und der späteren Resolutionen der Vereinten Nationen. Somit reduziert die Rakah-Partei dieses Recht auf die Repatriierung der Flüchtlinge im Rahmen einer friedlichen Regelung. In der letzten Zeit zeigt sich eine gewisse Änderung in der Politik der Rakah-Partei. Während die Widerstandskämpfer von dieser Partei zuvor als Terroristen diffamiert wurden, sind sie heute in der offiziellen Parteisprache revolutionäre Patrioten, die ihre legitimen Rechte erkämpfen wollen. Darüberhinaus

differenziert die Rakah-Partei heute zwischen den verschiedenen Widerstandsorganisationen. Die sozialistische israelische Organisation - Matzpen - gedenkt das Selbstbestimmungsrecht nicht nur des palästinensischen Volkes, sondern auch des israelischen und anderer Minderheiten in den arabischen Ländern durch eine "gesamt-arabische und jüdische sozialistische Revolution"(29) zu lösen. Aber gerade über diesen Punkt hat die Matzpen kein Konzept: Die Matzpen ist mit der palästinensischen Widerstandsbewegung zwar einig, daß der Staat Israel zerschlagen werden muß, über das Selbstbestimmungsrecht sowohl des palästinensischen als auch des israelischen Volkes herrscht allerdings eine Unklarheit. Deshalb wurde diese Frage in der FPDLP/ISRACA-Resolution (30) ausgeklammert. Über die Rolle der jüdischen Genossen in einer arabisch-jüdischen sozialistischen Revolution sagt uns das Programm der Matzpen ebenfalls nichts

Es ist richtig, daß die Matzpen-Losung, Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, eine Kampf-ansage an die jüdische Bourgeoisie und den Staat Israel bedeutet, die nicht unterschätzt werden kann. Solche Losungen bleiben allerdings wirklichkeitsfremd, wenn damit keine Praxis verbunden wird. Die israelische Bourgeoisie können wir nicht durch Losungen verunsichern, sondern durch daraus resultierende Praxis. Ein praktischer Schritt auf dem Weg des revolutionären bewaffneten Kampfes wird darüberhinaus die arabische Reaktion mehr verunsichern, und die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht beider Völker auf eine neue Ebene stellen.

Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP hat seit ihrer Gründung einen gewaltigen Schritt auf diesem Weg unternommen. In der ersten Nummer ihres Zentralorgans "Al Shararah" (Der Funke), Anfang Juni 1969, definierte die FPDLP das Ziel ihres revolutionären Kampfes: Schaffung eines vereinten demokratischen Palästinas, einer Räte-Republik, in der das palästinensisch-arabische und das palästinensisch-jüdische Volk ihre vollen nationalen Rechte ohne jegliche nationale und Klassenunterdrückung erlangen können. Dieses Ziel wird in der alltäglichen Praxis der FPDLP vertreten. Deshalb ist die Demokratische Volksfront zum Angriffsobjekt der alten verbrecherischen antikommunistischen Propaganda der arabischen Reaktion geworden. Die FPDLP ist außerdem der Kritik der arabischen Kleinbourgeoisie ausgesetzt, die sich durch die "Radikalität" der FPDLP-Lösungen verunsichert fühlt und eine Kollision mit der arabischen Reaktion fürchtet. (31)

In seiner Antwort auf die Angriffe der arabischen Reaktion und die Kritik der Kleinbourgeoisie gegen die FPDLP erklärte Genosse Mohammed Kischli die Ängstlichkeit der arabischen Nationalisten aus der Bedrohung ihrer nationalen Privilegien durch ein vereinigt jüdisch-arabisches Proletariat: "Die Vertreter des nationalistischen Kleinbürgertums werden außerordentlich verunsichert und verfallen in sektiererischen Nationalismus, wenn sie das Gerede über eine angeblich schon vollzogene Versöhnung zwischen dem arabischen und jüdischen Proletariat, oder über deren Klassenbündnis

hören. Sie nehmen die arabische Reaktion allzu ernst und fürchten sich, daß das Klassenbündnis in der Tat schon so weit wäre. Deshalb verfallen sie in ihren Nationalismus."(32)

In dieser Phase des nationalen Kampfes, der seinem Wesen nach auch ein Klassenkampf ist, bedeutet die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht für das jüdische und arabische Volk in Palästina die Eskalierung des revolutionären Volkskrieges, die die nationale Frage auf eine qualitativ neue Ebene stellt, d.h. auf die Ebene der föderativen oder konföderativen Räte-Republik.

Genosse W.I. Lenin lehrt uns:

"Die wahre Demokratie, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, erhebt die Fahne der völligen Gleichberechtigung der Nationen und der Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen in ihrem Klassenkampf ... Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur die Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung."(33)

Anmerkungen:

- 1 - W. Lenin : Zur nationalen Frage ... Berlin 1955 S. 29
- 2 - K. Marx/F. Engels: Werke Band. 4 S. 474
- 3 - K. Marx/F. Engels: Werke Band 4 S. 474, 493
- 4 - K. Marx/F. Engels: Werke Band 16 S. 158
- 5 - K. Marx/F. Engels: Werke Band 6 S. 168
- 6 - a. a. O. S. 275
- 7 - a. a. O. S. 275
- 8 - W. Lenin : Ausgewählte Werke Band 1 S. 694/95
- 9 - W. Lenin: Werke Band 6 S. 275
- 10 - W. Lenin: Werke Band 21 S. 61
- 11 - W. Lenin: Werke Band 21 S. 318
- 12 - W. Lenin: Werke Band 6 S. 320
- 13 - a. a. O. S. 452
- 14 - W. Lenin Werke Band 10 S. 152
- 14a W. Lenin Werke Band 20 S. 414/15
- 15 - W. Lenin: Über die nationale und die koloniale nationale Frage S. 552/53
- 16 - W. Lenin: Ausgewählte Werke Band 2 S. 680
- 17 - W. Lenin: Über die nationale und die koloniale nationale Frage S. 17
- 18 - W. Lenin Ausgewählte Werke Band 2 S. 610
- 19 - W. Lenin: Zur nationalen Frage S. 19
- 20 - W. Lenin: Über die nationale und koloniale nationale Frage S. 664
- 21 - W. Lenin: a. a. O. S. 27
- 22 - W. Lenin: a. a. O. S. 28
- 23 - W. Lenin: a. a. O. S. 206
- 24 - W. Lenin: Zur nationalen Frage S. 19
- 25 - W. Lenin: a. a. O. S. 19
- 26 - W. Lenin: a. a. O. S. 16
- 27 - W. Lenin: a. a. O. S. 24/25
- 28 - W. Lenin: a. a. O. S. 25
- 29 - S. AL DJABHA Nr. 3/4 S. 16
- 30 - S. AL DJABHA Nr. 5
- 31 - S. AL AHRAR (libanesische Zeitung) Nr. 666, 667, 668 - 1970
- 32 - S. AL HURRIA (liban. Zeitung) Nr. 506 v. 16.3.1970
- 33 - W. Lenin: Über die nationale und die koloniale nationale Frage S. 194, 315

Die Assoziierung Israels an die EWG

Am 10.12.1969 fanden in Brüssel Verhandlungen zwischen den EWG-Staaten einerseits und Israel andererseits über die Assoziierung Israels statt. Israel versprach sich eine Regelung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu den EWG-Staaten und eine angemessene Zollpolitik der EWG-Staaten gegenüber den israelischen Waren, insbesondere der Agrarproduktion. Darüberhinaus sollte die israelische Wirtschaft, die von Jahr zu Jahr mehr Stagnationstendenzen zeigt, durch Investitionen der EWG-Staaten belebt werden.

Die Verhandlungen in Brüssel führten zu keinen konkreten Ergebnissen. Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen EWG-Staaten, die sich in der wirtschaftlichen Konkurrenz um die Beherrschung und Ausbeutung der arabischen Märkte zeigten, wirkten, trotz der positiven Haltung dieser Staaten gegenüber Israel, als Hindernisse für die Aufnahme Israels. Stattdessen einigten sich die EWG-Staaten und Israel darauf, die Frage der Assoziierung und damit der Belebung der israelischen Wirtschaft durch bilaterale Verträge zu lösen, wozu der Europabesuch des israelischen Außenministers Aba Eban u. a. dienen sollte. Die Assoziierung Israels mit der EWG wurde nicht abgelehnt, sondern vielmehr umgangen und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, um die arabischen Staaten, insbesondere die kleinbürgerlichen, nicht zu verstören. Dem kapitalistischen Frankreich ist es gelungen den kleinbürgerlichen arabischen Regimen in dieser und anderen Fragen Sand in die Augen zu streuen. Was bedeutet die Assoziierung Israels an die EWG? Um diese Frage deutlich und ausführlich beantworten zu können, muß man sich einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der EWG verschaffen. Denn dadurch gewinnt man eine bessere Einsicht in die israelischen Bestrebungen, die die wirtschaftliche Stagnation durch völlige Einordnung der israelischen Wirtschaft in den kapitalistischen Weltsystemen zu lösen versuchen.

1958 ratifizierten Frankreich, Westdeutschland, Belgien, Holland, Italien und Luxemburg den Vertrag von Rom aus dem die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hervorging. Ziel des Vertrages von Rom war nicht nur die Schaffung einer Zollunion, sondern vielmehr einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, die den kapitalistischen westeuropäischen Staaten aus den folgenden Gründen für unabdingbar erschien:

1. Nach dem 2. Weltkrieg hat der US-Imperialismus den Plan verfochten, die kapitalistischen westeuropäischen Staaten in einer seiner wirtschaftlichen Expansion dienenden Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen. Der Aufbau des Kapitalismus in der Rekonstruktionsperiode in Westeuropa konnte sich nur in einer übernationalen Gemeinschaft realisieren.
2. In der Nachkriegszeit zeichnete sich eine rasche Entwicklung der Produktionskräfte ab, und brachte die technische Revolution und die wachsende Automatisierung der Produktion mit sich. Dies führte dazu, daß die Profitrealisierung und damit auch die Kapitalakkumulation in den

nationalen Staaten unmöglich wurden. Die Internationalisierung des Monopolkapitalismus setzt überregionale Wirtschaftsgemeinschaften voraus, die durch Verträge solche Verhältnisse schaffen, die "früher durch Feldherren, Generäle und Schlachten" geschaffen wurde, wie das Mitglied der westdeutschen Delegation zum Abschluß des EWG-Vertrages feierlich proklamierte. Die Internationalisierung des Kapitalismus sollte die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten neutralisieren und sie zu einem Block gegen die nichtkapitalistische Welt zusammenschließen.

Hierzu wurden verschiedene Maßnahmen getroffen. Der Zoll auf die Industrieproduktion wurde zwischen den EWG-Staaten allmählich abgebaut, nachdem der Zolltarif um 15% lag; eine einheitliche Zollpolitik gegenüber der Industrieproduktion anderer Staaten wurde vereinbart. Sie liegt um 11,7%. Darüberhinaus wurden die Investitionsbeschränkungen unter den EWG-Staaten abgeschafft und dadurch die nationalen Schranken der kapitalistischen Entwicklung abgebaut.

Der zweite Schritt der kapitalistisch-imperialistischen Planung war die Assoziierung der ehemaligen afrikanischen Kolonien, hauptsächlich der französischen Kolonien. Andere formal unabhängigen Staaten, wie z. B. die Türkei (1964), Griechenland (1966) und Nigeria (1966) als assoziierte Staaten aufgenommen. Darüberhinaus schlossen die EWG-Staaten Verträge mit einigen afro-asiatischen Staaten, wie z. B. Persien (1963), Libanon (1965) u. a. ohne sie der EWG zu assoziieren. In seinem Buch: "Imperialismus Heute" beschreibt das Autorenkollektiv die Assoziierungspolitik als eine neue Form neokolonialistischer Herrschaft der spätkapitalistischen Staaten: "Die Assoziierung dieser Gebiete ist also eine spezifische Form des Neokolonialismus, eines kollektiven Kolonialismus der imperialistischen EWG-Mitgliedstaaten. Sie ist eine in juristische Form gefaßte politische, kommerzielle und finanzielle Bindung ökonomisch schwach entwickelter Länder an einen kollektivkolonialistischen Block imperialistischer Staaten, die ihrem Wesen nach eine neokolonialistische Unterwerfung und Fesselung dieser Länder durch den Imperialismus darstellt." ... S. 524.

Israel versucht mit dem Assoziierungsgesuch sich in das System des kollektivkolonialistischen Blocks einzureihen, um einerseits die wirtschaftliche Stagnation durch finanzielle EWG-Unterstützung und Zollbegünstigung zu erreichen und andererseits in den übrigen assoziierten Staaten Fuß zu fassen. Um dieses Bestreben des israelischen Staates deutlich zu zeigen, werfen wir einen Blick auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und den EWG-Staaten:

Vor der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gab es zwischen Israel und den westeuropäischen Ländern aktive Handelsbeziehungen, die von Jahr zu Jahr zu Gunsten

der israelischen Wirtschaft ausgebaut werden konnten. Während der israelische Export in die Staaten der EWG 1953 etwa 17,4% der israelischen Exporte betrug, erreichte er 1961 etwa 28%; also 40% des Exports der landwirtschaftlichen Produktion und 22% des israelischen Industrie-Exports, 75% des israelischen Exports in die westeuropäischen Staaten wurden in Westdeutschland, Holland und Belgien abgesetzt.

Nach der Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurden einige Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Zollpolitik der Mitgliederstaaten gegenüber anderen Ländern getroffen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die israelischen Exporte in die EWG-Staaten waren:

1. Die Exporte der israelischen Zitrusfrüchte in die EWG sanken um 10%, d.h. um 28 Mio DM ab.
2. Die israelischen Eier-Exporte in die EWG-Länder sanken von 30 Mio DM 1961 auf 16 Mio DM 1963 ab. Italien galt als Hauptabnehmer der israelischen Eier-Exporte.
3. Die Exporte der israelischen Industrie in die EWG nahmen allgemein um 5%, d.h. um 20 Mio DM ab.
4. Darüberhinaus wurde die Konkurrenzfähigkeit der israelischen Produktion gegenüber der der EWG-Staaten stark geschwächt. Die Produkte der Zitrus-Industrie, die in 30 Fabriken über 6.000 Arbeiter beschäftigt, wurden von der Zollpolitik der EWG betroffen. Hinzu kommt, daß die Textil-Industrie, deren Exporte etwa 15% des gesamten israelischen Exports ausmachen, und die chemische Industrie, deren Produktivität zwischen 1962 und 1970 um das 10-fache gesteigert werden sollte, von der Zollpolitik der EWG stark beeinflußt wurde. Die EWG-Politik hatte im allgemeinen negative Auswirkungen auf die israelische chemische, elektronische und landwirtschaftliche Produktion.

Man darf aber nicht annehmen, daß die EWG-Märkte für Israel gesperrt sind. Zwar beeinflußt die Zollpolitik der EWG die Expansion der israelischen Industrie und der landwirtschaftlichen Industrialisierung, sie zielt aber nicht darauf ab, diese Entwicklung zu schwächen. Die zionistischen Organisationen, wie z. B. "World Zionist Organisation", "Jewish Agency", "Jewish National Fund" und andere Organisationen, sorgen dafür, daß die Zollbestimmungen gegenüber Israel einigermaßen gelockert werden. Diese Organisationen haben in der BRD, Holland und Belgien einen Einfluß, der nicht unterschätzt werden darf. So haben diese Organisationen dafür gesorgt, daß die EWG einen Handelsvertrag mit Israel 1964 abgeschlossen hat, wonach der Zolltarif auf 37 israelische Waren herabgesetzt wurde. 1965 begünstigte die Zollpolitik der EWG israelische Waren, deren Rohstoffe aus den Ländern der Gemeinschaft importiert wurden. Eine solche Regelung mit den arabischen Staaten Nord-Afrikas lehnten die EWG-Staaten ab. Darüberhinaus fanden 1966 Verhandlungen zwischen Israel und den EWG-Ländern statt. Unterstützt von den einflußreichen zionistischen Organisationen in Westeuropa beantragte Israel eine weitere Herabsenkung der Zolltarife auf weitere 33 israelische Waren, darunter:

1. Zollbegünstigung für 9 Industriewaren und 9 landwirtschaftliche Produkte.
2. Nichtverzollung der israelischen Eier-Exporte.
3. Weitere Herabsenkung des Zolltarifs auf Waren, die in Israel hergestellt werden und deren Rohstoffe aus den EWG-Ländern importiert werden.

zugleich beantragte Israel eine Aufnahme in die EWG als ein assoziiertes Mitglied. Die BRD, deren Beziehungen sich zu den arabischen Staaten 1965 verschlechterten, unterstützte die Aufnahme Israels, während Italien aus Furcht vor der Konkurrenz der israelischen Südfrüchte einerseits und Frankreich, das die deutsch-arabische Krise zum Ausbau seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten andererseits ausnützte, die Aufnahme Israels ablehnten. Trotzdem entfalteten Israel und die zionistischen Organisationen eine ungeheuer lebhaft Aktivität, die dazu führte, daß die EWG-Kommission am 2.6.1967, also fünf Tage vor der israelischen Aggression, die Aufnahme Israels als ein assoziiertes Mitglied beschloß. Die Empfehlung der EWG-Kommission wurde aber nach dem Krieg zurückgestellt, weil die meisten EWG-Staaten, insbesondere Frankreich und Italien, ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht stören wollten. Frankreich erklärte, es werde von seinem Vetorecht gegen die Aufnahme Gebrauch machen.

1968 nützte Israel die EWG-Beratungen über die Assoziierung Tunesiens und Marokkos aus und brachte den Assoziierungsantrag und die Empfehlung der EWG-Kommission wieder ein. Holland, das den israelischen Antrag voll unterstützte, versuchte die BRD für die Aufnahme Israels zu gewinnen. Der BRD, die einerseits ihre Beziehungen gerade zu den arabischen Staaten nicht stören wollte, die ihre diplomatischen Beziehungen zur BRD 1965 nicht abgebrochen hatten, und die die Spannungen mit Frankreich andererseits nicht verschärfen wollte, gelang es, Holland und Israel von der kritischen Situation zu überzeugen. Der israelische Antrag wurde daher zurückgestellt.

November 1969 fanden Konsultationen zwischen den EWG-Staaten darüber statt, wie man die israelische Wirtschaft unterstützen könne, ohne die arabischen Staaten zu provozieren. Die Gesprächspartner kamen überein, den Zolltarif auf bestimmte israelische Industrie-Waren um 45% herabzusetzen. Darüberhinaus beantragte Israel eine Zollbegünstigung der Textil-Waren um 25% des Verkaufspreises. Dasselbe soll auch für das israelische Phosphat gelten.

Die letzte Reise des israelischen Außenministers hatte offensichtlich den Zweck, diese und andere Fragen zu regeln. Es stellt sich die Frage, warum Israel in die EWG eintreten will. Dafür gibt es für Israel viele Gründe, von denen wir die folgenden nennen:

I. Das anhaltende Defizit der israelischen Handelsbilanz zwingt Israel dazu, sich in eine Wirtschaftsgemeinschaft einzureihen, die seine Exporte aufzunehmen vermag. Die folgende Statistik zeigt das sich ständig steigernde Defizit der israelischen Handelsbilanz:

Jahr	Defizit in Mio Dollar
1949	223,4
1955	245,4
1960	284,4
1965	404,9

Israel wird aber durch eine Steigerung der Exporte diese defizitäre Handelsbilanz nicht ausgleichen können, denn

...machung, durch die die Wirtschaft, zwangsläufig einseitig, die Importe zu steigern, und andererseits beanspruchen die sehr hohen Rüstungsausgaben, die über 40% des Haushaltes ausmachen, einen entscheidenden Teil der Deviseneinnahmen aus Exporten. Die Steigerung der Exporte wird die sozialen Konflikte nicht mehr neutralisieren können, weil die Herrschenden in Israel die sozialen Leistungen zu Gunsten ihrer Aggressionskriege einschränken müssen. So wurden die Budgets des Kultus-, Gesundheits- und Sozialministeriums im Haushalt 1970/71 um 173 Mio und die des Wohnungsministeriums und der lokalen Behörden um 300 Mio Lira gekürzt.

II. Israel hofft, durch die Assoziierung an die EWG ausländisches Kapital in Form von Investitionen und Subventionen der "European Investment Bank", des "Development Fund", des "Social Fund", des "Agricultural Fund" und des "Guidance and Guarantee Fund" ins Land zu bringen. Es ist auch weiterhin die Aufgabe der zionistischen Organisationen, die privaten und staatlichen Investitionen und Subventionen in Israel zu unterstützen und sie mit der intensiven Propaganda in den EWG-Staaten für die Auswanderung nach Israel zu verbinden. Diese Politik würde die weitere Bindung Israels an das kapitalistische Weltssystem bedeuten.

III. Durch die Assoziierung an die EWG plant Israel die wirtschaftlichen Beziehungen zu den assoziierten afrikanischen Staaten auszubauen. Die Staaten Tschad, Dahome, Gabun, Niger, Senegal, Somali-Land, Ober-Volta, Togo und Nigeria (usw.) sind für die israelische Wirtschaft von entscheidender Bedeutung (siehe "Israel in Afrika", S. ...).

IV. Israel drängt auf die Assoziierung in der EWG, um den

Gefahren vorzubeugen, die die Aufnahme Großbritanniens und anderer EFTA-Staaten für die israelische Wirtschaft mit sich bringen. Die Aufnahme von EFTA-Staaten in die EWG würde dem israelischen Export in diese

Jahr	Prozentsatz der Exporte nach Europa	Prozentsatz der Exporte nach USA u. Kanada	Prozentsatz der Exporte nach Asien u. Afrika
1952	64,8%	27,4%	4,2%
1958	69,5%	15,2%	11,3%
1963	65,0%	14,8%	15,3%
1965	61,6%	16,5%	18,2%
1966	62,2%	16,7%	16,9%

Jahr	Prozentsatz der Importe aus Europa	Prozentsatz der Importe aus USA u. Kanada	Prozentsatz der Importe aus Asien u. Afrika
1952	35,0%	39,1%	9,3%
1958	50,3%	38,8%	5,7%
1963	55,7%	28,8%	5,8%
1965	56,7%	26,1%	6,9%
1966	54,2%	27,3%	6,9%

Die Assoziierung Israels an die EWG würde aber bedeuten, daß Israel einige Leistungen aufbringen muß:

1) Israel muß seine Wirtschaft zugunsten einer industriellen Entwicklung und auf Kosten der landwirtschaftlichen Produktion reorganisieren. Dadruch wird die Konkurrenzfähigkeit der israelischen Agrarprodukte, insbesondere der Zitrus-

...früchte gegenüber Spanien und Italien auf längere Sicht infrage gestellt. Die geographische Lage dieser beiden Staaten, die Verbindungswege und die damit verbundenen Transportkosten werden die Konkurrenzfähigkeit der israelischen Agrarproduktion trotz günstigerer Zollpolitik schwächen.

Jahr	Prozentsatz der israelischen Exporte in EFTA-Staaten
1952	50%
1958	36%
1963	27%
1965	23,8%
1967	23,7%

Die abfallende Kurve der Handelsbilanz mit EFTA-Staaten ging zugunsten der israelischen Handelsbeziehungen mit den EWG-Ländern. Die folgende Statistik zeigt die Wichtigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Israel:

Jahr	Prozentsatz der israelischen Exporte in EWG-Staaten
1952	7,2%
1958	22,2%
1963	30,3%
1965	28,3%
1967	28,5%

V. Westeuropa ist der wichtigste Absatzmarkt der israelischen Produktion. Zwar kann Israel viele seiner landwirtschaftlichen- und Industrieproduktion in den besetzten arabischen Gebieten absetzen; es braucht aber Europa aus den vorher genannten Gründen. Über die EWG will Israel die wirtschaftliche Stagnation durch Investitionen und Subventionen überwinden, und zu Absatzmärkten in Afrika und Asien gelangen. Die nachfolgenden Statistiken über die Exporte und Importe Israels erklärt, weshalb sich Israel in das System des Kollektivkolonialismus assoziieren will:

früchte gegenüber Spanien und Italien auf längere Sicht infrage gestellt. Die geographische Lage dieser beiden Staaten, die Verbindungswege und die damit verbundenen Transportkosten werden die Konkurrenzfähigkeit der israelischen Agrarproduktion trotz günstigerer Zollpolitik schwächen.

2) Israel muß alsdann seine Wirtschaft an die EWG anpassen. Dadurch wäre die Vormachtstellung der Histadrut infrage gestellt. Die Histadrut wird dem politischen und ökonomischen Druck der westeuropäischen Konzerne weichen müssen.

3) Die engere Bindung Israels an die EWG-Staaten würde bedeuten, daß die Beziehungen zu den USA und den amerikanischen zionistischen Organisationen gelockert würden.

1964 war Israel zu solchen Leistungen bereit. Der israelische Finanzminister Benhas Sapir erklärte im "Jewish Observer", Nr. 13, 1964:

"Wären die EWG-Staaten bereit, die Assoziation Israels an die EWG zu akzeptieren und Israel einen Zeitraum zur Anpassung seiner Wirtschaft an die europäischen Verhältnisse zu geben, so würde dies prinzipiell eine kurzfristige Krise für die israelische Wirtschaft mit sich bringen.

Langfristig hätte man aber die Grundlage für die Sanierung der israelischen Wirtschaft geschaffen."

1970 ist Israel zweifellos an einer ihm günstigen Zollpolitik interessiert. Israel braucht die EWG als Abnehmer seiner Produkte und als Partner, von dem es sich Investitionen und Subventionen erhofft. Zur gleichen Zeit kann sich Israel keine Politik leisten, die mit den Interessen des US-Kapitals und der zionistischen Organisationen in Amerika kollidiert. Abba Eban suchte auf seiner letzten Europa-Reise nicht nur den Rat und die Unterstützung seiner europäischen Verbündeten, sondern auch einen modus-vivendi mit dem europäischen und amerikanischen Kapital. Das kapitalistische Frankreich wird Israel diesbezüglich keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Für das kapitalistische Deutschland ist ein solches Übereinkommen eine Fortsetzung seiner Wiedergutmachungspolitik.

Die Gaza-Kommando-Aktion der FPDLP

- + Die Feddayin der FPDLP richteten massive Angriffe gegen die israelischen Aggressoren und Besatzern auf den Golan-Höhen.
- + Die Kommando-Aktion trug den Namen "Gaza", als Ausdruck der Solidarität mit der standhaften Haltung der Bevölkerung des Gazastreifens.
- + Die Genossen zerstörten einen israelischen Panzer, zwei Transportwagen der israelischen Armee und fügten dem Feind große Verluste zu.
- + Die Kommandoaktion richtete sich gegen die Pläne der israelischen Aggressoren, die auf die Evakuierung der Bevölkerung des Gazastreifens abgestellt sind.

In den ersten Morgenstunden des 2. März 1970 griffen mehrere Einheiten unserer Volkskräfte einige Ziele in den von Israel besetzten Golanhöhen an:

1. Die erste Kommandoeinheit griff bei Ruweish-Al Hamra israelische Stellungen mit Artillerie, Raketen und MGs an. Der Angriff dauerte 2 1/2 Stunden. Die Kommandoeinheit erreichte nach heftigem Gefecht ihr Ziel, sprengte israelische Wachtposten und zerstörte Schutzgräben und einen Panzer.

2. Zu gleicher Zeit griffen andere Kommandoeinheiten in der Nähe von Baqaata an. Dieser Angriff hatte die Funktion, israelische Verstärkungstruppen für Ruweish-Al Hamra zu unterbinden.

3. Andere Kommandoeinheiten der FPDLP griffen die vorderen Hauptverteidigungslinien der israelischen Armee zwischen Ruweish-Al Hamra und Baqaata an, die den heroischen Angriffen unserer Feddayin nicht standhalten konnten. Das Durchbruchkommando der FPDLP-Einheiten sprengte nach dem Gefecht mehrere Stellungen der israelischen Armee, die große Verluste hinnehmen mußte.

4. Um 7.15 Uhr entsandte die israelische Armee Verstärkungstruppen ins Kampfgebiet. Unsere Feddayin, die an den Verbindungslinien Stellung bezogen hatten, griffen die israeli-

schen Verstärkungen auf dem Weg nach Baqaata an. Aus einer Entfernung von 10m wurde die israelische Verstärkungseinheit mit Handgranaten, Antipanzerraketen und leichten Mgs empfangen. Zwei Transportwagen der israelischen Armee wurden zerstört.

5. Um 11 Uhr entsandte der Feind größere Verstärkungen in das Gebiet, deren Aufgabe die Einkreisung unserer Kommandoeinheiten war. Nach einem erbitterten Gefecht gelang es unseren Feddayin, sich zurückzuziehen. Der Führer der Kommandoeinheit, Genosse Ahmed Matuq ist dabei gefallen, als er seiner Gruppe Rückendeckung geben wollte; ein anderer Genosse ist verwundet worden.

Die Verluste der israelischen Aggressoren und Besatzer waren: ein Panzer, zwei Transportwagen, ein dritter wurde beschädigt, Zerstörung einiger Wachtposten und Schützengräben, sowie mehrere Tote und Verletzte.

Zur Person des Genossen Ahmed Matuq:

Er war einer der Führer der FPDLP-Volkskräfte in den besetzten Golanhöhen. Er wurde 1952 in Tubas/Nablus geboren. Matuq spielte eine hervorragende Rolle in der jordanisch-palästinensischen Schülerbewegung. Direkt nach der Gründung der FPDLP verließ er die Schule und schloß sich den Feddayin an. Er zeichnete sich durch seine engen Verbindungen zu den Massen und durch sein eindeutig geprägtes Klassenbewußtsein aus.

Genosse Matuq nahm an folgenden Kommando-Aktionen teil: Ho Chi Minh, Kuneitra, Sichel des Nordens. Am 16. Februar 1970 führte er die Kommandoaktion Tel Saaf Al Kabir, eine der größten Kommandoaktionen der FPDLP.

In der Zeit vom 2. März bis zum 24. März 1970 unternahm die FPDLP über 20 Kommandoaktionen. Kommandoaktion Nr. 280 trug den Namen des Genossen Matuq. Die Verluste der israelischen Armee bei der Matuq-Kommandoaktion waren: Zerstörung eines Panzers, Zerstörung von zwei Transportwagen und drei militärischen Fahrzeugen, Sprengung einiger Stellungen und Schützengräben, sowie die Unterkunft des Bezirksstabes östlich der Kolonie Jesrael. Über 40 feindliche Soldaten wurden dabei getötet oder verwundet.

Radio Israel gestand diese Kommandoaktion ein und gab die Hälfte der oben genannten Verluste bekannt.

Der Konfliktherd Nahost ist ein Teil der Systemauseinandersetzung und isoliert betrachtet kaum verständlich. In die imperialistische Nahostpolitik spielen die verschiedensten Aspekte hinein, strategische, politische und nicht zuletzt auch ökonomische. So geht es der NATO darum, Vorderasien in eine weit zum sozialistischen Lager hin vorgeschobene Bastion zu verwandeln. Damit verbunden ist die Absicht, die Ostflanke des Mittelmeeres unter Kontrolle zu bekommen, ein Flanke, die eine Brücke zwischen drei Kontinenten, zwischen Asien, Europa und Afrika darstellt und das Mittelmeer mit dem Roten Meer bzw. dem Persischen Golf verbindet. Strategische wie ökonomische Interessen des Imperialismus werden jedoch durchkreuzt von dem politischen Prozeß, der sich im arabischen Bereich vollzieht.

Eingebettet in die imperialistische Nahostpolitik sind die ökonomischen Interessen der Monopole, vor allem der Erdölmonopole, denn das Erdöl gibt der Wirtschaft der meisten arabischen Länder das Gepräge. Gewiß nicht rein zufällig fällt der Aggressionsakt Israels, der durch die führenden imperialistischen Mächte Unterstützung erfährt, mit dem verstärkten Bemühen der arabischen Staaten zusammen, einen gerechten Anteil an den in der Ölindustrie

erzielten Gewinnen zu erlangen und die nationale Position in diesem bestimmenden Zweig der Wirtschaft weiter auszubauen.

Erdöl ist gefragt wie kaum ein anderer Rohstoff! Dafür sorgen der stetig steigende Energiebedarf, die zunehmende Zahl der Kraftfahrzeuge, Dieselloks, Flugzeuge und Schiffe, die Umstellung in Industrie und Haushalt auf Heizöl, der vermehrte Einsatz von Maschinen und, last not least, der Siegeszug der chemischen Industrie. Eigentlich müßten sich die arabischen Länder glücklich schätzen können, in reichem Maße über einen zunehmend begehrter werden Rohstoff zu verfügen. Sie vereinen den größten Teil der heute bekannten Ölvorräte der Welt auf sich, und sie werden selbst dann eine Sonderstellung einnehmen, wenn sich die Vermutungen über die Existenz reicher Quellen auch in anderen Regionen, namentlich in Sibirien und Alaska, als richtig bestätigen sollten. Verschieben könnten sich in diesem Fall höchstens die Proportionen. Nach dem derzeitigen Stand der geologischen Forschung liegen allein im nahöstlichen Teil der arabischen Welt 60% der Ressourcen. Arabiens Position in der Welterdölwirtschaft erhellt die Übersicht in tabellarischer Form. (Alle Angaben beziehen sich auf 1968 und erfolgen - wenn nicht anders vermerkt - in Mio t.)

	Erdöl- produktion	Zahl der Sonden	Tagesleistung je Sonde in t	Ölvorrat	Anteil am Weltvorrat
Welt	2.000,9	-	55,2	62.160	100,0
USA	526,0	713.000	1,7	4.381	7,5
UdSSR	309,0	-	-	4.726	8,36
Venezuela	187,5	10.088	47,6	2.079	3,34
Abu Dhabi	25,2	86	801,9	2.402	3,86
Bahrain	3,68	205	49,2	23	0,04
Irak	73,5	111	1.814,5	3.757	6,05
Iran	137,4	212	1.775,3	7.327	11,79
Katar	16,2	65	682,6	503	0,81
Kuweit	121,7	684	487,3	9.500	15,28
Neutrale Zone	24,1	38	1.734,8	2.190	3,52
Oman	11,7	22	1.400,0	243	0,3
Saudi-Arabien	138,9	388	980,6	10.352	16,65
Syrien	1,0	30	92,6	205	0,33
Türkei	3,1	233	36,9	100	0,16
VAR	7,15	162	120,9	306	0,49
Algerien	43,16	699	169,2	907	1,46
Libyen	124,0	790	448,3	3.951	6,36
Marokko	0,1	53	5,2	1	-
Tunesien	3,2	40	219,9	64	0,10

Allein der Nahe Osten weist einen Ölvorrat von rund 37 Mrd t auf, und ständig wird mehr Erdöl entdeckt als gefördert. Im Jahre 1962 sind beispielsweise die Ressourcen auf 25,8 Mrd t geschätzt worden. Fast 3 Mrd t sind seitdem dem Boden entzogen worden, aber die Reserven sind um fast 11 Mrd t gestiegen. Dabei kann nicht einmal behauptet werden, daß besondere Anstrengungen gemacht worden wären. Für die

bereits konzessionierten Unternehmen besteht dazu keine zwingende Notwendigkeit, da der Vorrat für Jahrzehnte reicht, die "Außenseiter" haben vielfach erst mit den Probebohrungen begonnen, und die staatlichen Unternehmen sind in den meisten Fällen aus Kader- und Kapitalmangel noch nicht zu umfangreichen geologischen Erkundungen und Aufschlußarbeiten in der Lage. Selbst vorsichtige Fach-

leute rechnen damit, daß bisher höchstens die Hälfte der förderbaren Ölvorräte bekannt ist. (Viele Schätzungen gehen weit darüber hinaus.) Einige arabischen Länder schwimmen regierecht auf den Ölwoogen. Neben dem reichsten Ölland der nichtsozialistischen Welt, Saudi-Arabien, ist besonders das kleine Scheichtum Kuwait zu nennen, das trotz seiner nur 15.540 km² großen Fläche über einen Vorrat von 9,5 Mrd t (610.000 t je km²) und damit über doppelt soviel wie die USA verfügt, deren Territorium 600mal so groß ist. Nirgends sonst in der Welt konzentriert sich auf so engem Raum eine so gewaltige Menge Öl. Von sich reden machen neuerdings auch die kleinen Scheichtümer an der "Trucial Coast". Vor wenigen Jahren noch wußten höchstens die Geographen etwas mit der Landesbezeichnung Abu Dhabi anzufangen, heute ist dieses Scheichtum Tagesgespräch in allen ölwirtschaftlich interessierten Kreisen. Die 2,4 Mrd t Erdöl, die bis jetzt (!) in Abu Dhabi entdeckt werden konnten, würden für eine Jahresweltproduktion ausreichen. Aufgrund der günstigen Bedingungen hat Abu Dhabi die Förderung 1968 dem Vorjahr gegenüber um 32,3% auf 25,2 Mio t steigern können, was die Fachwelt aufhorchen ließ und gleichzeitig Nahrung für die verschiedensten Spekulationen gab. Ähnlich liegen die Dinge in Oman. Erst in den letzten drei Jahren tauchte es in den Förderstatistiken auf, aber schon hat es einen so alten Produzenten wie Trinidad überrundet. Abu Dhabi wie Oman sind hereditäre Beispiele dafür, welche Überraschungen der Nahe Osten noch zu bieten imstande ist. Zudem sind die bekanntesten ölproduzierenden Länder noch längst nicht an der Grenze ihres Leistungsvermögens. Wahrscheinlich wird Vorderasien 1975 etwa 900 Mio t Rohöl auf den Markt bringen. Ein Zusammenhang mit den politischen Interessen des Imperialismus an diesem Raum braucht wahrlich nicht konstruiert zu werden.

Wettlauf nach Libyen

Den größten Effekt in ölwirtschaftlicher Beziehung erzielten von allen arabischen Staaten die nordafrikanischen Länder. Lange Zeit konzentrierte die VAR ihre Produktion auf die Sinaihalbinsel, Algerien ließ tief in der Sahara bohren, und die übrigen Länder führten ein Schattendasein. Inzwischen sorgte Libyen für eine Korrektur aller voreiligen Einschätzungen der Lage in Nordafrika. Als 1956 die Libyan American Oil Co. auf Erdöl stieß, begann ein regelrechter Wettlauf nach dem libyschen Öl. Niemand nimmt an, daß sich die Reserven auf die heute bekannten rund 4 Mrd t erschöpfen. Immerhin liegt Libyen außerhalb der sozialistischen Lagers. Selbst Venezuela und der Irak verfügen nicht über so vorteilhafte Grundlagen. Besonders glücklich ist für Libyen der Umstand, daß die Quellen ziemlich nahe an der Küste liegen und die Produktion keine nennenswerten Investitionen für Transportanlagen erfordert. Libyen hat 1961 den ersten Öltanker auf die Reise geschickt und ist derzeit der fünfgrößte Produzent des nichtsozialistischen Bereichs. Das muß man unbedingt berücksichtigen, wenn man die Bedeutung des revolutionären Umsturzes in Libyen und die Reaktion der imperialistischen Mächte richtig beurteilen will. Da Libyens Ölindustrie nicht auf die Benutzung des Suezkanals angewiesen

ist, wurde die Förderung mit dem Ausbruch der Nahostkrise unwahrscheinlich schnell forciert.

In den Nachbarländern Libyens sind in den letzten Jahren ebenfalls große Ölfunde gemacht worden. Die VAR hat im Mai 1969 ein Abkommen mit der UdSSR über die Zusammenarbeit abgeschlossen und mit Hilfe sowjetischer Geologen die West- und Nordregionen systematisch erforscht. Dabei wurden beachtliche Funde bei Abul Gharadek südlich von El Alamein und bei Om el Farakin im Westen des Landes gemacht. Auch anderweitig entdeckte Quellen berechtigen zu Hoffnungen. Wie Präsident Nasser ankündigte, will die VAR 1975 schon 50 Mio t und Ende der 70er Jahre sogar 100 Mio t jährlich auf den Markt bringen. Im laufenden Fünfjahresplan (1970/75) wird der Ölwirtschaft entsprechend große Bedeutung beigemessen. Insgesamt 410 Mio äg. Pfund sollen in ihr investiert werden, davon 165 Mio in der Förderung. Einen solchen Raum hat die Erdölindustrie bislang noch in keinem Plan des Landes eingenommen. In Algerien sind sowjetische Geologen ebenfalls auf reiche Lagerstätten gestoßen. Ersten Mitteilungen zufolge werden die Vorkommen auf eine Milliarde t geschätzt. Die neuen Fundstellen liegen im Norden, so daß Algerien hoffen kann, transportmäßig in eine ähnlich vorteilhafte Lage zu kommen wie Libyen. Der bisher wenig erforschte nordafrikanische Raum verdient auf jeden Fall große Beachtung.

Die Ölhaie unter sich

Sie gönnen sich gegenseitig nichts, die "sieben Schwestern" und die übrigen Ölmonopole, die in Vorderasien und Nordafrika produzieren. Ursprünglich galt gerade der Nahe Osten als Domäne der englischen Gesellschaften, was mit der politischen Stellung Großbritanniens in diesem Raum zusammenhängt. Die erste Konzession, die in Persien (Irak) vergeben wurde, hatte 1871 Julius de Reuter erworben. Für die Erzielung hoher Profite in der Ölwirtschaft war die Zeit jedoch noch nicht gekommen und so verzichtete der an einen schnellen Kapitalumschlag gewöhnte Gründer der heute noch maßgeblichen britischen Nachrichtenagentur auf die Schürfrechte. Dreißig Jahre später bekam Knox D'Arcey in Persien eine Konzession, und 1909 wurde die jetzige British Petroleum Co. gegründet, die jahrzehntelang allein die persische Ölproduktion bestritt und beteiligt ist an der Ausbeutung der Quellen des Iraks, Kuweits und Katars. Über die BPC und die im wesentlichen ebenfalls mit englischen Kapital arbeitende Royal Dutch Shell Co. kontrollierte Großbritannien 1934 zu 94% die nahöstliche Ölwirtschaft. In die verbleibenden 6% teilten sich Frankreich und die USA. Die BPC ist auch derzeit noch das führende Ölunternehmen im Nahen Osten, aber - selbst in Gemeinschaft mit Shell - der amerikanischen Konkurrenz insgesamt (die mit weit mehr Gesellschaften vertreten ist) unterlegen und höchstens noch mit 1/3 an der Erdölförderung beteiligt.

Der erste große Einbruch in das britische Ölgeschäft glückte den USA 1928 beim Abschluß des Red-Line-Abkommens zwischen Henri Deterding von der Royal Dutch Shell, der (heutigen) BPC, und der Standard Oil

Co. Im Ergebnis stand die Bildung der Iraq Petroleum Co., an der sich die Amerikaner mit 23,75% beteiligten. Im Jahre 1933 faßten die Monopole der USA in Saudi-Arabien Fuß, wo sie die britische Konkurrenz völlig auszuschalten wußten. In Kuwait erwarben sie einen Aktienanteil von 50%. Grundlegend veränderte sich das Kräfteverhältnis zwischen den rivalisierenden Mächten 1951/54, als die USA für der "Vermittlung" im Ölstreit zwischen Iran und Großbritannien eine "Provision" in Gestalt eines 40%igen Anteils am neuen Erdölkonsortium in Iran einstrichen. Damit war der Wettlauf um das Öl Vorderasiens zugunsten der USA entschieden, die heute in allen bedeutenden Förderländern einen maßgeblichen Einfluß haben und fast 2/3 der Gesamtproduktion des Nahen Ostens bestreiten.

Tonangebend unter den amerikanischen Gesellschaften sind jene, die zu Rockefeller-Gruppe gehören. Selbige beherrscht etwa 25% der Ölproduktion der kapitalistischen Welt, verfügt über ca. 250 Gesellschaften in 100 Ländern und repräsentiert ein Kapital von 70 Mrd Dollar. Welche Rolle die Öligiganten in den USA spielen, läßt sich schon dem Umstand entnehmen, daß sie fünf der zehn größten Unternehmen stellen und nach Victor Perso mehr Profite im Ausland realisieren als alle übrigen amerikanischen Monopole zusammen. Drei dieser Giganten gehören zur Rockefeller-Gruppe.

Die Herren der Standard Oil Co. haben in den letzten Jahrzehnten einen maßgeblichen Einfluß auf das Weiße Haus ausgeübt und wohl bei nahezu jeder Aggression die Hand im Spiel gehabt. Was gut für die Standard Oil ist, soll nach einem Werbespruch der Gesellschaft auch gut für die USA sein. Die Soldaten, die in Vietnam für den maßgeblich von der Standard Oil mit vorbereiteten Krieg verbluten, denken anders darüber. Die Standard Oil stand auch hinter der Truman-Doktrin, hinter der Intervention der USA im Libanon 1958 und hinter der Aggression Israels 1967.

Victor Perso schrieb im Oktober vergangenen Jahres in der Zeitung "Daily World": "Die USA-Regierung und die Öl-Korporationen setzen alles daran, zu verhindern, daß die Entwicklungsländer sich eine eigene Ölindustrie aufbauen. Sie sind bestrebt, überall das Monopol der Erdölversorgung zu behalten, und führen erbarmungslos Krieg gegen jedes Land, das die Ölindustrie verstaatlicht - oder auch nur die Grenzen der wirtschaftlichen Konzessionen überschreitet, die die Ölgesellschaften zu machen gewillt sind. Die Gesellschaften wissen, daß sie auf völlige Unterstützung einschließlich der bewaffneten Intervention, bei der USA-Regierung rechnen können." Und wenn es gegen die nationale Politik der Entwicklungsländer geht, verblissen auch die Gegensätze zwischen den Monopolen, zwischen der Standard Oil und der Shell oder wie sie auch heißen mögen.

Als Mossadegh 1951 die iranische Erdölindustrie verstaatlichte, wurde er durch anglo-amerikanische Machenschaften gestürzt. Inzwischen sind aber annähernd zwei Jahrzehnte vergangen und das Kräfte-

verhältnis ist nicht mehr das alte in der Welt. Das bekamen die Ölgesellschaften schon 1960 in Kuba zu spüren. Damals weigerten sich die zur Rockefeller-Gruppe gehörenden Raffinerien in Kuba, das "rote" Erdöl aus der Sowjetunion zu veredeln. Die Regierung Castro entschloß sich zu der einzig richtigen Maßnahme: Sie verstaatlichte die Ölindustrie. Die Standard Oil hatte es auf eine Zerreißprobe ankommen lassen, nun mußte sie auch die Konsequenzen tragen. Das sowjetische Öl, das die Nordamerikaner nicht veredeln wollten, raffinierten fortan in der UdSSR ausgebildete Spezialisten. An der internationalen Solidarität der antiimperialistischen Kräfte scheiterte auch der Versuch der USA, die Position der Standard Oil mit militärischen Mitteln zu retten.

In Südvietnam hatten die Rockefeller-Gesellschaften von allen amerikanischen Unternehmen den größten Einfluß. Als die Pfründe in Gefahr geriet, drängten sie wie im Falle Kubas das Weiße Haus zum Einsatz der Armee. Aus dem geplanten "Sonntagsausflug" wurde dann der längste Krieg, den die USA in ihrer Geschichte geführt haben, und der hoffnungsloseste dazu. Aufwand und Ergebnis stehen in diesem Krieg für die USA schon lange nicht mehr in einem entsprechenden Verhältnis zueinander. Kuba wie Vietnam demonstrieren, daß durchaus nicht gut für die Amerikaner ist, was für die Standard Oil gut sein soll. Nichts anderes verspricht das Engagement der USA im Nahen Osten.

John Kings Geschäfte in geraubtem Land

Daß Tel Aviv außerstande wäre, die Aggressionspolitik ohne die militärische, finanzielle und politische Hilfe der westlichen Großmächte auch nur einige Wochen zu bestreiten, dürfte selbst dem Betrachter eingehen, der sich nur oberflächlich mit den Ressourcen Israels beschäftigt. Hier soll die Aufmerksamkeit auf die Ölpolitik in den von Israel besetzten arabischen Gebieten gelenkt werden. Israel hat vom Waffenstillstand an auf der Halbinsel Sinai unter Benutzung der Anlagen der VAR Öl gefördert und stiehlt auf diese Weise der VAR jährlich mehrere Millionen t. Erdöl.

"The Guardian" wußte im November 1969 zudem von einem "Paketabkommen" zu berichten, "das Firmen Großbritanniens, Kanadas und der USA einbezieht". Auf dessen Basis hat die "Kenting of Canada" Materiallieferungen im Werte von (vorerst) 0,5 Mill. Pfund Sterling übernommen; die "Londoner Midbar Ltd.," die von der amerikanischen "King Resources" in Denver beherrscht wird, bestreitet auf der Halbinsel Sinai und dem Küstenvorland verschiedene Erkundungsarbeiten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß John King, einer der Ölgewaltigen der USA, auf eigene Faust Nahostpolitik betreiben sollte. Vielmehr dürfte er sich mit Washington verständigt haben, bevor er Geld in einem "heißen" Gebiet anlegt. Berechtigterweise machte die VAR am 25.11.1969 darauf aufmerksam, daß die Haltung der anglo-amerikanisch-kanadischen Ölgesellschaften in direktem Widerspruch zur UNO-Resolution von 1967 steht. Während die UNO Israel verpflichtet, die Ausgangsposition zu beziehen, bestärken die Ölmonopole durch Investitionshilfe den Aggressor in seiner Absicht, die Besetzung des arabischen Territoriums zu

verewigen. Diese Investitionen demaskieren die USA und Großbritannien, die in den Vereinten Nationen und bei den Vierergesprächen den Anschein zu erwecken suchen, als ob ihnen die Beilegung des Nahostkonfliktes eine Herzensangelegenheit sei, gleichzeitig aber ihre Monopole zu geophysikalischen Arbeiten auf der Halbinsel Sinai ermuntern, zu

Arbeiten, die auf lange Sicht erfolgen. "Verlorengegangene Positionen im Nahen Osten zurückzugewinnen", so wurde 1969 in Moskau in der "Erklärung zur Lage im Nahen Osten" die Politik der imperialistischen Staaten charakterisiert. Die Umtriebe der Ölmonopole auf der Halbinsel Sinai bestätigen vollauf die Richtigkeit dieser Einschätzung.

Die Revolutionäre Front der Irakischen Studenten

Vor einigen Wochen hat der Konstituierungsausschuß der "Revolutionären Front der Irakischen Studenten" eine Delegierten-Konferenz der an verschiedenen westdeutschen Universitäten arbeitenden Gruppen einberufen. Vertreter der demokratischen kurdischen Studenten und der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP wurden zur Teilnahme an dieser ersten DK eingeladen.

AL-DJABHA begrüßt die Gründung der "Revolutionären Front der Irakischen Studenten" und sichert den irakischen Genossen in der BRD, deren Parteigenossen in den Reihen der FPDLP kämpfen ihre Unterstützung und Solidarität zu.

Hier sollen nun einige der wichtigsten Diskussionen auf der Konstituierungsversammlung der "Revolutionären Front der Irakischen Studenten" referiert werden:

Die Kurdische Frage:

Ausgehend von den Verhandlungen zwischen Vertretern der kurdischen Revolution einerseits und dem Ba'ath-Regime andererseits, haben die irakischen Genossen diese Verhandlungen und deren Ergebnisse als einen Sieg der von der irakischen kommunistischen Parteizentrale proklamierten Strategie des revolutionären Volkskrieges eingeschätzt. Zugleich kritisierten die irakischen Genossen diese Verhandlungen und ihr Ergebnis als einen Kompromiß, der von der kurdischen Bourgeoisie den revolutionären kurdischen Arbeitern und Bauern aufgezwungen wurde. Sie erinnerten an die vom Ba'ath-Regime 1963 durchgeführte Massaker gegen die arabischen und kurdischen Kommunisten des Irak und riefen zur Wachsamkeit auf. Zwar habe das Ba'ath-Regime der kurdischen Bevölkerung die nationalen Rechte im Rahmen einer kurdischen nationalen Autonomie zugestanden; die Verwirklichung solcher Rechte könne aber nur in einem sozialistischen Irak erreicht werden. Sowohl die arabischen als auch die kurdischen Genossen des Irak waren sich einig, daß man dem Ba'ath-Regime nicht trauen kann; über die Einschätzung der Verhandlungen zwischen diesem Regime und der kurdischen Resolution waren sie sich allerdings weniger einig. Die arabischen Genossen bezichtigten die kurdische Bourgeoisie des "Verrats" an der Sache der arabischen und kurdischen Arbeiter und Bauern.

Die Palästinafrage:

Die "Revolutionäre Front der Irakischen Studenten" erklärte ihre Solidarität und Unterstützung für die palästinensische Widerstandsbewegung, aber vor allem für die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP, die den nationalen Kampf mit dem internationalen Klassenkampf verbindet. Die irakische KP-Zentrale, die Volksfront zur Befreiung des arabischen Golfs, die Demokratische Volks-



Hana Al Sheibani, die als Mitglied der FPDLP gefallen ist.

front FPDLP wurden von den irakischen Genossen als die Träger der sozialistischen Revolution in den arabischen Ländern eingeschätzt. Die Front erklärte der israelischen Opposition und vor allem der Mazpen ihre Unterstützung.

Probleme des Revisionismus:

Scharf wurden die revisionistischen und sozialchauvinistischen Tendenzen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung kritisiert und verurteilt. Insbesondere wurde die reformistische Politik des ZK der irakischen KP verurteilt. Das ZK sei zum Anhängsel des faschistoiden irakischen Ba'ath-Regime geworden.

Darüberhinaus standen Fragen wie die Agrar-Reform im Irak, die Rolle der Kleinbourgeoisie, der Ölreichtum, sowie auch Fragen des Imperialismus und Neokolonialismus auf der Tagesordnung. Hierzu sollen ausführliche Studien ausgearbeitet werden.

Zuletzt wurde ein Organisationsstatut verabschiedet, das die Bedingungen der Aufnahme und die Aufgaben der Mitglieder bestimmte. Die irakischen Genossen wählten am letzten Tag der DK einen Organisationsausschuß, der die Kommunikation unter den verschiedenen Gruppen einerseits einleitet und andererseits Kontakte mit anderen kommunistischen Organisationen aufnimmt.

Einer der wichtigsten Beschlüsse der DK war die Herausgabe eines Zentralorgans der "Revolutionären Front der Irakischen Studenten", das den Namen "Al Ansar" - "Partisan" - tragen soll.

Zur Geschichte der palästinensischen

Widerstandsbewegung II

I. Die Klassenverhältnisse im palästinensischen Volk:

In der Einschätzung der Klassenverhältnisse im palästinensischen Volk herrschen verschiedene voneinander abweichende Meinungen unter den Widerstandsorganisationen. Die Theoretiker und Anhänger der stärksten Widerstandsorganisationen vertreten eine Position, nach der das palästinensische Volk ein klassenloses Gebilde ist. Unterstützt vom arabischen Bürgertum sprechen diese und andere Theoretiker von einer palästinensischen Flüchtlingsgesellschaft. Solche Parolen dienen der Integrationsideologie der palästinensischen und arabischen Bourgeoisie. Bevor wir die Klassenverhältnisse im palästinensischen Volk untersuchen, führen wir die folgende Statistik an, die für die Einschätzung der palästinensischen Klassenverhältnisse relevant ist. Das palästinensisch-arabische Volk rekrutiert sich aus:

1. 1 345 000 Flüchtlinge
2. 475 000 einheimische Bevölkerung Westjordanien
3. 130 000 einheimische Bevölkerung im Gazastreifen
4. 100 000 nicht registrierte Flüchtlinge außerhalb Westjordanien und des Gazastreifens
5. 300 000 arabische Bevölkerung in Israel

Diese Statistik zeigt, daß 57% dieses Volkes Flüchtlinge sind. Es stellt sich aber die Frage: Wird die Klassenzugehörigkeit durch das Flüchtlingsdasein definiert, oder ist das Flüchtlingsdasein nicht vielmehr Konsequenz einer politischen Situation, die die Klassenverhältnisse nicht so automatisch bestimmt oder verändert?

Von einigen Ausnahmen abgesehen ist das Flüchtlingsdasein beides zugleich: ein politisch definierbarer Begriff in dem Sinne, daß die Flüchtlinge aus ihrem Lande vertrieben wurden und ein klassenspezifisch definierbarer Begriff, da die überwältigende Mehrheit dieser Flüchtlinge nichts als ihre Arbeitskraft anzubieten haben. Gerade hier muß man ansetzen und nicht bei der Klassenlosigkeit des Flüchtlingschicksals, mit der die arabische und palästinensische Bourgeoisie ihre Integrationsideologie und ihren Führungsanspruch zu rechtfertigen versucht. Auch hier ist also das Bewußtsein der Bourgeoisie ein Ausdruck ihres Interesses, die gesellschaftlichen Widersprüche zu leugnen.

Die Hauptaufgabe in der ideologischen Arbeit einer marxistischen Widerstandsorganisation besteht daher darin, die unterdrückten und manipulierten Klassen auf das Niveau des sozialistischen Bewußtseins zu heben. Dies erfordert vor allem eine konkrete Einschätzung der Klassenverhältnisse und der Rolle jeder Klasse im nationalen Kampf. Das palästinensische Volk kann man in folgende soziale Gruppen einteilen:

1. Überreste der feudalistischen Klasse und die Kompradorenbourgeoisie:

In Jordanien fungieren sie als Stütze des Herrschaftsapparates. Sie versuchen auch Einfluß auf die Widerstandsorganisationen zu gewinnen. Vertreter dieser Klasse in Ostjordanien sind: Salim Sa nun, Abdulmajid Shuman, Abdulmuhsin Qattan, Ali Mango, usw. In der palästinensischen Nationalversammlung erscheinen sie in der Liste

der "Unabhängigen". In den von Israel besetzten Gebieten fungieren sie als Kollaborateure und agieren für die Errichtung eines von zionistischer Gnade abhängigen arabischen Staates. Ihre Repräsentanten in den besetzten Gebieten sind Al Ga bary und Al Faruky.

2. Nationalbourgeoisie, die den Handel auf dem jordanschen Markt beherrscht und deren Interessen mit denen des israelischen Kapitals kollidieren. Im allgemeinen ist die Nationalbourgeoisie fähig, bis zu bestimmten Grenzen sich an der nationalen Befreiungsbewegung zu beteiligen. Sie ist an einem nationalen Markt und an dessen "Schutz" gegenüber ausländischen Monopolen interessiert und sieht daher in dem Aufbau eines nationalen Staates einen Weg, der zu diesem Ziel führt. Aus diesem Grunde schließt sie sich der nationalen Befreiungsbewegung an und versucht unermüdlich die Führung im nationalen Befreiungskampf an sich zu reißen. Unter Führung Suleiman Al-Nabulsi bildete sie mit anderen Bevölkerungsschichten die Nationale Front, der die rechte Ba ath Partei, die rechte Nationalistische Arabische Bewegung, die Islamische Bruderschaft, die National-Soziale Partei und andere angehörten. In der palästinensischen Widerstandsbewegung stellt sie mit dem palästinensischen Kleinbürgertum die Mehrheitsfraktion.

Die Nationalbourgeoisie unter israelischer Herrschaft ist den verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Repressionen ausgesetzt. Daher ist sie kompromißlerisch und unentschlossen. Teile der Nationalbourgeoisie nehmen am Widerstand gegen die israelischen Aggressoren teil, sie verflätschen aber die Ziele dieses Widerstandes im Sinne ihrer bürgerlichen Interessen.

3. Die Kleinbourgeoisie, die sich aus Fachkräften, Beamten, Angestellten, Teilen der Bauerschaft und Geschäftsleuten rekrutiert. Als Klasse ist sie heterogen. Sie leidet unter der wirtschaftlichen Stagnation und der politischen Instabilität sowohl in Ostjordanien als auch in den besetzten Gebieten. Eine Konsumgesellschaft ist ihr angestrebtes Ziel. Diese zahlenmäßig große Sozialgruppe ist sicherlich wichtig für den nationalen Befreiungskampf; sie bleibt allerdings wegen ihrer opportunistischen Praxis sehr gefährlich. Die Erfahrungen der kolonialen Revolution in den Unterentwickelten Ländern zeigen, daß die Kleinbourgeoisie zur Aktivierung des nationalen Kampfes nur unter der Voraussetzung beiträgt, daß sie revolutionär geschult wird und sich im Dekolonisationsprozeß der Führung durch die Arbeiter und Bauern anschließt.

Die palästinensische Kleinbourgeoisie hat selbstverständlich Vorstellungen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen sie lebt. Sie hat Klasseninteressen, die sich in den antikommunistischen Integrationsideologien widerspiegeln. Deshalb bekämpft sie mit verschiedenen Mitteln die Parteibildung, insbesondere die Bildung einer marxistischen Partei. Hierbei knüpft sie am Versagen der arabischen Parteien an, ohne dieses Versagen politökonomisch zu erklären, was notwendigerweise nicht nur zur

Entlarvung der herrschenden und besiegtten arabischen Staatsapparate, sondern auch zur Entlarvung ihrer eigenen Ideologie führt. Führende Mitglieder einiger Widerstandsorganisationen verkünden statt dessen die Überparteilichkeit der Widerstandsbewegung, nicht deshalb, weil sie tatsächlich keiner Partei angehören, sondern deshalb, weil sie ihre Stärke aus scheinbar revolutionären Phrasen der Nationalfront und Klassenkooperation beziehen. Solche für die Kleinbourgeoisie charakteristischen Ideologien verhindern die Polarisierung der Kräfte, die für die Aktivierung des Befreiungskampfes von entscheidender Bedeutung wäre. Ihre Integrationsideologien beruhen auf einem unechten Ausgleich von Widersprüchen und können daher leicht auseinanderbrechen, insbesondere wenn der Volksfeind stark ist und ein langwieriger Kampf bevorsteht.

4. Die unterdrückten Volksmassen, die sich aus der Arbeiter- und Bauernschaft sowie auch Teilen der "revolutionären" Kleinbourgeoisie zusammensetzen. Selbstverständlich kann man nicht von einem palästinensischen Industrieproletariat im Marxschen Sinne sprechen, weil die ökonomische Grundlage dazu fehlt. Die palästinensische Arbeiterschaft umfaßt aber zehntausende von Arbeitern der mittleren und kleinen Betriebe, von Bauarbeitern, Landarbeitern, kleinen Straßenhändlern und Handwerkern, sowie auch Gelegenheitsarbeitern und "Gast-"Arbeitern in den arabischen Ölländern und in den Industriestaaten. Sie

ist schärfster Ausbeutung ausgesetzt. Ihr Lebensstandard liegt weit unter dem Existenzminimum. In den letzten Monaten bewiesen die Streiks der jordanischen und palästinensischen Arbeiter der UNRWA, der Zementwerke, der Ölraffinerie und des Gerbereigewerbes nicht eine zu unterschätzende Kraft geworden sind. (siehe AL DJABHA Nr. 3/4 und Nr. 5)

Die Zahl der arabisch-palästinensischen Arbeiter in der israelischen Industrie ist verhältnismäßig klein. Aus den besetzten Gebieten sind über 15 000 Arbeiter in israelischen Unternehmen beschäftigt. Ihre soziale Stellung ist der der Gastarbeiter in den westeuropäischen Ländern vergleichbar, wenn man von den alltäglichen israelischen Provokationen und Repressionen absieht. Wegen ihrer gesellschaftlichen Lage durchschaut die palästinensische Arbeiterschaft den Charakter des Zionismus und Imperialismus am leichtesten, daher bildet sie den harten Kern des revolutionären Kampfes.

Die Bauernschaft ist zahlenmäßig groß. Sie hat während der Mandatszeit vor 1948 unter der Kolonialpolitik der Jewish Agency und der britischen Mandatsmacht leiden müssen. Mit brutalen Mitteln und durch die Kollaboration der arabischen Großgrundbesitzer wurden diese Bauern aus ihren Dörfern vertrieben; aus ihren Reihen stammen die meisten Flüchtlinge. Zusammen mit den Arbeitern und der politisch bewußten Kleinbourgeoisie bilden sie die Hauptkräfte des palästinensischen Widerstandes. Ihr klassenspezifisches Bewußtsein, ihre assoziative Denkweise und Spontaneität müssen allerdings durch revolutionäre Schulung überwunden werden.

Diese sind einige Merkmale der palästinensischen Klassengesellschaft, die die Bourgeoisie zu leugnen versucht. Nicht über die Negation der Klassenverhältnisse, die immer einer Klassenherrschaft dient, kann aber eine Gesellschaft revolutioniert werden, sondern lediglich durch die richtige Einschätzung der Widersprüche im Volk, die den Weg der Or-

ganisierung aller Revolutionären und patriotischen Volkskräfte ebnet und den dialektischen Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis herstellt.

II. Über die Organisation und die Einheitsfront:

In seiner Schrift "Was tun" schreibt W.I. Lenin:

"... Ich behaupte, daß 1. keine einzige revolutionäre Bewegung ohne eine stabile und die Kontinuität wahrende Führerorganisation Bestand haben kann; 2. Je breiter die Masse ist, die spontan in den Kampf hineingezogen wird, die die Grundlage der Bewegung bildet und an ihr teilnimmt, um so drängender ist die Notwendigkeit einer solchen Organisation und um so fester muß diese Organisation sein; 3. Eine solche Organisation muß hauptsächlich aus Leuten bestehen, die sich berufsmäßig mit revolutionärer Tätigkeit befassen; 4. je mehr wir die Mitgliedschaft einer solchen Organisation einengen, um so schwieriger wird es einem autokratischen Lande sein, eine solche Organisation zu schnappen und 5. umso breiter wird der Kreis der Personen aus der Arbeiterklasse und aus den übrigen Gesellschaftsklassen sein, die die Möglichkeit haben werden, an der Bewegung teilzunehmen und sich aktiv in ihr zu betätigen."

Die Prinzipien des dialektischen und historischen Materialismus wurden von W.I. Lenin schöpferisch entwickelt und angewandt, wobei er die revolutionäre marxistische Partei als einen wichtigen Organismus betrachtete, der mit der Arbeiterklasse und mit den werktätigen Massen untrennbar verbunden ist, und der sich im Widerspruch und durch den Kampf mit der bürgerlichen Ideologie und Politik entwickelt.

Viele Gegner Lenins warfen der leninschen Parteikonzeption vor, den Unterschied zwischen der bewußten und freiwilligen Disziplin der kämpferischen Arbeiterklasse und der in Kaserne und Fabrik aufgezwungenen Disziplin zu verkennen. Neben Rosa Luxemburg kritisierten viele Marxisten, Sozialdemokraten und Anarchisten, jeder auf seine Art, die leninsche Organisationsform: Sie schaffe einen etablierten, bürokratischen Apparat von Berufsrevolutionären; sie ebne den Weg zum Blanquismus und Putschismus; sie propagiere die unfehlbare Führung durch die Partei; sie hindere die Massen daran, durch Teilnahme an der revolutionären Massenbewegung praktische Erfahrungen zu sammeln usw. Die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung kennt allerdings nicht wenige Theoretiker, welche die dialektische Methode studierten und sie verbreiteten, sich aber in der Praxis als Politiker erwiesen, die nicht fähig waren, jeweils richtig verschiedene Formen und Methoden des revolutionären Kampfes in jeweils verschiedenen Situationen anzuwenden. Die leninsche Partei der Berufsrevolutionäre war keineswegs die "revolutionsmachende", sondern die "revolutionsvorbereitende". Andererseits impliziert die leninsche Parteikonzeption nicht, daß "die die Berufsrevolutionäre für alle denken werden". Darüber hinaus ist die Avantgarde nur das Produkt der Massenbewegung; sie kann nicht außerhalb der Klassen existieren, wenn man von dem leninschen Parteiedanken ausgeht und die Geschichte nicht subjektivistisch interpretiert. Daraus folgt aber nicht, daß die leninsche Parteikonzeption in allen Situationen ohne jegliche Modifikation übernommen werden kann, denn gerade dies wäre den leninschen Prinzipien zuwider.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die gesamte Problematik der Organisationsmodelle zu behandeln. Jeder, der die Ver-

hältnisse im Nahen Osten gut kennt, wird aber zugeben müssen, daß sich eine marxistische Befreiungsorganisation an der leninischen Parteikonzeption zu orientieren hat. Von der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP wird diese Konzeption schöpferisch entwickelt und angewandt wobei man nicht vergessen darf, daß der demokratische Zentralismus durch die Guerillaräte mitbestimmt wird. Besonders in einer Phase, wo die arabischen Herrschaftsapparate die "friedliche" Regelung gegen den Willen des palästinensischen Volkes anstrengen muß eine revolutionäre marxistische Befreiungsorganisation um sich und ihre Basis zu beschützen entsprechende organisatorische Formen entwickeln, die der leninischen nahe verwandt sind.

Im Kampf gegen den Imperialismus, die israelischen Aggressoren und Besatzer und die arabische Reaktion muß sich eine marxistische Befreiungsorganisation durch folgende Merkmale auszeichnen:

- a. Sie muß unversöhnlich gegenüber dem Lager der Konterrevolution sein, mit aller Kraft für die Zerschlagung des zionistischen Staatsapparates und für den Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates kämpfen, worin das arabische und jüdische Volk Palästinas ihre nationalen Rechte erlangen können, ohne jegliche nationale oder Klassenunterdrückung.
 - b. Sie muß unversöhnlich gegenüber allen Versuchen sein, dem palästinensischen Volk eine "friedliche" Lösung aufzuzwingen, die in Wirklichkeit seine gewaltsame Unterdrückung verewigt.
 - c. Sie muß sich von der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus leiten lassen und sich durch Einheit des Handelns, klare Voraussicht und elastische Taktik auszeichnen, ohne dabei die sozialistische Strategie einer kompromißlosen Taktik zu unterwerfen. Jede Kleinbürgerliche, opportunistische und reformistische Tendenz muß bekämpft werden.
 - d. Sie muß die Avantgarde der unterdrückten Massen sein und die Fähigkeit besitzen, einen Lernprozeß unter den Massen einzuleiten, sie über jede Aktion zu informieren und mit Hingabe an der Bewältigung ihrer Probleme arbeiten. Jede militärische Aktion muß sie den Massen inhaltlich, politisch und ökonomisch erklären als Bestandteil des politischen Lernprozesses. Wenn zum Beispiel eine Institution der israelischen Gewerkschaften - Histadrut - militärisch angegriffen wird, dann muß sie die politischen und ökonomischen Hintergründe einer solchen Aktion bestimmen, d.h. sie muß die Rolle der Histadrut bei der Verdrängung der arabisch-palästinensischen Arbeiter und Bauern aus ihren Arbeitsplätzen, die Integrationsideologie der Histadrut, ihre Abhängigkeit vom westlichen Kapital, ihre ausgesprochen neokolonialistische Politik in Afrika und Asien und nicht zuletzt den faschistoiden Integrationscharakter dieser Organisation und ihrer Apartheidpolitik deutlich herausstellen.
- Dadurch kann der Zusammenhang von Theorie und Praxis hergestellt und das Klassenbewußtsein der unterdrückten Bevölkerungsschichten gefördert werden. Dies ist bei der Politisierung und Organisierung der Massen von entscheidender Wichtigkeit.
- Diese und andere Fragen mit denen nicht nur die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP, sondern auch die übrige palästinensische Widerstandsbe-

wegung konfrontiert ist, erfordern eine nationale Einheitsfront aller revolutionären und patriotischen Volkskräfte.

In der palästinensischen Widerstandsbewegung herrschen über die Frage der nationalen Einheitsfront zwei Meinungen vor: Die eine Position vertritt die Nationale Palästinensische Befreiungsbewegung Al Fath, die eine ähnliche Einheitsfront wie die der Kuomintang oder die der Jewish Agency fordert. (siehe die Palästinensische Revolution - arabisch - Nr. 22, Januar 1970, S. 13-14) In dieser Einheitsfront erhebt Al Fath den Anspruch auf eine Vertretung in allen Gremien der Nationalen Einheitsfront, die ihrer zahlenmäßigen sowie auch militärischen Stärke angemessen ist. Sie ist mit 28 % in der palästinensischen Nationalversammlung vertreten, wenn man von der Vertretung der unabhängigen in der PLO absieht, die der Al Fath nahestehen. Al Fath konnte ihre Konzeption von der Nationalen Einheitsfront auf der letzten palästinensischen Nationalversammlung Anfang September 1969 durchsetzen. Den Vorsitz im Exekutivkomitee dieser Nationalversammlung führt der Al Fath-Chef Yasir Arafat.

Die andere Position vertritt die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas FPDLP, deren Bündnispolitik sich einerseits am Kommunistischem Manifest orientiert und andererseits gleichberechtigte Vertretung der Hauptorganisationen des palästinensischen Widerstandes fordert. Dies bedeutet: einerseits Aktionseinheit mit nichtproletarischen Organisationen andererseits aber die Wahrung der Klassenposition und der Klassenzugehörigkeit der eigenen Organisation für die Führung der Revolution auch dann, wann die anderen Gesellschaftsklassen glauben, bereits das Ziel ihrer Arbeit erreicht zu haben.

Die FPDLP war in der Tat die Organisation, die der palästinensischen Nationalversammlung Anfang 1969 ein grundlegendes Programm zur Bildung einer revolutionären Einheitsfront vorlegte. Obwohl die Mehrheit in der Nationalversammlung das Programm der FPDLP ablehnt, entschloß sich die FPDLP zur Teilnahme an einer nationalen Einheitsfront, die sicherlich den Forderungen des nationalen Kampfes nicht gerecht werden konnte.

Die letzte Auseinandersetzung, die das jordanische Regime den Widerstandsorganisationen aufzwang, hat nicht nur mit einem Sieg der Widerstandsorganisationen und der Behauptung ihrer Position geendet. Darüber hinaus hat die Bewältigung der Krise eine Reihe von wichtigen Änderungen in der Widerstandsbewegung mit sich gebracht, die sich unter anderem in der Schaffung des Vereinigten Oberkommandos ausdrücken. Der Eingriff des Regimes zwang auch die bloßnationalistischen Kräfte, die die Mehrheit innerhalb der PLO stellten, das Bündnis mit den jordanischen Arbeitern und Bauern zu suchen, deren Vertrauen vor allem die palästinensische Linke durch eine aktive Unterstützung ihrer Kämpfe und Streiks gewonnen hatte, 2. sich endgültig von den palästinensischen Bourgeois und Großgrundbesitzern zu trennen, deren Unterstützung man bis dahin gesucht hatte, und die auch gegen den Willen der Linken in der PLO vertreten waren, die sich aber mit dem König verbündeten, als es darum ging, zur Durchsetzung der friedlichen Lösung die demokratische Palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren, 3. die Politik der "Nichteinmischung", die ein Grundpfeiler der politischen Doktrin eines Teils der Widerstandsbewegung war,

reitgehend aufzugeben, als offenkundig wurde, daß der Anschlag des jordanischen Regimes mit der offenen oder geheimen Zustimmung der meisten arabischen Staaten, die an der friedlichen Lösung interessiert sind, durchgeführt wurde und auf der kleinen arabischen Gipfelkonferenz am Tage vor dem Putsch gebilligt wurde. Der Anschlag des Königs machte klar, daß der Sieg der Widerstandsbewegung über den Zionismus untrennbar von der Entfaltung einer revolutionären Bewegung in den arabischen Ländern war, daß die ausschließliche Betonung von palästinensischen Interessen, unabhängig von Klassenpositionen nur bürgerlichen Betrügnern in der Widerstandsbewegung Interschluß bieten konnte.

Die Revision der fehlerhaften Positionen in der Widerstandsbewegung, die sich in der Schaffung des Vereinigten Oberkommandos und einer Erklärung dieses Oberkommandos vom 17.2. ausdrückt, war nur möglich, weil in Jordanien eine nach den Prinzipien des Leninismus arbeitende Partei existiert, die fest in den jordanischen und palästinensischen Massen verankert ist und die falsche Politik der kleinbürgerlichen Führung seit ihrem Bestehen kritisiert. Sie konnte eine führende Rolle in dem Augenblick übernehmen, in dem diese Führung sich in ihrer eigenen Widersprüche und ihre Unfähigkeit Klassenbündnisse und

Klassenbündnisse zu verstehen veranlagt hatte.

Die bürgerlichen Kräfte innerhalb der Widerstandsbewegung sind immernoch außerordentlich stark und sicher wird es noch manche heftige Auseinandersetzungen um die richtige Linie im antimperialistischen Befreiungskampf geben. Die im Vereinigten Oberkommando gefundene Form des Bündnisses bei gleichberechtigter Vertretung der Widerstandsorganisationen und Verantwortlichkeit gegenüber den Massen, die von der Linken immer wieder durchzusetzen sein wird, ermöglicht es aber, daß die marxistisch-leninistische Partei FPDL die revolutionäre Linie des Kampfes gegen Zionismus und arabische Reaktion durchsetzen kann.

AL-DJABHA - DIE FRONT betrachtet das Vereinigte Oberkommando, daß die jordanische Krise vom 10. Februar 1970 hervorbrachte, als die Plattform, worauf sich eine revolutionäre Einheitsfront aufbauen läßt.

Die jordanisch-palästinensischen Kommunisten stellen sich hinter dieses Vereinigte Oberkommando als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung der nationalen Einheitsfront, die die FPDL durch ihre Teilnahme an der Sechsten Nationalversammlung einleitete.

Der israelische Kriegshaushalt 1970/71

Am 16. Februar 1970 legte der israelische Finanzminister Benhas Savir der Knesset den israelischen Haushalt der Jahre 1970/71 vor. Savir leitete seine Knessetrede mit einem allgemeinen Überblick über die finanziellen Schwierigkeiten Israels ein. Er gestand so offen, daß der neue Haushalt von den Kriegsauswendungen erheblich belastet wird. Savir sagte: "Der diesjährige Haushalt beläuft sich auf 9,909 Milliarden im Vergleich zu 8,223 Milliarden Lira im 1969/1970er Haushalt. Somit ist der Haushalt um 20% gestiegen." Savir fuhr fort: "Vier Milliarden israelische Lira sind dem Verteidigungsministerium und 1,8 Milliarden Lira sind für den Schuldenausgleich vorgesehen. Das Verteidigungsbudget und der Schuldenausgleich machen 56% des Haushalts aus. Sie binden unsere Hände, verhindern die wirtschaftliche Entwicklung und verkürzen die Ausgaben für soziale Leistungen."

Savir behandelte dann die früheren israelischen Haushalte und sagte: "Unsere Wirtschaftspolitik war stets daraufhin gerichtet, die Sicherheit jedes Menschen und jeder Familie in Israel zu garantieren. 1966/1967 belief sich das Verteidigungsbudget auf 1,2 Milliarden Lira, 1969/1970 auf 3,5 Milliarden und 1970/1971 auf 4 Milliarden Lira. Dazu kommen auch in diesem Jahr direkte und indirekte Ausgaben für die israelische Verteidigung."

Die Zahlen, die Benhas Savir nannte sprechen für sich. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der neue israelische Haushalt ein Kriegshaushalt ist. Der israelische Krieg gegen das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker geht ohne Zweifel auf Kosten des jüdischen und arabischen Proletariats, das sich von der Histadrutführung verraten fühlt. Nicht nur Benhas Savir, sondern auch Gol-

da Meir und der israelischen Kriegsminister fühlen sich der Histadrutführung verbunden, denn diese Führung hat stets auf der Seite der Regierung gestanden und die Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhung, die Mitte 1969 hätten ausgehandelt werden sollen, einzuschränken versucht.

Die Kriegspolitik der israelischen Regierung und Gewerkschaften drängt Israel trotz aller Maßnahmen in eine wirtschaftliche Position, die dem israelischen Proletariat auf die Dauer unerträglich wird. Verfolgt man die Kriegsausgaben der israelischen Regierung seit 1966, sowie auch deren Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie automatisch den Weg zum Klassenkampf und zur Zerschlagung des Staates Israel ebnen. Je mehr sich die kommunistische Richtung innerhalb der palästinensischen Widerstandsbewegung entwickelt und durchsetzt, desto schneller wird dieser Prozeß vorangetrieben:

1966/1967 importierte Israel Rüstungsmaterial für 140 Mio. Dollar, 1969/1970 für 500 Mio. und 1970/1971 wird Israel für den Import des Kriegsmaterials über 650 Mio. Dollar ausgeben müssen. Die Devisenausgaben für den Krieg, den Israel gegen die arabischen Völker führt, stiegen seit dem Juni-Krieg um 403%. Diese Politik führte dazu, daß das Handelsdefizit von 445 Mio. Dollar 1966/1967 auf 930 Mio. Dollar stieg. Dadurch sanken die israelischen Devisen von 900 Mio. Dollar nach dem Juni-Krieg auf 400 Mio. Dollar zur Zeit, d.h. um 100 Mio. Dollar unter die offiziellen Devisenreserven des israelischen Staates. Benhas Savir gestand in seiner Knessetrede vom 16. Febr. 1970, daß die israelischen Devisen täglich um 1 Mio. Dollar sinken. Die Ausgaben seiner Regierung überstiegen die Einnahmen im Jahr 1969/

1970 um 1, 75 Mill. Lira, die durch einen Kredit der Bank of Israel gedeckt wurden.

Die Kriegs- und Schuldenausgaben der israelischen Regierung im Haushalt von 1970/71 machen über 25% des nationalen Einkommens aus. Im Vergleich zu den USA ist diese Proportion sehr hoch; sie stellt den höchsten Anteil der Kriegsausgaben am Nationalen Einkommen in der ganzen Welt dar. In den USA beträgt dieser Anteil zur Zeit etwa 14%.

Al-Ha Mishmar, die Zeitung der Mapam-Partei, die die Kriegs- und Schuldenausgaben höher als B. Savir bezifferte (41% für das Verteidigungsministerium und 18,9% für den Schuldenausgleich), berichtete am 10. Febr., daß weitere 0,5 Mill. Lira, die nicht im Verteidigungsbudget aufgeführt sind, für Kriegsausgaben vorgesehen seien. Das Blatt stellt fest: Die Rüstungsausgaben des Staates Israel können nur mit denen Großbritanniens 1943 verglichen werden.

Es stellt sich die Frage, wie die Regierung in Israel den diesjährigen Haushalt ausgleichen will. Der Staatssekretär im Finanzministerium Abraham Agmoun sagte in einer Rede im Industrie- und Handelsklub in Tel-Aviv am 7.11.1969, daß Israel den Haushalt durch inländische, ausländische und Kredite der Bank of Israel sowie durch Steuererhöhungen auszugleichen gedenke. Das Organ der Kommunistischen Partei in Israel - Rakah -, Al-Itfihad berichtete am 18. 11. 1969: Die israelische Regierung wolle den Haushalt des kommenden Jahres durch Steuererhöhungen und Kredite ausgleichen. Israel gedenke, ausländische Kredite, darunter auch die Staatspapiere die in den USA seit dem Bestehen Israels verkauft werden, aufzunehmen.

Durch die Steuererhöhungen und die obligatorischen Beiträge von zionistischen Organisationen und Personen im Inland und Ausland einerseits und die Kredite andererseits will die israelische Regierung den Kriegshaushalt 1970/71 ausgleichen. Benhas Savir bezifferte die Mehreinnahmen durch die Steuererhöhung und die obligatorischen Beiträge auf eine Erhöhung der Einnahmen um 31% gegenüber dem Haushaltsjahr 1969/70. Darunter fallen: 200 Mio. Lira Mehreinnahmen der zionistischen Sammlungen und Beiträge, 100 Mio. Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Sicherheitssteuer, 100 Mio. Mehreinnahmen durch indirekte Steuererhöhungen. Darüberhinaus steigen die Einnahmen der "Nationalen Versicherung" von 340 Mio. Lira im Jahr 1969 auf 500 Mio. Lira 1970. Mehreinnahmen werden auch die obligatorische Verteidigungssteuer und die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtensteuer einbringen (125 Mio. und 440 Mio. Lira).

Die kostspielige israelische Kriegspolitik und die hohe Besteuerung der werktätigen Massen in Israel geht Hand in Hand mit der Herabsetzung der sozialen Leistungen. Diese Politik fungiert schon heute als Mobilisierungsfaktor des israelischen Proletariats. Im Februar legten Tausende von Hafearbeitern in Israel die Arbeit nieder. Am 11. März 1970 erklärten die Automobilarbeiter in Haifa den Generalstreik. Die streikenden jüdischen Arbeiter werden von der israelischen Presse als "Agenten" der palästinensischen Widerstandsbewegung dargestellt. Der kommunistische Flügel der palästinensischen Widerstandsbewegung sieht in diesen Arbeitern die Klassenverbündeten von morgen. Der israelische Kriegshaushalt, den wir in der nächsten Al-Djabha ausführlicher behandeln werden, schafft schon die Voraussetzungen, unter denen das jüdische Proletariat sowohl den Klassenfeind als auch den Klassenverbündeten erkennen wird.

Israel ringt um Stabilitätskurs

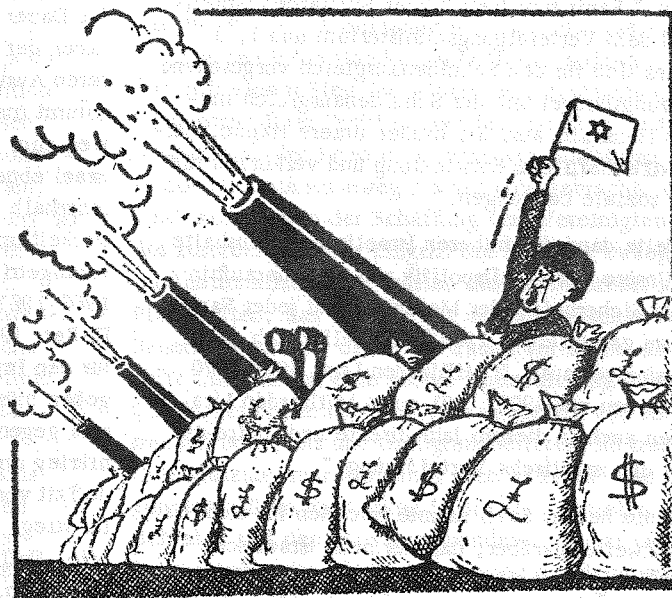
Professoren beklagen Stillhalteabkommen und fordern Abwertung

F.R
19.3

Schon bevor in Israel das Dreierabkommen zwischen Regierung, Gewerkschaften und dem Industriellenverband am 1. April in Kraft treten soll, ist es in Frage gestellt: Wirtschaftstheoretiker und Finanzexperten haben in einem Appell an Regierungschef Golda Meir gegen dieses „Stillhalteabkommen“ über Steuern, Löhne und Preise Front gemacht. Es würde, so meinen sie, weder die Lebenshaltungskosten stabilisieren noch das Außenhandelsdefizit verringern, geschweige denn den Fehlbetrag im Staatshaushalt ausgleichen.

In einer Protestaktion, die man als „Aufstand der Professoren“ bezeichnen kann, fordern 20 Wirtschaftswissenschaftler aller Universitäten im Land von der Regierung drastische ökonomische Maßnahmen, darunter eine Abwertung des israelischen Pfundes von der gegenwärtigen Parität von 35 Dollar auf sechs Dollar. Sonst, so warnen sie, dürfte eine schwere wirtschaftliche Krise die Folge sein; mit Arbeitslosigkeit, Stillstand des ökonomischen Wachstums, ernsthafter Senkung des Lebensstandards — und der Gefahr, daß das Volk nicht mehr imstande sein wird, die Last der Verteidigungskosten zu tragen.

40 Prozent des israelischen Jahresbudgets von etwa drei Milliarden Dollar werden von Ausgaben für Verteidigung verschlungen, und man munkelt bereits, daß dieser Prozentsatz auf 50 steigen dürfte. Kein Wunder, daß die Devisenreserven weit unter die „Gefahrenlinie“ gesunken sind, die bei 500 Millionen Dollar liegt. Im Augenblick ist die Reserve auf 350 Millionen Dollar geschrumpft.



Die Rolle Israels in Afrika

Schon Anfang des 20. Jahrhunderts entlarvte sich die von Eduard Bernstein geführte Fraktion innerhalb der deutschen Sozialdemokratie als Feind nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch der vom Kolonialismus geknechteten Völker Asiens und Afrikas. Die Renegatenclique um Bernstein vertrat den "sozialdemokratischen Kolonialismus zur Zivilisierung der afro-asiatischen Völker" und legte damit den Grundstein für die spätere Geschichte der europäischen Sozialdemokratie im Dienste des Imperialismus.

Heute versucht sich eine ähnliche Richtung unter dem Deckmantel des verlogenden "Linksliberalismus" zu verbergen. "Hilfe zur Selbsthilfe" heißt nun die Parole vieler karitativer Gruppen und Organisationen, die objektiv im Dienste des Neokolonialismus stehen. Diese Richtung ist auf Israel fixiert, das, wie die "Linksliberalen" gerne behaupten, keine imperialistische Geschichte hat, und das sich demzufolge für den Schutz des imperialistischen Einflusses in den ehemaligen Kolonien besonders gut eignet. Die Arbeit Israels in Afrika und Asien wird z. B. von einer Gruppe um K. Sontheimer in Berlin so beschrieben: "Auf diese Weise praktiziert Israel den Grundsatz "Hilfe für Selbsthilfe" und sichert seinen bilateralen Beziehungen die Kaution der internationalen Organisationen. Auf Kreta und in der Türkei arbeitet Israel z. B. mit der OECD zusammen, bei neuen Siedlungsprojekten in Kambodscha und Laos mit der UN-Wirtschaftskommission für Asien und Fernost (ECAFE), in mehreren Ländern Lateinamerikas mit der OAS." (1) Von der Sontheimer-Gruppe wird, verständlicherweise, keine Auskunft über die israelische Arbeit in der Türkei z. B. gegeben. Daß die Solel Boneh, eine der größten Konzerngesellschaften der israelischen Gewerkschaften-Histadrut 1960 und danach Militärbasen für die in der Türkei stationierten amerikanischen Truppen baute (2), wird einfach verschwiegen, oder manipulativ unter der Parole "Hilfe für Selbsthilfe" subsumiert. Die bilateralen Verträge, von denen die Sontheimer sprechen, schaffen gerade deshalb neue Anknüpfungspunkte für die Herrschaft des internationalen Kapitals, weil sie von internationalen kapitalistischen Finanzinstituten gesichert werden und die Nationalisierungsmaßnahmen der nationalen Regierungen quasie unmöglich machen.

Ein anderer Advokat der neokolonialistischen Rolle Israels, Christoph von Imhoff, schreibt: "Die jungen Staaten Afrikas und Asiens sind der Ansicht, daß der kleine Staat Israel sie weder erpressen, noch ausbeuten, noch kolonial knebeln könne. In den Augen der Asiaten und Afrikaner marschiert Israel unter den unbelasteten Nationen an erster Stelle." (3) Herr von Imhoff übersieht, daß die progressiven Kräfte in den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern, diese schäbige List des Imperialismus längst durchschaut haben und schon auf der Bandung-Konferenz der afro-asiatischen Staaten 1955 und vor allem nach der israelischen Aggression gegen Ägypten 1956 den imperialistischen Charakter Israels verurteilt haben. Dieser verlogene Agent des israelischen Staates

erhielt darüberhinaus durch die antisraelischen Beschlüsse der afrikanischen Konferenz von Casablanca eine Antwort: "Die Konferenz von Casablanca stellt mit Entrüstung fest, daß Israel jedesmal auf der Seite des Imperialismus steht, wenn in Bezug auf lebenswichtige Probleme Afrikas, besonders in Algerien, im Kongo und auf die Atomtests in Afrika Stellung zu beziehen ist. Die Konferenz verurteilt deshalb Israel als Werkzeug im Dienste des Imperialismus und Neo-Kolonialismus nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Afrika und Asien und fordert die afro-asiatischen Staaten auf, dieser neuen Politik, die der Imperialismus verfolgt, Widerstand zu leisten." (4).

Ähnliche Beschlüsse und Resolutionen wurden auf der Konferenz der sogenannten blockfreien Staaten in Belgrad 1961, der afro-asiatischen Djakarta-Konferenz 1964, der Konferenz der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten in Kairo Ende 1964 usw. verabschiedet.

Weil sie aber selber Agenten des Imperialismus sind, scheuen sich die Sontheimers und Imhoffs nicht, die Geschichte im Sinne der imperialistischen Interessen zu entstellen. Unsere Aufgabe als Sozialisten liegt daher darin, Freunde des Staates Israel und die Rolle Israels in den unterentwickelten Ländern zu entlarven. In diesem Artikel wollen wir die Beziehungen zwischen Israel und den afrikanischen Staaten behandeln. Ein Artikel des Genossen Emil Thoma, Kommunistische Israelische Partei, Rakah - erschienen in Al-Ittihad vom 21. 6. 68, dient hierfür als Ausgangsbasis:

Am 13. 6. 1968 veröffentlichte die Jerusalem Post einen für die zionistischen Kreise ermutigenden Artikel über die Handelsbilanz zwischen Israel und den afrikanischen Staaten. Der Zeitung zufolge exportierte Israel 1968 nach Afrika Waren im Werte von 23,5 Mio Dollar und importierte für 27,6 Mio Dollar. Die Importe bestanden hauptsächlich aus Rohdiamanten und Holz. Ostafrika hat über die Hälfte der israelischen Exporte aufgenommen. Diese Nachricht brachte die Zeitung im Zusammenhang mit dem gefeierten Besuch des Präsidenten von Malawie, Banda, in Israel. Die Wichtigkeit des afrikanischen Präsidenten Banda zeigte sich für die Regierungskreise in Israel, als er in der "vereinten" Stadt Jerusalem von der Tribüne der Knesseth diese "Einheit" rühmte ... (Banda ist unter den Afrikanern für seine außerordentlich guten Beziehungen zu Südafrika, Rhodesien und Portugal bekannt).

Die herrschenden Kreise in Israel versuchen seit Ende der 50-iger Jahre ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den afrikanischen Staaten auszubauen. In den letzten zehn Jahren sahen diese Beziehungen so aus: Der Export verdreifachte sich von 10 Mio Dollar 1960 auf 28 Mio Dollar 1968. Die Importe stiegen um 40%, d. h. von 17 Mio Dollar 1960 auf 29 Mio Dollar bis Ende 1968. Das Volumen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und den afrikanischen Staaten läßt sich an der israelischen Handelsbilanz messen. 1960 exportierte Israel Waren im Werte von 215 Mio Dollar und im-

portierte für 495 Mio Dollar. (5) 1965 exportierte Israel für 570 Mio und importierte für 1,235 Mio Dollar. Bis 1968 blieb diese Handelsbilanz verhältnismäßig unverändert, wenn man von einer Zunahme der defizitären Handelsbilanz absieht. So schrieb Davar am 18.6.1968: "Die Exporte betragen in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 273 Mio, während die Importe 419 Mio Dollar betragen. Somit spielt der afrikanische Anteil in der israelischen Handelsbilanz keine entscheidende, sondern vielmehr eine sekundäre Rolle.

Die herrschenden Kreise in Israel legen in der Tat keinen großen Wert auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten. Hierzu schrieb N. Lorch, der Direktor des Afrika-Department im israelischen Außenministerium in "The World today ... August 1963" unter dem Titel: Israel und Afrika: "Israel braucht Absatzmärkte für seine Produkte. Der Markt der jungen unabhängigen afrikanischen Staaten kann bestenfalls einen sehr kleinen Prozentsatz der israelischen Waren aufnehmen, während die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft der wichtigste Handelspartner Israels ist."

1966 schrieb Ephraim Abalon in "Israel Economist", Juni-Juli 1966, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und den afrikanischen Staaten ausgebaut werden müssen. Ziel dieser Beziehungen sei der Aufbau von kleinen Betrieben mit israelischen und afrikanischem Kapital. Er fügte aber hinzu: "Für die israelische Wirtschaft ist der afrikanische Markt zur Zeit nicht entscheidend, weil die Kaufkraft dieses Marktes durch den niedrigen Lebensstandard schwach ist."

Bevor wir die israelischen Investitionen in Afrika behandeln, wollen wir daher die Motive untersuchen, auf Grund deren sich Israel auf Afrika konzentriert.

D.R. Alstone, der frühere Korrespondent der Londoner "Times" in Israel, schrieb im britischen Magazin "Time and Tide", vom 3.8.1960: "Die neuen unabhängigen Staaten befinden sich in einer Welt, deren Entwicklung von der Konkurrenz der Großmächte bestimmt wird.

Im Kampf zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten werden die jungen Nationalstaaten oft von den kommunistischen Ländern gewonnen. Hier, und dies mag verwunderlich klingen, kommt Israel eine wichtige Rolle zu."

Ein französischer Israel-Freund, Roland Brey, forderte z.B. auf einer politischen Tagung in Paris 1962 die Aufnahme Israels in die EWG mit der Begründung: "Der Westen soll in Israel einen Wahrnehmer seiner Interessen in den Gebieten sehen, in denen der westliche Einfluß zu schwanken beginnt." (6)

Israel hat die Rolle des Agenten der imperialistischen Staaten in Afrika zu übernehmen. Nicht nur die ausländische Presse spricht davon, sondern auch die israelische. Israel Economist schrieb in einem Leitartikel im Juli 1962: "Natürlich zeigen die westlichen Länder ein großes Interesse daran, daß der afrikanische Kontinent sich nicht links, an den kommunistischen Staaten orientiert." Die imperialistischen Staaten benützen Israel zweifellos für die Aufrechterhaltung ihres Einflusses in Afrika mittels des Neokolonialismus und der wirtschaftlichen Infiltration. In einem Buch "Die neuen Staaten in Asien" schreibt Michael Becher über die Rolle Israels in Afrika:

"Israel fungiert als Brückenkopf zwischen den ehemaligen

kolonialistischen Staaten und den von ihnen früher beherrschten Kolonien. Israel, das die technologische Erfahrung besitzt und kolonialistisch unbelastet ist, kann der westlichen Infiltration in die afrikanischen Staaten dienlich sein, ohne daß seine Rolle suspekt erscheint." (7)

Zusammengefaßt kann die Rolle der herrschenden Kreise in Israel so beschrieben werden:

1. Bekämpfung des Kommunismus in Afrika und Sabotierung der freundschaftlichen Beziehungen mit dem sozialistischen Lager.

2. Vermittler zwischen den kapitalistischen Staaten einerseits und den afrikanischen Staaten andererseits.

Betrachtet von Imhoff Israel als "Mentor der farbigen Welt", (8) so erblickt Prof. Norman Bentowich in dem Staat Israel "ein Modell für die kämpfenden asiatischen und afrikanischen Völker". (9) Für viele solcher im Dienste des Neokolonialismus stehenden bürgerlichen Theoretiker ist das in Israel praktizierte System, das "weder die freie Marktwirtschaft, noch den Sozialismus oder Kommunismus propagiert", (10) ein gangbarer Weg zur Überwindung der kolonialistischen Ära.

In einem seiner Artikel über "Israel und die afrikanischen Staaten" schrieb der Direktor des Afrika-Department im israelischen Außenministerium, N. Lorch: "Israel hat den afrikanischen Staaten kein Dogma zu bieten. Es hatte mit diesen Staaten viele Gemeinsamkeiten, weil Israel, genau wie sie von dem Nichts begann. Die gesellschaftliche Struktur Israels kann diesen afrikanischen Staaten einen dritten Weg zeigen, der weder den Kapitalismus noch den Sozialismus oder gar den Kommunismus predigt."

So versuchen die herrschenden Kreise den afrikanischen Staaten das kapitalistische israelische System, in dem die ausländischen Konzerne eine Vormachtstellung besitzen, anzubieten. Die ausländischen Investitionen in Israel liegen um 2.000 Mio Dollar.

Zweifellos begrüßen viele afrikanische Staatsmänner vom Schlage Bandas die Beziehungen zu Israel, weil sie selber Anhängsel der imperialistischen Staaten sind. Sie bringen israelische Fachkräfte in ihre Länder, um ihren Völkern Sand in die Augen zu streuen und ihre direkte Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialstaaten zu verschleiern. Dabei spielt das von Israel und den USA gegründete "Afroasiatische Institut für Studien zur Zusammenarbeit" eine wichtige Rolle. Die EWG-Staaten kaufen sich Studienplätze in diesem Institut, um sie als Stipendien an afrikanischen Studenten zu vergeben. Die amerikanischen, britischen und westdeutschen Gewerkschaften beteiligen sich auch an solchen Unternehmen. Bis 1963 studierten in diesem Institut etwa 2.200 afrikanische Studenten aus 40 Ländern. (11)

Während die afrikanischen Studenten nicht nur technokratische Ausbildung zu absolvieren, sondern auch anti-kommunistische Kurse durchzumachen haben, kontrollieren die israelischen Fachkräfte in Afrika (1965 über 600 in 27 Staaten) die Arbeit der sich im Einsatz befindenden Absolventen. Neben der technischen Hilfeleistung müssen diese Fachkräfte, sei es auf dem Lande, sei es im Gesundheitswesen, sei es in der Armee und Jugendorganisationen, propagandistisch aktiv bleiben und die antikommunistische Kampagne fortsetzen. Darüberhinaus müssen sie als Be-

ater der israelischen bzw. kapitalistischen Investoren funktionieren. Viele Informationen sprechen von einer dynamischen Aktivität der israelischen Investoren und Einrichtungen in vielen afrikanischen Staaten. So schreibt Michael Becher in seinem Buch "Die neuen Staaten in Asien ... S.141": "Die wirtschaftliche Aktivität Israels wird hier von der Solel Boneh - einem Konzern der Histadrot - Feard, Dezetvov und den Gebrüdern Meier vertreten."

Man kann die wirtschaftliche Aktivität Israels 1965 nach der Arbeit der Solel Boneh und Feard in sechs afrikanischen Staaten ungefähr einschätzen: Die Solel Boneh beschäftigte 90 Israelis und 6.000 afrikanische Angestellte und Arbeiter. Feard beschäftigte 57 Israelis und 10.000 afrikanische Angestellte und Arbeiter in Nigeria, Niger, Sierra Leone und Kenia. Die Arbeit dieser Gesellschaft beschränkt sich hauptsächlich auf Bauunternehmen, wie z.B. Hotels, Wohnungen, Straßenbau und Bewässerung.

Die Vertreter der israelischen Gesellschaften müssen "Hilfleistungen" gegenüber den kapitalistischen Staaten, insbesondere den USA, Großbritannien und z.Z. der BRD aufbringen. Die wirtschaftliche Infiltration haben die israelischen Gesellschaften nicht nur zu schützen, sondern auch zu fördern. 1966 wurde ein solcher Fall bekannt, wo nur dem Namen nach israelische Gesellschaften, amerikanische und westdeutsche Investitionen in Afrika förderten. Der israelische Millionär J. Federman wurden von amerikanischen und westdeutschen Firmen mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt. Als der Knesset - Abgeordnete Victor Shamtov dies aufdeckte, wurde eine Knesset-Kommission mit der Affäre beauftragt, die aber unter dem Druck der Lobbyisten keinen Bericht veröffentlichte.

Eine weitere gefährliche und konterrevolutionäre Rolle spielt Israel auf militärischer Ebene. In Ghana, Kongo, Liberia, Sierra Leone, Dahomey, Malawi, Togo, Äthiopien ... etc. beteiligt sich Israel an der Bildung militärischer Jugendorganisationen nach dem Vorbild der israelischen Nahal, deren Aufgaben in einer Mischung von Arbeits- und Waffen dienst bestehen. Die israelische Nahalorganisation, die von der bürgerlichen Presse als Pioniere bezeichnet wird, kann in der Tat mit einer Hitler-Jugend verglichen werden. Die Nahal (Kriegsjugend) wird als "Schule der israelischen Nation" in Israel gefeiert. Nach der israelischen Aggression 1967 wurde die israelische Nahal mit der Gründung von Kibbuzim bzw. Wehrdörfern in den besetzten arabischen Gebieten beauftragt. Die Militanz dieser Dajan-Jugend übertrifft die der faschistischen israelischen Herut-Partei.

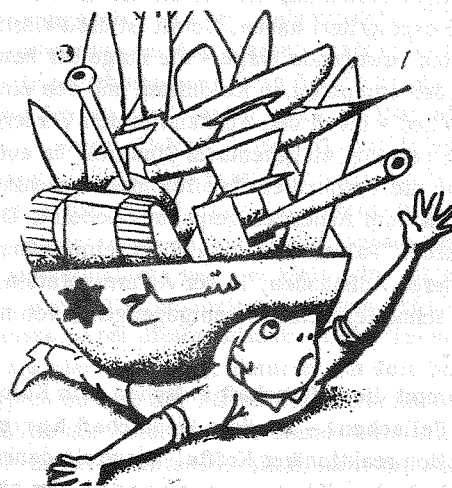
Die Aufgaben der von Israel gegründeten afrikanischen Nahal-Organisationen liegen darin, die Guerillabewegung in manchen afrikanischen Ländern zu bekämpfen und für die Herrschaft der Konterrevolution zu sorgen. Diese Rolle zeigt sich am eindeutigsten in Äthiopien bei der Bekämpfung der äthiopischen Befreiungsfront. 1969 hat die Befreiungsfront für Eritrea-Äthiopien - 7 israelische Militärberater festgenommen und der palästinensischen Widerstandsbewegung übergeben.

Die israelische Arbeit beschränkt sich nicht nur auf den Aufbau militärischer Jugendorganisationen. Sie umfaßt auch ein Netz von militärischen Verpflichtungen, die von amerika-

nischen Militärberatern und der CIA geteilt werden. Israel beteiligte sich aktiv an der Ausbildung der Moise Tschombe-Armee, sowie auch an der Ausbildung derjenigen Offiziere, die das progressive, antiimperialistische Regime Kwame Nkrumahs 1967 stürzten. Darüberhinaus sind die israelischen Berater an der Bekämpfung der afrikanischen Befreiungsbewegung beteiligt. Die Nationale Front für die Befreiung Tschads konnte z.B. zwei tote israelische Militärberater nach einem Gefecht mit der regulären Armee 1967 identifizieren. (12) Daß Israel ein Gegner der afrikanischen Befreiungsbewegung ist, zeigen die Dokumente und die Waffen, die die angolische MPLA von den portugiesischen Truppen erbeutet haben. Über die BRD liefert Israel Maschinengewehre des Typs UZI an Portugal. Weiterhin gibt es in Angola israelische Militärberater, die einerseits Erfahrungen bei der Bekämpfung der Guerillabewegung sammeln und andererseits den portugiesischen Kolonialisten helfen.

Die afrikanischen Völker, die unter dem Kolonialismus Jahrhunderte litten und dem Neokolonialismus heute ausgesetzt sind, können auf die Dauer weder von der einheimischen noch von der ausländischen Bourgeoisie manipuliert werden. Sie werden den Klassenfeind erkennen und ihren Kampf zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft wieder aufnehmen. Die "Israelisation" Afrikas wird entgegen den Hoffnungen der imperialistischen Bourgeoisie keine Chance haben.

- (1) Kurt Sontheimer, Israel ... Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, S.273
- (2) Laïla Al Gadi, Die Histadrot ..., Beirut 1967, S.50/51
- (3) Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen...H3, 1961, S.184
- (4) Research Center, Darstellungen zur Palästinafrage, S.158
- (5) David Horowitz, Economy of Israel, S.109
- (6) Revolutionäre Alternative in Marokko ... arab., S.109
- (7) Michael Becher, The New States in Asia, S.147
- (8) Außenpolitik, a.a.O., S.184
- (9) Emil Thoma, Al Ittihad
- (10) N. Lorch, Israel and Africa ... Journal of Educational Sociology ..., April 1967
- (11) New Outlook ... Juli-August 1963
- (12) ISRACA ... Nov.-Dez. 1969 ... H3, ...
- (13) Research Center, Darstellung ..., S.158



Der arabische Aufstand in Palästina und die jüdische landwirtschaftliche Kolonisation

Agrar-Probleme

herausgegeben vom

Internationalen Agrarinstitut Moskau 1929

2. Band/2. Halbband (Heft 3 u. 4)

Von A. Schlichter

"Als ein krasses Beispiel des Betrugs der arbeitenden Klassen jener unterdrückten Nation, zu dem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nation ihre Bemühungen vereinigen, kann die Palästinaaffäre der Zionisten bezeichnet werden (wie der Zionismus überhaupt unter dem Deckmantel der Schaffung eines Judenstaates in Palästina tatsächlich die arabische Arbeiterbevölkerung Palästinas, wo die werktätigen Juden nur eine kleine Minderheit bilden, der Ausbeutung Englands preisgibt)."

Lenin in den "Leitsätzen über die Nationalitäten- und Kolonialfrage", angenommen vom II. Kongreß der Kommunistischen Internationale (S. Protokoll des II. Kongresses, Hamburg, 1921, S. 231).

Der Aufstand, der im August bis September 1929 Palästina in breiter Weite überflutete, offenbarte blitzartig die ungeheure Spannung der sozialen Verhältnisse des Landes. In den Städten, wo es zu Zusammenstößen der Aufständischen mit den englischen Truppen und der Polizei kam, nahm der Aufstand einen englandfeindlichen Charakter an. In Haifa kämpften die Aufständischen mit den englischen Matrosen vom Kreuzer "Sussex", der schleunigst von der Seebasis in Malta zur Unterdrückung der Unruhen herbeigerufen worden war. In Jaffa griffen die Aufständischen das Regierungsgebäude an, in Nablus die Kasernen. In Jerusalem töteten und verwundeten die Aufständischen englische Beamte und Studenten, die die Rolle außerordentlicher Constables übernommen hatten. Auf dem flachen Land dagegen hatte die Bewegung ein deutlich anti-zionistisches Gepräge. Die Aufständischen griffen die jüdischen Siedlungen an, und zwar richteten sie ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf diejenigen Kolonien, die bei der arabischen Bevölkerung Land expropriert haben. Somit ist die Palästina seit alten Zeiten bewegende Frage - die Frage der Beziehungen zwischen den europäischen Kolonisten und den eingeborenen Fellachen - durch den Aufstand in den Vordergrund gerückt. Sie verlangt eingehendstes Studium, da auch gegenwärtig, wo die Unruhen einstweilen niedergeschlagen sind, die Lage bis zum Äußersten gespannt erscheint. Das unge löste Problem "Palästina" wird sich in seiner ganzen Schärfe in weiteren Aufständen, in der Agrarrevolution, der das Land mit schnellen Schritten entgegengeht, von neuem aufrollen.

Woher kommt die Feindschaft zwischen dem Kolonisten und dem Fellachen? - Ist diese Feindschaft nur ein Produkt der Agitation reaktionärer Kräfte, wie viele denken, oder wurzelt sie in dem Klassengegensatz der einander feindlich gegenüberstehenden Seiten? - Wird diese Feind-

schaft während der weiteren Entfaltung des revolutionären Prozesses bestehen bleiben, oder wird die Politik der englischen Regierung den jüdischen Kolonisten in das anti-imperialistische Lager stoßen und ihn zwingen, Annäherung an das arabische Dorf zu suchen? Wird der Fellache in diesem Falle dem "sich revolutionierenden" Kolonisten entgegenkommen, oder sind seine Interessen mit der ausländischen Kolonisierung unvereinbar? - Eine Reihe von Fragen weist hier der palästinensische Aufstand in ihrer ganzen Schärfe auf. Ihre Beleuchtung ist notwendig, um die wichtigste und aktuellste unter ihnen - die Frage der treibenden Kräfte der Revolution und Konterrevolution in Palästina - beantworten zu können.

Die sozialpolitische Natur der jüdischen Kolonisation festzustellen, zeigen, wie sich die Kolonisation auf die wirtschaftliche Lage der eingeborenen Bauernschaft auswirkt: die sozialen Verhältnisse bloßlegen, die sich zwischen den Kolonisten und den Fellachen herausgebildet haben: unser Verhältnis zum nationalen und zum Klassenkampf im palästinensischen Dorf klarlegen - das sind die Aufgaben, die wir uns in vorliegender Arbeit stellen. Eine Antwort darauf zu geben ist umso notwendiger, als diese Probleme auch für viele andere Kolonien, besonders für die am Mittelländischen Meer gelegenen, charakteristisch sind.

Die Lösung dieser Aufgaben stößt jedoch auf außerordentliche Schwierigkeiten. In erster Linie fehlen literarische Quellen über die uns interessierenden Fragen fast vollkommen. Aus klar verständlichen Gründen schreiben die Fellachen nichts darüber, wie sie geplündert und exploitiert werden. Sie protestieren mit der Waffe, und nicht mit der Feder. Den Zionisten dagegen stehen viele "Forscher" zur Verfügung, die ihre kolonialisatorischen Fortschritte verherrlichen. Die gesamte sehr reichhaltige bürgerliche Literatur über Palästina (einschließlich der von den Führern der II. Internationale geschriebenen) ignoriert die eingeborene Bevölkerung vollkommen. Wenn von den englischen Settlements in China geschrieben wird, so versteht man, daß diese Settlements nicht China sind. Wenn aber die bürgerlichen Schriftsteller, von Weizmann und Ruppin angefangen, bis zu MacDonald und Vanderveelde, von den jüdischen Kolonien in Palästina schreiben, so scheinen sie anzunehmen, daß diese Kolonien Palästina sind, und jenseits Nebel und Wüste. Nur selten schimmert in der Palästina-Literatur das arabische Dorf hindurch - als grauer, undurchdringlicher Hintergrund, auf dem sich das Leben des "Jischuw" (der jüdischen Bevölkerung) abspielt. Die zionistischen "Forschungen" drehen sich um den "berühmten" Baron Rothschild, der eine Reihe jüdischer Kolonien gegründet hat, und um den jüdischen Nationalfonds, der Land für die Immigranten kauft. Aber über den Einfluß, den der Nationalfonds auf das arabische Dorf ausübt - darüber ziehen diese "Forscher" vor, zu schweigen.

Eine Statistik der Eingeborenenwirtschaft fehlt fast ganz. Die zionistische Statistik ist ziemlich umfangreich, sie weist aber geradezu schreiende Unterschiede in den Angaben der einzelnen Quellen auf. So beträgt z. B. der Flächeninhalt aller jüdischen Kolonien im Lande, nach der Statistik der jüdischen Landwirtschaft vom April 1927 - 463.570 Dunam (1 Dunam = ungefähr 1/11 ha). Nach Angaben der verschiedenen Kolonisationsorganisationen, die zweifellos richtiger sind, erstrecken sich die jüdischen Ländereien auf 1.002.000 Dunam, d. h. auf mehr als das Doppelte. Die Zionisten sind leider nicht imstande, auch nur den Flächeninhalt der einzelnen Kolonien anzugeben.

Flächeninhalt der jüdischen Kolonien (in Dunam), (1)		
Kolonien	Gemäß der Statistik von 1927	Gemäß den Angaben der Kolonisations Organe
Rischon le Zion	13.121	33.696
Ekrön	9.889	14.269
Chedera	26.467	33.272
Benjaminia	9.368	17.396

Über die in den Kolonien angewandte Araberarbeit ist keine Statistik vorhanden. Jedoch genügt sogar dies spärliche Material, das uns zur Verfügung stand, bei Kenntnis der palästinensischen Verhältnisse vollkommen, um bestimmte Schlüsse zu ziehen. Der Augustaufstand hat diese Schlüsse bestätigt. Man muß annehmen, daß sie auch weiterhin durch die genaue Untersuchung der uns interessierenden Frage ihre Bestätigung finden werden.

Diese Schlußfolgerungen beziehen sich natürlich nur auf einen Teil der palästinensischen Agrarfront. Bei der Untersuchung des Kampfes der Fellachen gegen die Imperialisten und ihre zionistischen Agenten dürfen wir keinesfalls den Klassenkampf unterschätzen, den die arabischen Bauern gegen ihre nationalen Unterdrücker - die Gutsbesitzer führen und führen müssen. Die Agrarrevolution in Palästina muß und wird zweifellos diesen Weg einschlagen. Aber die Frage des Kampfes gegen die eingeborenen Gutsbesitzer erfordert ein spezielles Studium; sie gehört nicht in den Bereich unserer Arbeit, die nicht die innere Entwicklung der Landwirtschaft Palästinas behandeln will, sondern den Zusammenstoß dieser Landwirtschaft mit einem äußeren, interventionistischen Prozeß - mit der europäischen Kolonisierung.

I. Der politische Charakter der zionistischen Kolonisation

Infolge der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der Juden in den Ländern Osteuropas, besonders im zaristischen Rußland, setzt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine ausgedehnte jüdische Emigration aus diesen Ländern ein. Der Hauptstrom der Emigranten richtet sich nach den anglo-amerikanischen Ländern, nach den Vereinigten Staaten, Argentinien, England, Südafrika und Australien. Ein unbedeutender Teil der Emigranten gelangt nach Palästina. Von 1881 bis 1926 emigrierten aus Osteuropa 3 Millionen Juden, davon nahmen 2.250.000 ihren Weg nach den Vereinigten Staaten, 250.000 nach anderen amerikanischen Ländern, 150.000 nach England, 150.000 nach anderen Teilen des Britischen Reichs, und nur 110.000 wandten sich nach Palästina. (2) Jedoch von der gesamten jüdischen Vorkriegsimmigration in Höhe von 2.250.000 Personen wurde nur etwa 20.000, d. h. weniger als 1%, in Palästina ansässig. Erst nach dem Kriege, als die Immigration nach anderen Ländern etwas erschwert wurde, änderten sich die Verhältnisse.

Aber ungeachtet dessen, daß Palästina in der Emigrationsbewegung nur eine ganz unbedeutende Stelle einnahm, wurde es von den Ideologen des jüdischen Nationalismus - den Zionisten - als Rettung für das jüdische Volk aus allem seinem Unglück gepriesen.

Die Zionisten propagierten die Idee, daß gerade in Palästina die Lösung der jüdischen Frage liege. Dieses künstliche Hervorheben Palästinas aus der Reihe der anderen Länder hatte sein *raison d'être*. Die palästinensische Idee sollte hier diejenige reaktionäre Rolle spielen, die bei den herrschenden Nationen der Idee des Vaterlandes überlassen bleibt, d. h. sie sollte die Klassengegensätze vertuschen und eine nationale Einigkeit um die "gemeinsame", "nationale" Sache herum schaffen.

Selbstverständlich war die jüdische Agrarkolonisation in Palästina ein politisches Unternehmen. Durch die Ablenkung auf die wenig zahlreichen palästinensischen Kolonien hielten die Zionisten die jüdische Arbeiterschaft und die armen Juden in Osteuropa vom Klassenkampf zurück.

Aber die Kolonisation erforderte bedeutende Mittel. Dabei war es unmöglich, die private Initiative in dieser Sache auszunutzen. Die bürgerlichen Schichten der jüdischen Emigranten zogen es vor, sich in anderen Ländern anzusiedeln, da sie die Kolonisierung eines kleinen, unfruchtbaren und rückständigen Landes richtigerweise für ein zweifelhaftes Unternehmen hielten.

Die für die zionistische Reklame notwendige Kolonisierung mußte also auf philanthropischer Basis aufgebaut werden. Die Kolonien wurden mit den Mitteln von Wohltätigkeitsgesellschaften gegründet. Die jüdische Bourgeoisie stellte Summen für diese Zwecke zur Verfügung; die Kolonien waren als Instrument des sozialen Friedens im jüdischen Ghetto notwendig.

Die ersten jüdischen Kolonien in Palästina wurden nicht einmal von Zionisten gegründet. Sie waren das Produkt der philanthropischen Tätigkeit des Barons Rothschild, der zur Festigung des französischen Einflusses im Lande in den 80er Jahren einige jüdische Siedlungen gründete. Für ihre Errichtung wurde zwar nur ein sehr unbedeutender Teil des Rothschild'schen Budgets verausgabt, jedoch genügten diese Mittel vollkommen, um den Kolonisten, die nicht die geringste produktive Arbeit verrichteten, ein sorgloses Parasitendasein zu sichern. Die gesamte Landarbeit wurde arabischen Landarbeitern und "Haraten" (d. s. Lohnarbeiter, die ihren Arbeitsverdienst in Naturalien ausgezahlt erhalten) aufgebürdet. Ungeachtet der Ausbeutung der Araberarbeit brachte dieses zweifelhafte Unternehmen, dem alle ökonomischen Voraussetzungen fehlten, und das auf ganz unwirtschaftliche Weise geleitet wurde, Defizit. Rothschild zahlte den Kolonisten monatlich 15 Frs. pro Familienmitglied. Da in dem halbfeudalistischen Palästina die Produktion der Kolonien keinen Absatz finden konnte, kaufte sie der Baron auf und vernichtete sie. Der Wein, den die Rothschild'schen Weinkeller produzierten, wurde auf die Erde gegossen. Aber dieser philanthropische Geschäftsmann, der aus vielen Ländern, darunter aus dem benachbarten Ägypten und aus der Türkei das Letzte herauspreßte, bezahlte die Kolonisten für diesen Wein mit reinem Golde. Über diesen Parasitenkolonisten stand ein stark aufgebauschter Verwaltungsapparat. In der Kolonie Rischon le Zion kamen auf 46 Kolonisten 40 Angestellte, ungeachtet der Spezialisten. Alle diese Angestellten bauten sich hier Häuser, kauften Pferde und Wagen, hielten

zahlreiches Dienstpersonal - alles "auf Kosten des Barons". Fünfzehn Jahre lang warf dieser Überparasit den kleinen Parasiten Brocken aus seinen übermäßigen Einkünften zu. Und als seine Geduld schließlich zu Ende war, übergab er diese Besitzungen zusammen mit allen ihren Schulden der Wohltätigkeitsorganisation JCA. (Jewish Colonisation Association), die nunmehr die Vormundschaft über diese "Baronskinder" übernahm und immer neue Kolonien gründete. (3) Übrigens wurde die JCA hauptsächlich aus Rothschildischen Geldern unterhalten.

Die Folge dieses national-philantropischen Unternehmens war es, daß im Lande eine jüdische Großbauernklasse entstand, die arabische Arbeitskraft anwendete.

Die Zionisten nutzten die Rothschildische Kolonisation im weitgehendsten Umfange für ihre agitatorischen Reklamezwecke aus. Als aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts infolge der Verschärfung des nationalen Joches in Rußland und Polen (Judenpogrome) die Auswanderung zunahm, als die Einwanderung nach Palästina ganz bedeutend stieg und die zionistische Organisation genötigt war, die Kolonisierung in die eigene Hand zu nehmen, da konnte sie den ins Land einwandernden Juden natürlich keine "Rothschildischen" Lebensbedingungen bieten.

Die "jüdischen Pfennige", deren Einsammlung die zionistische Organisation in verstärkter Weise betrieb, wurden für organisatorische Ausgaben - für Literatur, die Einberufung von Zionistenkongressen, für Agitationsreisen und Repräsentation verwandt (die Zionisten trieben mit den imperialistischen Mächten Handel und verkauften ihre "Orientierung" nach rechts und links). Die eigentlichen Kolonisationsausgaben aber, die im Grunde genommen die Unkosten einer Reklamegesellschaft waren, bemühte sich die zionistische Organisation auf ein Minimum herabzudrücken. Aus diesem Grunde war sie genötigt, die Landanteile zu beschränken, die Bedürfnisse der neuen jüdischen Einwanderer, das Niveau ihrer Lebensführung bis aufs äußerste herabzusetzen. Um die Deckung der minimalsten Ausgaben für die jüdische Kolonisierung sicherzustellen, gründeten die Zionisten den jüdischen Nationalfonds mit seiner utopistischen kleinbürgerlichen Ideologie. Der vom jüdischen Nationalfonds erworbene Boden bildet das Nationaleigentum des Volks und ist unveräußerlich. Er wird dem Kolonisten in langfristige Erbpacht - für 49 Jahre - übergeben, und zwar darf der Erbpächter nur ein Jude sein. Lohnarbeit ist auf dem nationalen Boden verboten. Die Größe des Landanteils wird je nach der Arbeitsfähigkeit der Wirtschaft bestimmt. Bei der extensiven Wirtschaft kann der Bodenanteil verhältnismäßig groß sein, bei der intensiven Wirtschaft kann er zwangsweise verringert werden. Mehr Land, als der Kolonist und seine Familie zu bearbeiten imstande sind, darf nicht an einzelne Wirtschaften verpachtet werden. Neben den individuellen Arbeitskolonien verpachtete der Fonds auch Land an die Kollektive - "Kwuzoth" - die im allgemeinen auf der Plattform des konstruktiven Sozialismus stehen.

Eine solche Kolonisationsorganisation garantierte bis zu einem gewissen Grade eine verhältnismäßige Billigkeit. Allerdings gingen die Ausgaben für Landkäufe ganz und gar zu Lasten der zionistischen Organisation und wurden nur bis zu einer gewissen Grenze durch die von dem Nationalfonds bezogene Rente ersetzt.

Auf jeden Fall war kaum damit zu rechnen, daß die Einwanderer imstande sein würden, auf eigene Kosten Land zu kaufen, fanden doch sogar die Ländereien der JCA, die veräußerlich waren, keine Käufer. Die auf diesem Boden herrschende großbäuerliche Kolonisation zog es vor, den Boden zu pachten. Wenn nun die zionistische Organisation für den Pächter gewisse Schranken festsetzte, so begrenzte sie damit auch das Niveau seiner Lebenshaltung sowie den Bedarf an Kolonisationskapital, den der Pächter haben konnte.

Das Schwergewicht dieser Kolonisation war jedoch nicht groß. Einen bedeutenden Teil der Kolonisationsländereien hatten die großbäuerlichen Elemente in ihrer Hand.

Dieses gesamte Kolonisationsunternehmen war natürlich in keiner Weise dazu geeignet, die "jüdische Frage" zu lösen. Millionen von Juden in Dörfern und Städten Osteuropas hungerten weiter, während auf dem

Boden Palästinas nur ein paar hundert Menschen angesiedelt wurden. In dieser Hinsicht erlitt die zionistische Kolonisation ein vollständiges Fiasko. (4)

Wenn aber der ökonomische Effekt dieser Kolonien, vom jüdischen nationalen Standpunkt aus betrachtet, auch nur ein sehr unbedeutender ist, wenn auch die Kolonisierung Palästinas in der wirtschaftlichen Lage der jüdischen Massen Europas nicht die geringsten Veränderungen hervorrief, so war doch innerhalb des kleinen Palästina ihr Einfluß auf die Wirtschaft des Landes außerordentlich groß.

II. Die Expropriierung der fellachischen Ländereien

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es ungeachtet der reichhaltigen "palästina-wissenschaftlichen" Literatur, oder besser gesagt: eben dank derselben, sehr schwierig ist, richtige Ziffern für irgendein Gebiet der palästina-sensischen Wirklichkeit aufzustellen. Sogar in Bezug auf den Flächeninhalt Palästinas liegen ganz verschiedene Angaben vor, die Bestimmungen desselben schwanken zwischen 18.000 qkm (J. Thon) und 80.000 qkm (Ben-Zwi). Die Regierung bestimmt (1925) den Flächeninhalt Palästinas auf 27.000.000 Dunam oder etwa 25.000 qkm. Von diesen 27.000.000 Dunam erwarben die jüdischen Kolonisten bis Anfang 1928 1.002.000, davon entfallen auf den jüdischen Nationalfonds - 214.000 Dunam, auf die JCA 429.999 Dunam, auf die amerikanische Zionistenorganisation 151.000 Dunam; 208.000 Dunam kamen auf kommunale Ländereien, Konzessionen, verschiedene Gesellschaften und Privatbesitz. Der jüdische Landbesitz wuchs hauptsächlich nach dem Kriege, als Palästina unter die Herrschaft der Engländer kam.

erhalten ist vor allen Dingen die Ausdehnung des Besitzes des jüdischen Nationalfonds (5), der vor dem Kriege nur 20.000 Dunam umfaßte; er stieg 1919 auf 21.008, 1920 auf 22.500, 1921 auf 73.040, 1922 auf 78.720, 1923 auf 98.820, 1924 auf 149.000 und 1927 bis auf 214.000 Dunam.

Der den jüdischen Kolonisten gehörende Boden scheint unbedeutend im Vergleich mit der gesamten Bodenfläche des Landes. Man darf jedoch nicht vergessen, daß von der gesamten Bodenfläche Palästinas von 27.000.000 Dunam 14.500.000 Dunam für eine Bearbeitung teilweise überhaupt nicht infrage kommen, teilweise kostspielige Mekiorationsarbeiten verlangen, 2.500.000 Dunam kommen auf die Städte, Dörfer, Straßen. Von den restlichen 10.000.000 Dunam Boden wird nur der kleinere Teil bearbeitet, denn einigermaßen fruchtbarer Boden ist in Palästina überhaupt selten. In der Regel kaufen die Zionisten die fruchtbarsten Ländereien; so wurden in den letzten Jahren Bodenkäufe hauptsächlich in den Tälern des Jesreel und Akka - den fruchtbarsten Bezirken Palästinas - vorgenommen. Die alten Kolonien liegen hauptsächlich im Saronatale. Von den 10.000.000 Dunam, die wirtschaftliche Bedeutung haben oder haben könnten, gehören also 12% den Kolonisten. In einem Lande, in dem keine landwirtschaftlich nutzbaren Ländereien vorhanden sind, in dem jeder Fellache danach strebt, sein Grundstück durch ein Stück Neuland zu erweitern, ist jeder Fetzen Erde kostbar, und mit Haß betrachtet der Fellache den fremden Eindringling, der ihm einen fruchtbaren Bezirk nach dem anderen wegnimmt. Die Zionisten zeigen noch dazu nicht mit Versprechungen, den ganzen Boden "aufzukaufen", was die Fellachen als Drohung auffassen, sie aus Palästina in die Wüste jenseits des Jordans zu vertreiben. Jedes Gerücht über bevorstehende zionistische Landkäufe ruft daher große Unruhe hervor. In letzter Zeit haben sich diese Gerüchte vermehrt, und gleichzeitig ist es nicht bei Gerüchten geblieben, sondern es wurden reale Vorbereitungen zu großen Landkäufen zwecks Anlegung umfangreicher Pflanzungen getroffen. Der bekannte englische Chemiekönig Alfred Mond, der Vater der Idee des "Klassenfriedens" in der englischen Industrie (der gleichzeitig ein sehr aktiver Zionist ist), gründet gegenwärtig eine Gesellschaft für Bananenpflanzungen - die "Migdal Banana Plantation Co.", ebenso eine Apfelsinengesellschaft "Palestine Plantation Co.". Das Landwirtschaftsdepartement veröffentlichte 1928 einen Bericht des Agronomen Odlum über die Aussichten für die Anlegung von Bananenpflanzungen im Lande, in dem die Ländereien, die ohne anderen Kulturen Schaden zuzufügen, für den Anbau von Bananen in Betracht kommen, auf 5.000 bis 10.000 Acres bestimmt werden. Der Verfasser des Referats weist auf den großen Gewinn hin, den die Bananenkultur liefert (nicht weniger als 12%), und vertritt die Meinung, daß die Entwicklung der Bananenkultur in Palästina sich zu einer Plantagen-Großwirtschaft auswachsen würde. "Wenn es der kleine Kolonist nicht wagt, die Bebauung des Jordantals in Angriff zu nehmen (wegen der schwierigen klimatischen Verhältnisse), so bietet es ein gutes Objekt für Gesellschaften, die sich mit dem Anbau von Bananen und Apfelsinen beschäf-

ligen (siehe auch Anglo-Palestine Plantation Co. u. a.). Man sieht also, daß die Befürchtungen des arabischen Fellachen, die immer größeren Umfang annehmende Kolonisierung verdränge ihn von seinem Boden, durchaus nicht unbegründet sind.

Auf welche Weise wird der Fellache von seinem Boden vertrieben? - In Palästina herrscht der Großgrundbesitz vor. Von den 10.000.000 Boden, die für die Bewirtschaftung von Bedeutung und angeeignet sind, gehört ein großer Teil nicht den Fellachen, sondern den arabischen Gutsbesitzern. Nach Auhagen (Grundriß der Natur und Landwirtschaft in Syrien und Palästina, 1907) be saßen bereits vor dem Kriege die Fellachen in Transjordanien nur noch 15%, in Galiläa 20% und in Judäa 50% des bearbeiteten Bodens. Seitdem haben sich jedoch die Verhältnisse für die Fellachen bedeutend verschlechtert. Nach dem Bericht der Palästina-Kommission der Poale-Zion (6) gibt es im Bezirk Gaza und Birseba 28 Großgrundbesitzer, die über 2.000.000 Dunam Land haben: elf von ihnen besitzen jeder über 100.000 Dunam, sieben von 30.000 bis 100.000 Dunam. Derselbe Bericht nennt im Bezirk von Jerusalem und Hebron 26 Großgrundbesitzer mit 240.000 Dunam Land; im Bezirk Jaffa 45 Gutsbesitzer mit 162.000 Dunam, im Bezirk Nablus-Tul Kerem 5 Gutsbesitzer mit 121.000 Dunam, im Bezirk Dschenin 6 Gutsbesitzer mit 114.000 Dunam, im Bezirk Haifa 15 Gutsbesitzer mit 141.000 Dunam, im Bezirk Nazareth 8 Gutsbesitzer mit 123.000 Dunam, im Bezirk Akka-Sur 5 Gutsbesitzer mit 157.000 Dunam, im Bezirk Tiberia 6 Gutsbesitzer mit 73.000 Dunam. Die bekannte Beirut Bankierdynastie Sursuk besitzt in verschiedenen Teilen Palästinas, besonders im Jesreel-Tal 230.000 Dunam Land (ein großer Teil dieses Bodens wurde in den letzten Jahren von den Zionisten aufgekauft). Die Jerusalemer Familie El Hussein, dadurch bekannt, daß sie der nationalen Bewegung im Lande mehrere reaktionäre "Führer" gegeben hat, besitzt 50.000 Dunam Land. Eine andere bekannte Familie, Abd-el-Hadi (die ebensolche "Führer" gestellt hat), besitzt im Bezirke von Nablus-Dschenin 60.000 Dunam.

Diese großen Latifundien entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Stärkung der Waren- und Geldwirtschaft stimulierte das im Lande seit langem vorhandene Wucherkapital, Grundbesitz an sich zu reißen. Andererseits begünstigte die fiskalische Politik der türkischen Regierung, die sich ständig Geldnot befand und den Grundbesitz mit Geldsteuern belegte, die Bildung des Großgrundbesitzes. Der Bauer, dessen Wirtschaft noch in hohem Grade eine Naturalwirtschaft war, konnte die für ihn unerschwingliche Last der Geldsteuern nicht zahlen und war genötigt, sich von seinem Eigentum zu "befreien". Der Boden konzentrierte sich mehr und mehr in der Hand der Großgrundbesitzer. Allerdings vertrieben diese Grundbesitzer den Bauern nicht von seinem Grund und Boden. Da sie meist keine eigene Wirtschaft führten, "beschränkten sie sich darauf, dem Fellachen einen Teil seiner Ernte zu nehmen. Der Fellache blieb auf dem Boden, der früher sein Eigentum war, als Pächter."

Mit dem Erscheinen der europäischen Kolonisten änderten sich die Verhältnisse von Grund auf. Der Zionismus braucht für seine politischen Zwecke in erster Linie Land. Der jüdische Kolonist muß auf diesem Land sitzen und es "bearbeiten". Der Fellache als Landpächter bildet ein sehr großes Hindernis für die Schaffung der jüdischen Kolonien. Das Land muß "frei" werden, d.h. frei von dem arabischen Fellachen. Wenn der Zionist von dem arabischen Gutsbesitzer Land kauft, stellt er des öfteren sogar die Bedingung, daß ihm das Land "frei" von allen darauf lebenden Fellachen, und frei von allen Ansprüchen übergeben werden muß. Wenn der Gutsbesitzer selbst (aufgrund des gewöhnlichen Rechts, Familienverhältnisse halber usw.) nicht imstande ist, den Boden zu "befreien", so besorgen dies die Zionisten mit Hilfe der Regierung oder ihres eigenen Zwangsapparats. Während also der Fellache nach der ersten Bodenexpropriation, die von eingeborenen Wucherern und Gutsbesitzern durchgeführt wurde, wenn auch stärker exploitiert, immerhin doch auf seinem Boden blieb und weiter arbeitete, verlor er bei der zweiten Expropriation durch die Zionisten sein Land ganz und gar. Bei dieser zweiten Expropriation des Fellachenlandes nehmen die Zionisten mitunter zu scharfen Maßnahmen ihre Zuflucht. Der geradezu grotesk unexakte türkische Kataster, den die Engländer beibehalten haben, bietet noch genügend Handhabe dazu. Die "Daftar Hakama" (Grundregister) wurden mit solcher "Sorgfalt" geführt, daß es, wie wir gesehen haben, bisher noch nicht einmal möglich war, den Umfang des Grundbesitzes und des bearbeiteten Bodens festzustellen. Die äußerst verwirrten Bodenverhältnisse bieten günstige Gelegenheit für die Einmischung des Landkäufers und des ihn unterstützenden Beamten. Für den Gutsbesitzer, der sich von den Ansprüchen der Fellachen befreien will, ist nichts leichter, als "sein" Land an den Zionisten zu verkaufen. Kommt es bei der realen Übergabe dann auch zu endlosen Zusammenstößen, so ist dies die Sache des Käufers. Und der Käufer, der weiß, daß ihm die Erwerbung des Landes, obwohl er es bar bezahlt hat, nicht leicht werden wird, bereitet sich auf die Zusammenstöße rechtzeitig vor. Der Kampf um den gekauften Boden, um seine wirkliche Besitzergreifung, muß vor Gericht wie bei den Regierungsbehörden, in erster Linie aber auf dem Boden selbst geführt werden. Die eigentliche zionistische Losung: "Geulat Haarez" ("Befreiung des Bodens durch Einkauf") wird ergänzt durch die Losung "Kibusch Haarez" ("Besitzergreifung vom Boden"). "Der Boden mußte erst erobert und verteidigt werden" - heißt es in dem hier zitierten Bericht der Poale-Zion-Kommission.

Diese dankbare Arbeit übernahmen spezielle "Kommunen" - "Kwuzoth Hakibusch" (Besitzergreifungskommunen - "Okkupationsgenossenschaften", wie sie von den deutschen Zionisten genannt wurden). Sie machten sich die Vertreibung der arabischen Fellachen und Beduinen zur Aufgabe (andere Aufgaben, wie der Bau von Straßen, Häusern, usw. hatte für die Zionisten geringere Bedeutung, da man diese Arbeit auch den arabischen Arbeitern übertragen konnte). Da die Aufgabe der "Okkupierung" einen vorübergehenden Charakter trug, begaben sich die

Okkupationsgenossenschaften, nachdem sie ihre Aufgabe in zwei bis drei Jahren an einer Stelle erfüllt hatten, in andere Gegenden, wo sie von Neuem den Auftrag übernahmen, die Fellachen von neu gekauften Grundstücken zu vertreiben.

Wenn nun schließlich der Boden gekauft und bezahlt, von den Fellachen befreit und von den Kolonisten in Besitz genommen war, so war man immernoch nicht sicher, ob nicht Fellachen und Beduinen versuchen würden, ihn zurückzuerobern. Die Kolonien mußten bewacht werden, und diese Mission der ständigen Bewachung des "jüdischen" Bodens und Besitzes nahm die spezielle "Arbeiter"-organisation "Haschomer" ("Der Wächter") auf sich. "Das wichtigste an ihm ist" - schreibt der bekannte jüdische Dichter D. Frischmann von diesen Abteilungen - "daß die anderen wissen, daß das Volk, das in dieser Gegend wohnt, kriegerisch ist und daß sie es fürchten." Die Ideologie der Okkupierungsperiode brachte der Führer der zionistischen Organisation, Weizmann, in seiner vielerörterten Losung "Palästina muß ein jüdisches Land sein wie England englisch ist", am besten zum Ausdruck.

III. Die Exploitation der Arbeit der Araber

Viele jüdische Kolonisten, die auf dem Boden angesiedelt werden sind nicht imstande, ihr Grundstück selbst zu bebauen. Sie brauchen fremde Arbeitskraft. Und da die arabische Arbeitskraft in den landwirtschaftlichen Bezirken bedeutend billiger ist, als die jüdische, stellen die großen Kolonistenwirtschaften vorwiegend arabische Landarbeiter ein.

Die wirtschaftliche Grundlage für das in den Kolonien heranwachsende arabische Landarbeiterproletariat ist der ausgedehnte Landbesitz vieler jüdischer Kolonisten. Der jüdische National-Fonds betrachtet mit Recht 100 Dunam als Höchstumfang für ein Grundstück, das bei extensiver Wirtschaft von der Familie des Kolonisten ohne Heranziehung von Lohnarbeit bebaut werden kann. Aber 44% aller jüdischen Kolonistenwirtschaften besitzen mehr als 100 Dunam Land. Diese 44% der jüdischen Wirtschaften müssen, sogar wenn sie eine extensive Wirtschaft betreiben, Lohnarbeiter einstellen. Außerdem halten viele jüdische Farmen, deren Grundbesitz zwar kleiner ist, die aber arbeitsintensive Obstkulturen anbauen, Lohnarbeiter.

Nach der Statistik von 1928 hatten die jüdischen individuellen Wirtschaften in Palästina folgenden Landbesitz):

Von 10 bis 25 Dunam	- 414 Wirtschaften oder 16,4%
Von 25 bis 50 Dunam	- 374 Wirtschaften oder 14,9%
Von 50 bis 100 Dunam	- 617 Wirtschaften oder 24,5%
Von 100 bis 200 Dunam	- 582 Wirtschaften oder 23,1%
Von 200 bis 300 Dunam	- 286 Wirtschaften oder 11,4%
Über 300 Dunam	- 244 Wirtschaften oder 9,7%

Mit anderen Worten: fast die Hälfte aller jüdischen Wirtschaften besaßen über 100 Dunam Land; mehr als ein Fünftel der Wirtschaften über 200 Dunam, ein Zehntel der Wirtschaften über 300 Dunam. Als die Rothschildsche Kolonie Sichron Jakob der JCA. übergeben wurde, erhielt jeder Kolonist 300 Dunam außer den Obstplantagen. Nachdem hier zitierten poalezionistischen Bericht von 1920 besaßen in der Kolonie Jawnael von 42 Kolonisten 33 je 300 Dunam, 9 besaßen zwischen 300 und 500 Dunam.

Mit anderen Worten: fast die Hälfte aller jüdischen Wirtschaften besaßen über 100 Dunam Land; mehr als ein Fünftel der Wirtschaften über 200 Dunam, ein Zehntel der Wirtschaften über 300 Dunam. Als die Rothschild'sche Kolonie Sichron-Jakob der JCA. übergeben wurde, erhielt jeder Kolonist 300 Dunam außer den Obstplantagen. Nachdem hier zitierten poalezionistischen Bericht von 1920 besaßen in der Kolonie Jawnael von 42 Kolonisten 33 je 300 Dunam, 9 besaßen zwischen 300 und 500 Dunam.

Außerdem jeder Kolonist 25 - 75 Dunam Obstplantagen. In der Kolonie Jessod-Na-Maala besaß jeder Kolonist zwei bis drei Landteile mit 600 bis 900 Dunam. Diese Landteile gehörten ebenso wie die Plantagen den Kolonisten und waren auf verschiedene Gegenden verstreut, wodurch die Notwendigkeit der Anwendung von Lohnarbeit noch verstärkt wurde.

Von den 56% jüdischen Wirtschaften, die weniger als 100 Dunam Land haben, beschäftigt sich ein bedeutender Teil nur mit intensivem Obstbau; diese Landteile stehen damit außerhalb jener Grenze, die ohne Lohnarbeit wirtschaften können. Um ohne Lohnarbeit auszukommen, muß nach Meinung des Spezialisten Vieles der Umfang der Pflanzung einer Familie auf 10 - 15 Dunam beschränkt werden. Indessen ist der durchschnittliche Umfang deiner jüdischen erntetragenden Pflanzung 42,5 Dunam, der durchschnittliche Umfang einer neuen Pflanzung 22 Dunam. Ausserdem besitzt ein und der selbe Kolonist über all alte und neue Pflanzungen. Von den 233 Kolonisten, die fruchttragende Pflanzung besitzen, haben 74 Personen außerdem noch neue Pflanzungen, die noch nicht tragen.

Jedoch nicht allein der Umfang ihrer Wirtschaft, sondern auch die Ausbildung der Kolonisten zwingt viele von ihnen zur Anwendung von Lohnarbeit ihre Zuflucht zu nehmen. "Die moralischen und materiellen Verhältnisse der Agrarkolonisation - schreibt Granovsky - schufen nicht jüdische Dörfer mit jüdischen Bauern, sondern jüdische Grundbesitzer und Pflanzler, die arabische Arbeit anwenden ...

Palästina bot, wie alle orientalischen Länder große Massen billiger, einheimischer Arbeitskraft an. Und da nur die nichtjüdische Arbeitskraft billig war finden wir in den Kolonien Tausende von arabischen Arbeitern, während zahlreiche jüdische Arbeitern, die einwandern hier nicht ausgenutzt werden."⁸⁾

Viele der jüdischen Kolonien trugen dahervon Anfang an den Charakter von Großbauerwirtschaften. Es ist sehr schwer die Gesamtzahl aller arabischen Lohnarbeiter zu bestimmen, die in den Kolonien arbeiten. Folgende Aufstellung veranschaulicht einigermassen die Zusammensetzung der ständigen Bevölkerung einer Kolonie):

Kolonien	Juden		Araber	
	Kolonisten	Arbeiter	Sonstige	Arbeiter
Chedera	32	7	8	30
Sichron-Jakob	50	10	80	100
Mes'cha	23	6	3	40
Jessod-Na-Maala	32	-	14	60
Metula	24	8	14	50

Ogleich sich die Zionisten sehr bemühen, in den Kolonien die jüdische Arbeit einzuführen, herrscht dort die Araberarbeit ganz bedeutend vor; Ness-Ziona sind z. B. während der Hochsaison 250 jüdische und 800 arabische Arbeiter beschäftigt, in Petach-Tikwa kommen auf 1000 jüdische Arbeiter 2000 arabische. ("Dawar 24. 4. 69"). Nicht umsonst beklagt sich der poalezionistische Bericht: "Neben 500 bis 600 jüdischen Familien leben in Petach-Tikwa 3000 Araber. Ganze Araberdörfer sind mit der Herstellung der Produkte zur Befriedigung des Bedarfs der Kolonien beschäftigt. Chedara, wo 55 jüdische Familien leben, hat ebensoviel Araberfamilien, die ständig auf den Höfen der Kolonisten leben. Außer diesen ständigen arabischen Bewohnern sind die jüdischen Kolonien von einer Kette von Zelten eingeschlossen, in den mit Frauen und Kindern von weit her gekommene Beduinen leben, die auf die Saisonarbeiten warten zu denen die Kolonien weitere Aushelfkräfte einstellen müssen. Inzwischen führen sie ihre eigene Wirtschaft, weiden ihre Herden, züchten Geflügel und befriedigen die Bedürfnisse der jüdischen Kolonisten." Und ganz verwirrt fügt der Verfasser hinzu: "Wenn das Geld des Barons dazu gereicht hat, 50 jüdische Familien anzusiedeln, so hat es doch gleichzeitig an dem selben Ort 150 arabische Familien sesshaft gemacht." (S. 238)

Viele Kolonien ziehen zu den Saisonarbeiten ganze beduinische Stämme aus entfernten Gegenden des Landes, bis einschließlich Transjordanien heran. Auf diese Weise wurden z. B. die Jemeniten in das Land hineingezogen. Im fernen Jemen leben ungefähr 100 000 Juden, die sich von den anderen Jemeniten durch weiter nichts unterscheiden, als durch ihre Religion. Aber das genügte, um unter Ausnutzung ihrer Unkultur und Religiosität eine erfolgreiche Propaganda

für die Anwerbung dieser billigen Arbeitskräfte zu treiben. Der bekannte "Arbeiterführer" Jawnaeli (einer dergegenwärtigen Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsorganisation in Palästina) lies sich Bart und Peies wachsen und begab sich nach Jemen, wo er diesen armen Unterdrückten predigte, die Erlösungstunde der Juden sei gekommen, in Palästina harre auf jeden von ihnen sein "Feigenbaum und sein Weinstock". Auf die Predigen dieses "Abgesandten des Messias" hin fanden sich sofort ein paar hundert Familien, die ihr ganzes armseliges Hab und Gut im Stiche ließen und unter großen Entbehrungen und Opfern nach dem "heiligen Lande" auswanderten. "Die Arbeitskraft der Jemeniten ihrer Frauen und Kinder, schien den Kolonisten ein dankbares Objekt ihrer Exploitation zu sein. Diese Meinung war auch unter den Führern der zionistischen Bewegung verbreitet. Für die Jemeniten wurden die entsprechenden Lebensbedingungen geschaffen: man siedelte sie in der Nähe der Kolonien an, gab jeder fünfköpfigen Familie einen Dunam Land und eine enge Baracke! Sie erhielten einen Tageslohn von anderthalb Bischlik (kleine türkische Münze), während der Tagesverdienst eines arabischen Arbeiters anderthalb bis zwei Bischlik betrug" (Din Wa-Heschbon, ibd, S. 237). in demselben Bericht werden auch die Arbeitsbedingungen der Jemeniten geschildert - Arbeitsbedingungen, die außerordentlich charakteristisch sind für die übrigen arabischen Arbeiter.¹⁰⁾

An vielen Orten brachte man die Jemeniten in Schuppen ohne Dach und Fenster unter. In Machne-Jehuda bei Petach-Tikwa leben die Jemeniten in Baracken, in die der Regen durch das Dach wie durch ein Sieb strömt. In Jawnael erbaute man für die Jemeniten Baracken aus Blech, die sich an heißen Tagen erhitzen wie Öfen. In keiner einzigen jemenitischen Siedlung ist Wasser vorhanden, und die jemenitischen Frauen müssen es auf dem Kopf aus den oft einen Kilometer und weiter entfernt liegenden Kolonien herbeitragen. Man hat die Jemeniten an tief gelegenen, malarieverseuchten Orten angesiedelt, sie wurden zusammen mit den Haustieren in Schuppen untergebracht. Die Folge davon war, daß von 237 Jemeniten in Rechoboth im Laufe von sechs Jahren 101 Personen starben. In Machne-Josef bei Jaffa ist jedes Jemenitenhaus verwaist. Von 300 Personen, die sich in Nachiel ansiedelten, starben im Laufe von 8 Jahren 154 Menschen. Die Kinder, die während dieser Zeit dort geboren wurden (etwa 50), starben sämtlich. Malaria, Typhus, Trachom, Hautkrankheiten, Blutarmut - alles das hat sich in diesen Siedlungen fest eingenistet. Ein trauriges Bild, das man durch weitere Illustrationen ergänzen könnte, die alle zeigen, wieviel Opfer unter den Massen der arabischen Arbeiterschaft die Erschaffung der "kulturellen" jüdischen Kolonien gefordert hat.

Wie stark jedoch die Exploitation der arabischen Arbeiter in den Großbauernwirtschaften der Kolonisten auch sein mag - es steht ihnen immer noch ein Mittel der Anspornung der arabischen Landarbeiter zur Verfügung: die Konkurrenz der jüdischen Arbeiter. Die Hauptlosung der Zionisten in Palästina: "Geulath Haarez" (Befreiung des Bodens) und "Kibusch Haarez" (Okkupierung des Bodens) wird ergänzt durch die

Losung: "Kibusch Haavoda" (Aneignung der Arbeit). Die nationalistisch gesinnten jüdischen Arbeiter ziehen unter dieser Losung zur Verdrängung der Araber, zum schwersten Konkurrenzkampf mit ihnen aus. Dabei sind sie bereit, alle Entbehrungen zu ertragen, nur um den Kolonisten zu beweisen, daß sie, die jüdischen Arbeiter, billiger sind als die arabischen, daß sie fleißiger und ergebener sind als jene. Die Zionistenorganisation fördert diese "Aneignung der Arbeit", indem sie ihre Unterstützungen nur unter der Bedingung gewährt, daß ein bestimmter Prozentsatz von jüdischen Arbeitern eingestellt wird, den jüdischen Arbeitern geringfügige Kredite gibt, ihnen kleine Grundstücke anweist usw.

Um zu zeigen, wie sich der Prozeß der Exploitation der arabischen und jüdischen Arbeiter durch Auslösung der gegenseitigen Konkurrenz abspielt, wollen wir auf das Beispiel der großen Kolonie Petach-Tikwa hinweisen, mit deren Verhältnissen wir aus eigener Anschauung bekannt sind. In dieser Kolonie arbeiten seit langem Tausende von arabischen Landarbeitern, die meist in den nächsten Dörfern, oft aber auch in unmittelbarer Umgebung der Kolonie wohnen. Die Hochsaison (Februar bis April), die Zeit der Ernte, Einpackung und Verschickung der Apfelsinen und die Zeit des Umgrabens der Plantagen, fällt teilweise mit der Getreideernte zusammen. Daher ist in dieser Zeit der Bedarf an Arbeitskraft besonders stark. Jeder Tag der Verzögerung bedeutet für den wohlhabenden Kolonisten, der Lohnarbeiter beschäftigt, großen Verlust. Die "wilden" Araber verstehen das sehr gut, und der größte Teil der Streiks fällt in die Hochsaison. An irgendeinem schönen Morgen erscheint

kein Arbeiter in der Pflanzung "seines" Großbauern, und der muß sich andere Arbeiter suchen. 1922/23 jedoch dringen jüdische Arbeiter in die Kolonien ein. In der ersten Zeit zahlt man ihnen hohe Löhne; während der Araber 10 bis 12 Piaster bekommt (1 Piaster ca. Pfennig), erhält der jüdische Landarbeiter mindestens 15 Piaster. Die Drohung, die arabische Arbeit durch jüdische zu ersetzen, bringt den arabischen Landarbeiter zum Nachgeben. Aber der jüdische Arbeiter ist doch zu teuer. Und so wird zur Herabdrückung seines Lohns eine Reihe von zionistischer Kollektiven - "Kwuzoth" - geschaffen, welche die Arbeit akkordweise übernehmen und bei größter Anstrengung 10 bis 12 Piaster täglich pro Kopf verdienen. Da sie ihre eigenen mikroskopischen Gemüsegärten und Milchwirtschaften haben, außerdem kleine Unterstützungen von der zionistischen Organisation beziehen, besitzen sie die Möglichkeit, auch bei geringerem Arbeitslohn sich einigermaßen über Wasser zu halten. Das Resultat ihrer Arbeit tritt in erster Linie darin zutage, daß auch die anderen jüdischen Arbeiter gezwungen sind, zur Akkordarbeit überzugehen. Die Kollektivmitglieder wie auch die anderen jüdischen Arbeiter erhalten nun für die schwerste Arbeit (Umgraben) kaum 12 Piaster täglich, bei der Apfelsinenernte bekommen sie 10 Piaster, für Arbeit in den Weingärten und bei der Tabakernte 8 bis 10 Piaster. Dementsprechend sinkt auch der Lohn der arabischen Arbeiter. Der letzte große Streik fand 1924 auf der größten Pflanzung des Landes - Bucharia (800 Dunam) - statt. Die arabischen Arbeiter fanden bei den nationalistisch verhetzten jüdischen Arbeitern, die mit ihnen zusammen auf der Pflanzung arbeiteten, keine Unterstützung und mußten nachgeben. Seitdem ist es in Petach-Tikwa zu keinen großen Streiks mehr gekommen.

Aber die Entwicklung der kapitalistischen Kolonisation ist derart, daß die Zionisten durch den Import europäischer Arbeiter, die die einheimischen Arbeiter und Bauern verdrängen sollen, die Zahl der durch den Kapitalismus exploitierten Lohnarbeiter vergrößern, sie konzentrieren und ihre Vereinigung herbeiführen. Die jüdischen Arbeiter werden von den jüdischen Großkolonisten nicht weniger exploitiert als die arabischen. Die Klassengegensätze zwischen dem jüdischen Kapitalisten und Großbauern einerseits und dem jüdischen Arbeiter andererseits müssen unvermeidlich wachsen. Es wächst auch das Klassenbewußtsein des jüdischen Arbeiters, und der "Chaluz" ("Pionier" - so nennen die Zionisten den jüdischen Arbeiter in Palästina) von gestern wird revolutioniert, wird zum Kampf gegen den Zionismus, gegen den Imperialismus und zur wahren brüderlichen Solidarität der jüdischen und arabischen Werktätigen getrieben. Mögen die Sozialchauvinisten, die die jüdischen Gewerkschaftsverbände leiten, auch noch so große Anstrengungen machen - das revolutionäre Klassenbewußtsein der internationalen Solidarität wird immer stärker - unter den jüdischen wie auch unter den arabischen werktätigen Massen des Landes.

Anm.:

1) Janovsky, The Census of Jewish Agriculture, Palestine and Near East, Economic Magazine, No. 13, 1928

2) Leonhard Stein, "Twenty Centuries of Jewish Dispersion" Current History, 1928, No. 2

3) Diese Tatsachen sind, wie viele andere, der interessanten Broschüre von Meieron: "Die Araber und die jüdische Kolonisation in Palästina" entnommen, die in Warschau 1922 in jiddischer Sprache erschien. Meieron war während des Krieges der Begründer der internationalen Arbeitergruppe in Palästina, die den Grundstein zur kommunistischen Partei legte-

Eine Schilderung derselben Tatsachen kann man übrigens sogar in der zionistischen Literatur finden, man braucht nur das Reisetagebuch Ussyschkins durchzublättern, der Palästina in den neunziger Jahren besuchte und die schlechte Wirtschaftsführung und das Parasitentum der Baronskolonisation nicht weniger lebhaft schildert.

4) Über den Zusammenbruch der Kolonisationspläne des Zionismus, den Artikel: "Einige Resultate der jüdischen Agrarkolonisierung in Palästina" von L. Abramowitsch, erschienen in dem Journal "An der Agrarfront" (russisch) No. 4 Jahrg. 1928. Der Artikel weist bedeutende Mängel auf, der Verfasser sucht zu beweisen, daß die Juden den schlechtesten Boden zuerzteilt erhielten, auch verringert er offensichtlich die Umfänge der jüdischen Landteile.

5) Granowsky, "Landproblem in Palestine", (englisch), London, 1925, S. 73

6) "Din Wa-Heschbon Schel Waadat Poale-Zion be-Erez-Israel", "Haadama", No. 9, 1920, S. 220.

7) Die Wirtschaften mit bis zu 10 Dun. Boden sind, da sie keine ökonomische Bedeutung haben, in diese Aufstellung nicht aufgenommen. Diese Zwergwirtschaften haben oft den Charakter von Hilfsbetrieben und gehören Personen, die keinen Landwirtschaftlichen Beruf haben (Arbeiter- und Handwerkersiedlungen, Dorfintelligenz, Händler usw.)

8) Granowsky, "Landproblem in Palestine", S. 16 - 18.

9) Diese Ziffern entstammen dem Artikel Smiljankis, eines der ältesten Kolonisten und Vorkämpfers der zionistischen Bewegung (zitiert nach Meieron). Sie sind nur charakteristisch für die Bestimmung der ständigen Bevölkerung, jedoch auch hier ist die Zahl der Araber sichtlich verringert.

10) Die Zionisten, die an der Schaffung einer - wenigstens scheinbar - starken jüdischen Bevölkerung in Palästina sowie an der Entfaltung der religiösen Leidenschaften stark interessiert sind, stellen die Jemeniten als Juden hin, obwohl sie weder in ihrer Sprache noch Kultur mit den europäischen Juden irgendetwas gemein haben und sich außer durch ihre Religion in nichts von Arabern, Muselmanen oder Christen unterscheiden. Ebenso benutzen die Zionisten das jüdische Religionsbekenntnis anderer Gruppen von Eingeborenen (Sephardim u. a.), um sie als zur jüdischen Nationalität gehörig zu bezeichnen und so auf die Ziffer von 150 000 Juden zu kommen, die angeblich in Palästina leben sollen.

ISRACA

Analysen und Dokumente aus MAZPEN (Organ der ISRAELISCHEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION) und ISRACA (Organ des ISRAELISCHEN REVOLUTIONÄREN AKTIONSKOMITTEE IM AUSLAND), herausgegeben von ISRACA in der Bundesrepublik und W-Berlin

BESTELLUNGEN an:

Maja Kohen
6 Frankfurt / Main
Schaumainkai 41
c/o Mosler

DER FUNKE

Nr. 4

Organ der SAALA und TRIKONT-Gruppen
in der BRD

Erscheint Ende Februar

Analysen und Dokumente über:

Die Lage der ausländischen Studenten
in der BRD

Die Portugiesischen Kolonien

Die Türkei

Indonesien

Palästina

Vietnam

Deutsche Großunternehmen in Lateinamerika

Der palästinensische Aufstand von 1936

Elijah Lobel

Der palästinensische Aufstand von 1936

Die folgenden Abschnitte über den Aufstand von 1936 sind Auszüge aus der umfangreichen Einleitung von Elijah Lobel zu dem Buch Sabri Gerjes: Die Araber in Israel, das demnächst im Trikont-Verlag München erscheint.

Wir haben gesagt, daß allein die zionistische Staatsgründung und nicht der "Irrtum" seitens der reaktionären zionistischen Führung zwei wesentliche Phänomene bedingen: die Negation der nationalen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes und der engen Verbindung mit dem im Lande dominierenden westlichen

Imperialismus. Der politische Zionismus wurde bereits fünfzig Jahre vor der Gründung des Staates Israel geboren; der Prozeß, der letzten Endes zur Negation jeglichen nationalen Lebens der palästinensischen Arbeiter führte, setzte ebenfalls lange vor 1948 ein. Die mehr oder weniger pazifistische Koexistenz zwischen den beiden Völkern und die damit verbundene Deformierung der sozialen und politischen Struktur des arabischen Bevölkerungsteils verhinderte auch die Realisierung eines nationalen Unabhängigkeitskampfes der Araber. In der kritischen Zeit der Nachkriegsjahre (1945-1948) war das arabische Volk Palästinas fast vom Schauplatz verschwunden, weil es zuvor in der arabischen Revolte von 1936-1939 militärisch geschlagen worden war und weder über eine politische Struktur auf nationaler Ebene, noch eine politische Führung, die die Massen zusammenfassen konnte, verfügte bzw. nicht mehr verfügen konnte.

Ohne hier einen Abriss der Geschichte der zionistischen Bewegung zu geben, wollen wir jedoch unsere Gedanken präzisieren. Der Beginn der modernen jüdischen Kolonisation in Palästina datiert um 1870, als von den Juden Land nahe Jaffa gekauft wurde. In der Folge wurden durch den Baron Rothschild und andere jüdische Investoren mehrere Dutzend jüdischer Dörfer in Palästina ins Leben gerufen. Sie kauften Land von den arabischen Eignern und beschränkten den klassischen Weg des Kolonisierens. Die arabischen Bauern wurden auf den modernen Farmen als Tagelöhner beschäftigt.

Was aber die Zionisten anbetrifft, so wollten diese nach ihrer Ankunft in Palästina nicht nur die Reichtümer des Landes ausbeuten, sondern sich auch des Landes selbst bemächtigen, die arabischen Bauern vertreiben und sie ersetzen. Sie führten oft eine gewaltsame Kampagne für das, was sie "jüdische Arbeit" und später "jüdisches Produkt" nannten, was den Boykott der arabischen Arbeiter und ihrer Produkte bedeutete. Die erbittertesten Verfechter dieser Politik kamen aus dem Arbeiter-Flügel der zionistischen Bewegung. An der Spitze der betreffenden Aktionen befand sich oft der "Allgemeine hebräische Arbeiterverband" (Histadruth). Die bourgeoisen Ele-

mente der zionistischen Bewegung dagegen und mehr noch die prä-zionistischen Kolonisatoren hätten lieber die Arbeitskraft der Araber eingesetzt, weil sie billiger war. Die Konzeption des Arbeiter-Flügels, die ja logisch aus dem politischen Zionismus hervorgeht, setzte sich durch. Der Kompromiß bestand oft darin, daß man die finanziellen Differenzen zwischen jüdischer und arabischer Arbeitskraft oder zwischen den Preisen der Produkte der zwei Gemeinschaften mithilfe von Fonds der zionistischen Weltbewegung ausglich.

Die im Entstehen begriffene zionistische Gesellschaft geriet nun in Konflikt mit der gesamten arabischen Gesellschaft Palästinas. Da der jüdische Kapitalismus im Voraus einen technologischen und international geförderten finanziellen Vorsprung hatte, stellte er für den Anstieg eines palästinensisch-arabischen Kapitalismus ein Haupthindernis dar. Auf der einen Seite wurde die potentielle Proletarisierung der arabischen Bauern durch ihre Vertreibung von dem von Juden gekauften Land beschleunigt, auf der anderen Seite aber dadurch verzögert, daß man sie aus dem ökonomischen Entwicklungsprozeß der Juden ausschloß und der arabische Kapitalismus sehr schwach war. Verwaltung und öffentliche Arbeiten stellten zwar eine wichtige Arbeitsmarkterweiterung dar, waren aber dennoch begrenzt. Diese Entwicklung spiegelt sich wieder in der Berufsgliederung der arabischen Bevölkerung in Palästina (9):

	1931	1944
Landwirtschaft	57%	51%
Industrie u. Handwerk	10%	4%
Baugewerbe	3%	7%
Transportwesen	6%	5%
Handel u. Banken	8%	10%
Dienstleistungsgewerbe	12%	11%
Verschiedene	9%	12%
	105%	100%

Die sozio-ökonomische Deformation hatte ihre Rückwirkungen auf den politischen Bereich. Weil Bourgeoisie und Proletariat so schwach waren, blieb die politische Führung der palästinensischen Araber fest in den Händen der Grundbesitzer, die das Land beherrschten. Sie liquidierten sich übrigens selbst als Klasse, indem sie Land an die Zionisten verkauften, machten jedoch dabei enorme finanzielle Gewinne, die wiederum die Finanzierung einer politischen Be-

wegung und sogar eines bewaffneten Kampfes ermöglichen. Sie verschleierten ihre politische und ökonomische Kollaboration mit den Zionisten und den Briten oft durch heftige anti-zionistische Parolen und brandmarkten den Verkauf von Land an die Zionisten als Verrat.

Die inneren Widersprüche dieser Gesellschaft brachen im Laufe des arabischen Aufstands von 1936-1939 auf, der die entscheidende Phase in der jüdisch-arabischen Auseinandersetzung unter britischem Mandat darstellte. Lange Zeit weitgehend unbekannt und kaum erforscht, weiß man heute, daß es sich dabei um einen wirklichen Aufstand und einen ganz entscheidenden Schritt handelte. In einer Beilage der großen israelischen Tageszeitung "Haaretz", die dieser Epoche gewidmet ist, schreibt der Militärsachverständige dieser Zeitung: "... wir glauben, daß wenn die Ereignisse von 1936 nicht genauso und zu diesem Zeitpunkt stattgefunden hätten, die Juden acht Jahre später nicht den Unabhängigkeitskrieg hätten bestehen können. Die Juden konnten die kritische Situation von 1936 überwinden und gingen mit Hilfe der britischen Armee in Palästina gestärkt aus dem Konflikt hervor." Und weiter unten: "In Wirklichkeit waren die Ereignisse von 1936 ein Zusammenstoß zwischen den beiden nationalen Bewegungen; aber die Araber begingen den Fehler, ihre Attacken auch gegen die Regierung und die Armee Großbritanniens zu richten ... Der Zusammenstoß mit den Briten und nicht mit den Juden verursachte die Vernichtung der Militärmacht der Araber in Palästina und eines Teils der arabischen Führung des Landes. Nach fast drei Jahren ungleichen Kampfes war die Militärmacht der Araber zerstört, während in derselben Zeit die Juden mit britischer Hilfe die ihre ausdehnen konnten ... Die Repressalien der britischen Armee gegen die bewaffneten Banden und gegen die arabische Bevölkerung waren übrigens viel schwerer als diejenigen, denen einige Jahre später die jüdischen Geheimorganisationen ausgesetzt waren. Es gab selten Durchsuchungen arabischer Dörfer durch die britische Armee ohne Toten unter den arabischen Zivilisten. Es wurden hunderte von Häusern, Obstgärten und Weinbergen zerstört." (10)

In derselben Beilage über die arabische Revolte erschien eine lange und scharfsinnige Studie eines Dr. Y. Bauer, Professor für zeitgenössische Judenforschung an der Hebräischen Universität von Jerusalem. Wir behandeln hier das Wesentlichste der in dieser Studie enthaltenen Thesen, soweit diese selbst von aktuellem Interesse ist, d.h. sich auf das gewaltsame Zurückgehen der arabischen Bevölkerung nach dem zweiten Weltkrieg bezieht, nach der "Verstaatlichung" des Konfliktes und den aufeinanderfolgenden israelischen Siegen. In den Schlußfolgerungen der Studie heißt es: "Der Aufstand der Araber in den Jahren 1936-1939 stellte den letzten Versuch des arabischen Volkes Palästinas dar, die Einwanderung der Juden in das Land gewaltsam zu verhindern ... Die palästinensischen Araber haben

1948 eine erstaunliche Schwäche offenbart, und unser damaliger Kampf wurde hauptsächlich gegen die Araber der benachbarten Staaten und gegen England geführt, das sie unterstützte. Man kann nie wissen, ob wir auch in dem Falle gesiegt hätten, wenn die Araber Palästinas uns ernsthaft bekämpft hätten - aber das ist nur eine hypothetische Frage. Auf jeden Fall wurden die Bedingungen zu dem Sieg von 1948 während des Araberaufstandes von 1936-1939 geschaffen."

Zu Beginn seiner Studie erläutert der Autor die sozio-ökonomischen Bedingungen, unter denen die palästinensischen Araber bei Ausbruch des Aufstandes lebten: "Die gesellschaftliche Situation der Araber in den dreißiger Jahren war bestimmt durch einen bewegten sozialen Übergang von einem para-feudalistischen System zur kapitalistischen Ära. Diese Entwicklung wurde nicht durch interne Bedürfnisse bestimmt, die aus diesem oder jenem Wachstumsprozeß hätten resultieren können, sondern in allererster Linie durch einen von außen kommenden Druck, durch die Herausforderung der kolonialisatorischen hebräischen Einwanderung und durch die Konfrontation mit der königlich-englischen Regierung, die in ihrer Art ebenso modernistisch war."

Die Weltlage zu Beginn der dreißiger Jahre war bestimmt durch die große Wirtschaftskrise. Palästina ist eines der wenigen Länder der Welt - abgesehen von der UdSSR - das davon nicht betroffen wurde. Ganz im Gegenteil. Nach dem ökonomischen Zusammenbruch der Juden in Mitteleuropa und dem Aufkommen des Nationalsozialismus setzte eine breite Welle jüdischer Einwanderung ein, die noch Ende der zwanziger Jahre völlig unbedeutend gewesen war. (Man übertreibt übrigens die diesbezügliche Bedeutung des Faktors Nationalsozialismus: nur ein Viertel der jüdischen Einwanderer in dem Zeitraum zwischen 1932-1942 war deutscher Herkunft). Der Höhepunkt mit 61.854 Einwanderern wurde 1935 erreicht; dieser neue Andrang von Einwanderern löste bei den arabischen Führern eine Panik aus.

Bei diesem Rythmus hätten die Juden in weniger als zehn Jahren die Bevölkerungsmehrheit gestellt (1931 zählte die Bevölkerung Palästinas 1.030.000 Einwohner, wovon 175.000 Juden waren). Das Land begann, ökonomisch aufzublühen. Der Kapitalzufluß von außen war beträchtlich (30 Mio Pfund Sterling zwischen 1932 und 1936); zugleich erfuhren die Kredite im Inneren in dieser Zeit weltweiter Deflation eine enorme, ja maßlose Expansion (der Geldnotenumlauf hatte sich zwischen 1933 und 1936 fast verdoppelt). In diesem allgemeinen ökonomischen Boom hatten die arabischen Arbeiter die Möglichkeit, in der jüdischen Landwirtschaft (Zitrusfruchtplantagen) beschäftigt zu werden, desgleichen auch im Baugewerbe und in den aufsteigenden jungen Industrien.

Gegen Ende des Jahres 1935 kehrte die Situation sich um. Mit dem Krieg in Äthiopien lästete die Drohung

El:
De
Di
Ei
in

eines bewaffneten Konflikts auf dem Land. Durch die Aufgabe sowohl der äthiopischen als auch seiner eigenen Interessen wurde das Prestige der britischen Kolonialmacht empfindlich getroffen. Die Versicherungstarife für Palästina und den restlichen Vorderen Orient schnellten in die Höhe und der Kapitalzufluß hörte unvermittelt auf; das alizu gespannte lokale Bankensystem erfuhr zahlreiche Bankrotts. In dieser Situation wurde auch der Beginn eines Eindringens arabischer Arbeiter in den modernen ökonomischen Sektor unterbunden. Eine große Anzahl arabischer Arbeiter mußte ihren Arbeitsplatz verlassen und teilweise wieder in ihre Dörfer zurückkehren. Wie es Dr. Bauer ausdrückte, "traf der Hammer der nationalistischen Propaganda den Amboß der wirtschaftlichen Depression".

Unter dem zweifachen Druck der massiven jüdischen Einwanderung und dem Aufkommen einer Wirtschaftskrise, konstituierte sich gegen Ende von 1935 erstmalig eine Front arabischer politischer Gruppierungen. Die meisten von ihnen verkörperten die traditionelle Familienpolitik, ausgenommen die junge Istiqlal-Partei, und das Ganze wurde durch den Mufti von Jerusalem, Hadj Amine El Husseini, bestimmt, der zu seinem Amt durch den ersten englischen Hochkommissar, den Prozionisten Sir Herbert Samuel, bestimmt worden war. (Weil er seine Studien weder in der Azhar von Kairo noch in einem anderen vergleichbaren Institut absolviert hatte, besaß Hadj Amine El Husseini in Wirklichkeit nicht die zu seiner hohen religiösen Funktion erforderlichen Titel). Die arabische Front trug Ende November 1935 dem damaligen britischen Hochkommissar, Sir Arthur Wauchope, drei Forderungen vor: Einwanderungsstop für Juden; Verbot des Landverkaufs; Zusicherung der Bildung einer arabischen Regierung im Lande, basierend auf der Majorität der Araber. Sir Arthur Wauchope verweigerte die Zustimmung zu den ersten beiden Forderungen, aber es scheint, daß er durchblicken ließ, daß seine Regierung bereit sei, die Klausel einzuschränken, die die Einwanderung von der territorialen Aufnahmefähigkeit des Landes abhängig machte. Er war aber bereit, den Arabern einen Schritt in Richtung einer inneren Autonomie des Landes ("home rule") mit einer verfassungsgebenden Versammlung, in der die Araber über die Mehrheit verfügt hätten, entgegenzukommen. "Abgesehen davon, daß die Einwanderungsangelegenheiten nicht in seinen Kompetenzbereich gehörten, schreibt Dr. Bauer, konnten die Juden das Prinzip selbst nicht akzeptieren, daß das Schicksal des Landes von der eingeborenen Bevölkerung bestimmt würde. Sie argumentierten stattdessen, daß die Juden kein Vaterland hätten und leiteten von daher die Forderung nach einer Staatsgründung in Palästina her. Dies war auch der Grund der totalen Ablehnung der Vorschläge des Hochkommissars." Diese wurden schließlich auch im Februar-März durch die beiden legislativen Häuser Englands verworfen. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, daß der Widerstand der Juden der einzige Grund dieser Ablehnung gewesen sei (das glaubt jedenfalls Dr.

Bauer); für die Araber mußte er aber als solcher erscheinen. Sie zogen daraus das Fazit, daß von nun an alle Verhandlungen mit den Briten nutzlos seien, weil die Juden ja doch jede deren Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen könnten. Nun erschien der Aufstand als der einzig gangbare Weg.

Am Beginn des Aufstandes standen zwei Demonstrationen: eine Attacke der aufgeputschten arabischen Menge gegen jüdische Passanten in Jaffa am 19. 4. 1936 und ein Generalstreik, der von Mitte April bis zum 21. Oktober dauerte. Der bewaffnete Kampf verlagerte sich ins Gebirge und nahm zumindest anfangs den Charakter einer Bauernrevolte und von Operationen wenig disziplinierter bewaffneter Banden an, die jedoch bereits zu dieser Zeit genügend große Unterstützung durch die Bevölkerung erfuhren. Der Generalstreik, der sich hauptsächlich auf die Städte konzentrierte und sich auf eine fortgeschrittenere Bevölkerung stützte, zeigt deutliche Analogien mit der zu dieser Zeit selben Art des Kampfes in den angrenzenden Ländern, besonders in Syrien. In diesem Land zwang ein Generalstreik von fünfzig Tagen, der am 1. 3. 1936 siegreich beendet wurde, die französische Regierung zu Verhandlungen, die noch im selben Jahr im September zu dem Vertrag mit der französischen Volksfrontregierung führten. Dieser Vertrag sah vor, daß Syrien innerhalb von drei Jahren unabhängig werden sollte unter der Bedingung, daß Frankreich im ökonomischen Bereich eine Vorrangstelle eingeräumt werde und es militärisch präsent sein dürfe. Allein die Dauer des Generalstreiks in Palästina zeigt, wie unmöglich es war, auf diese Weise zum Ziele zu gelangen. Dabei spielten die Juden eine ausschlaggebende Rolle. Dazu schreibt Dr. Bauer: "Der Streik bewirkte in der jüdischen Gesellschaft eine paradoxe Entwicklung. Ihre ökonomische Unabhängigkeit wurde gestärkt. Man baute den Hafen von Tel Aviv und die Vergrößerung des Hafens von Haifa wurde beschleunigt vorangetrieben. Man baute für die Juden strategisch wichtige Straßen ... Die jüdische Landwirtschaft mußte nicht mehr die Konkurrenz der überschüssigen und billigen Landwirtschaftsproduktion der Araber fürchten, der die Juden vorher aussichtslos unterlegen waren ... Diese Stärkung, die als ein direktes Ergebnis des Generalstreiks und der Revolte angesehen werden kann, war schon an sich eine empfindliche Niederlage der Araber ..."

Wenn die Tatsachen stimmen, ist diese Interpretation unvollständig. Die Stärkung der Position der jüdischen Bevölkerungsgruppe war nicht allein das Ergebnis von Generalstreik und Aufstand, sondern auch der Grund ihres Scheiterns. Dadurch, daß sich der britische Besatzer auf den jüdischen Bevölkerungsteil stützen konnte, der im Lande bereits stark Fuß gefaßt hatte, war es den Arabern nicht möglich, die Waffe des Generalstreiks voll auszuspielen und die wesentlichsten Industrien effektiv zu paralisieren. Ein nationaler Befreiungskampf, der sich auf den am fortgeschrittensten Teil der Bevölkerung stützte und von der entstehenden Bourgeoisie und der städtischen In-

... angetan ... konnte ...
triebsfaktor nicht nur die Gegenwart der Juden haben. Weit davon entfernt, eine progressive und radikalisierende Rolle zu spielen, bewirkte diese im Gegenteil, daß die Araber unter den gegebenen Umständen in einen aussichtslosen Kampf getrieben wurden, in dem die reaktionären Schichten der arabischen Gesellschaft eine führende Rolle spielten. Die Anhänger des einzig möglichen revolutionären Zieles - des gemeinsamen Kampfes von Arabern und Juden gegen den fremden Besatzer - wurden in beiden Lagern unbarmerzig verfolgt. So wurden viele internationalistische Revolutionäre gezwungen, das Land zu verlassen, um den britischen Gefängnissen oder der physischen Liquidierung durch ihre eigenen nationalistischen Aktivisten zu entgehen. Wir können an dieser Stelle nicht detailliert über die einzelnen aufeinanderfolgenden Phasen des Aufstandes berichten, der mit Unterbrechungen (Kommission Peel) drei Jahre dauerte. Wir geben hier nur - im wesentlichen nach der Studie von Dr. Bauer - eine kurze Beschreibung der wichtigsten Phasen.

a) Auf ihrem Höhepunkt hatte die Revolte das ganze Land erfaßt: "Zu einem bestimmten Zeitpunkt, im Frühjahr und Sommer 1938, hatte der Aufstand den größten Teil des nicht-jüdischen Teils des Landes ergriffen ... die britische Administration war nur noch eine Fiktion. Die Aufständischen erhoben Steuern, übten die Gerichtsbarkeit aus und sicherten die Verwaltung in dem weiten Territorium, das sie kontrollierten."

b) In dieser Phase des arabischen Kampfes war die Autorität des Mufti von Jerusalem gestiegen. Es gelang ihm, eine große Zahl seiner politischen Gegner auszuscheiden, aber er vermochte kein vereinigtes Kommando in Leben zu rufen. Die para-feudalistische Struktur der palästinensischen arabischen Gesellschaft mit ihren Klassenunterschieden und dem Fehlen nationaler Einheit, wurde nicht angetastet und ging aus der Kraftprobe sogar gestärkt hervor.

c) Die Heftigkeit, mit der der Kampf in Palästina geführt wurde, sein feudalistisch-religiöser Akzent und der symbolische Stellenwert des Landes begünstigten die Teilnahme von Arabern aus den benachbarten Ländern am Kampf. Der erste militärische Kommandant der Aufständischen, Fawzi Kawkji, war syrischer Herkunft und hatte die irakische Staatsangehörigkeit. Die Kommission Peel gibt ihrerseits zu, daß die anderen arabischen Länder sich an der Lösung des Palästina-problems beteiligten, weil sie ein besonderes Interesse an diesem Gebiet hatten.

d) Bei der jüdischen Bevölkerungsgruppe war die "Havlaga"-Taktik bestimmend (was ungefähr mit "Selbstbeherrschung" oder "Kaltblütigkeit" übersetzt werden kann), die den Akzent auf ein defensives Verhalten der angegriffenen jüdischen Dörfer setzte und sich an Repressalien unter dem Schutz der britischen Truppen beteiligte. Von diesem Verhalten wichen nur die verbotenen Geheimorganisationen ab, und das nur gegen Ende des Aufstandes. Die "Havlaga" wurde da-

Engländer eine jüdische Streitmacht aufstellen und jeden Vorwand ausräumen wollte, der die englische Regierung in ihrer wohlwollenden Haltung umstimmen könnte." Diese Taktik zahlte sich - zumindest teilweise - aus, denn gegen Ende dieser Periode war die legale jüdische Truppe bereits 21.000 Mann stark; sie wurde in die Gendarmerieeinheiten eingegliedert, die den Kern der Hagana und der späteren israelischen Armee bildeten.

e) Das Herannahen des zweiten Weltkrieges zwang Großbritannien, nach einer schnellen Lösung des Problems zu suchen. "Es konnte sich nicht erlauben, auf ein Drittel seiner Truppen, das bereits im Vorderen Orient gebunden war, zu verzichten." Um die Aufrechterhaltung seines durch die Äthiopien-Affäre und München bei den Arabern erschütterten Prestiges besorgt, wollte es die Revolte möglichst schnell niederschlagen. Im übrigen näherte sich der Mufti von Jerusalem Hitler-Deutschland an, in dessen Dienste er sich dann während des Krieges tatsächlich stellte. "Das Land wurde in den Monaten Oktober/November 1938 durch die britischen Truppen zurückerobert. Damit war der Aufstand militärisch niedergeschlagen. Der arabische Widerstand brach ebenfalls zusammen. Die inneren Streitigkeiten, Terror, wirtschaftliches Elend und das System englischer Repressalien brachten die Dorfbewohner dazu, die Unterstützung der Revolte nach und nach aufzugeben. Der Aufstand wurde nicht mit einem Mal niedergeschlagen, sondern er starb langsam ..."

f) Nachdem der bewaffnete Aufstand niedergeworfen worden war, glaubte die britische Regierung, daß man den Arabern politische Konzessionen machen müsse. Der Generalstab hob die Wichtigkeit der Sicherung des Landweges nach dem Fernen Osten hervor, da die Gefahr bestand, daß die Seeverbindungen durch die italienische Präsenz im Mittelmeer empfindlich gestört werden könnten. Nun führte dieser Landweg aber durch die arabischen Länder, und der Aufstand von 1936/39 hatte gezeigt, daß selbst kleine und nur summarisch bewaffnete Gruppen große Schwierigkeiten machen und starke Truppenverbände binden konnten. Das war auch der Inhalt des britischen Weißbuchs über Palästina vom Mai 1939. Man trug den wesentlichen Punkten der arabischen Forderungen Rechnung, schob die Unabhängigkeit des Landes jedoch auf die lange Bank. Das Herannahen des zweiten Weltkrieges drängte also die Suche nach einer internationalen politischen Lösung zugunsten der arabischen Vorstellungen; zugleich übte man Druck auf die Besatzungstruppen aus, den bewaffneten Widerstand der Araber zu brechen. Der Krieg mit seinen Konsequenzen - Niedergang des britischen Einflusses in Palästina; Diskreditierung der palästinensischen Extremisten, die sich mit dem Faschismus verbanden; Diskredit des Weißbuchs, dessen direkte Auswirkung Einreiseverweigerungen nach Palästina auch für solche Juden waren, die vor den Nazis flohen; und schließlich das schreckliche Leiden der Juden während des Krieges - hinderte die Palästinenser letzten Endes

daran, den Kampf doch noch für sich zu entscheiden. Das arabische Volk Palästinas war militärisch geschlagen worden und befand sich politisch in einer verzweifelten Lage - während in einem gegenläufigen

Prozeß die jüdische Bevölkerungsgruppe aus der Revolte militärisch gestärkt hervorging, weil sie sich während des Kampfes mit der britischen Armee verbündet hatte.

FPDLP - Erklärung zu den Flugzeugattentaten

Abgesehen von dem Absturz des schweizerischen Flugzeugs, der von Israel zur Verfälschung des Charakters der von den internationalen progressiven Kräften unterstützten Widerstandsbewegung ausgenutzt wurde, und abgesehen davon, daß das Vereinigte Oberkommando hierfür jegliche Verantwortung der palästinensischen Widerstandsorganisationen ablehnte, ist eine eindeutige, offene und kritische Stellungnahme gegenüber den "Kommando-Aktionen" im Ausland sehr notwendig:

Die Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas, FPDLP, hat vor Monaten eine deutliche Position bezogen. (siehe dazu die libanesische Zeitung Al-Anwar vom 4. 9. 1969 und Al-Hurria vom 12. 9. 1969). Die wichtigsten Punkte dieser Position sind:

1) Es gibt zwei verschiedene Formen der Kommando-Aktion im palästinensischen Widerstand: Die eine entspringt Überlegungen zur weiteren Entwicklung des Guerillakampfes, als Ausdruck breit organisierter und strategisch durchdachter Planung, und die andere entspringt individualistischer und propagandistisch groß angelegter Planung. (Die Aktionen im Ausland).

2) Jede dieser Formen der Kommando-Aktionen stützt sich auf verschiedene theoretische Grundlagen:

- Die kollektiv organisierten Aktionen sind Ausdruck der Verbundenheit mit den Massen. Solche Aktionen orientieren sich an der Mobilisierung der Massen in der sich ständig steigenden Aktion. (Gemeint sind die Kommando-Aktionen der FPDLP, wie z. B. die Rote-Linie, die Ho Chi Minh-Aktion und die Guevara-Aktion, Anm. d. Redaktion).

- Die individualistischen Aktionen (z. B. gegen die Flugzeuge) stützen sich auf die Propagierung des individuellen Terrors. Solche Aktionen schaden letzten Endes der palästinensischen Widerstandsbewegung, weil sie die Massen über die Verherrlichung der individualistischen Aktion anstatt der kollektiv organisierten zu mobilisieren suchen.

3) Das vietnamesische Beispiel bestätigt diese Überlegungen. Die revolutionäre vietnamesische Befreiungsfront, die imstande ist, die amerikanischen Interessen überall anzugreifen, hat den Weg des indivi-

duellen Terrors von vornherein abgelehnt, und zwar aus den vorher genannten theoretischen Überlegungen.

Dies war die Position, die die FPDLP gegenüber den früheren Aktionen im Ausland bezogen hat. Der FPDLP war es nicht daran gelegen, diese Aktion programmatisch zu diskutieren, sondern vielmehr die politischen und theoretischen Hintergründe und Auswirkungen auf die Mobilisierung der Massen in Richtung des revolutionären Volkskrieges aufzuzeigen.

Die individualistische und terroristische Arbeit hat, historisch betrachtet, eine ideologische Grundlage, die die revolutionären Initiativen und die revolutionäre Arbeit der Massen ignoriert. Sie zeigt ein krisenhaftes Verhältnis bestimmter Teile der Intelligenz zu den Massen, und produziert ein falsches Bewußtsein unter den Massen selbst. Der Klassenkampf gegen den Klassenfeind wird damit auf den Kampf gegen Individuen reduziert. Mit einem Schuß gegen den Herrscher, so denken die Terroristen, wird der Herrschaft einer Klasse ein Ende bereitet. Historisch gesehen darf man zweifellos die heroische Arbeit einiger individualistischer Terroristen nicht unterschätzen, aber abgesehen davon, muß man die negativen Auswirkungen dieser Arbeit auf die revolutionäre Massenbewegung und deren weitere Entwicklung berücksichtigen.

Lenin hat die heldenhafte Arbeit bestimmter Gruppen der Intelligenz zweifellos begrüßt, zugleich hat er diese Arbeit im richtigen Rahmen interpretiert. Er zeigte immer wieder, daß solche Arbeit einerseits die Spontaneität anbetet, und andererseits die revolutionäre Rolle der Massen unterschätzt. In seinem Buch "Was tun" bekämpfte Lenin die abweichlichen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung, darunter auch den individuellen Terror:

"Die Ökonomen und die heutigen Terroristen haben eine gemeinsame Wurzel: das ist eben die Anbetung der Spontaneität... Auf den ersten Blick mag unsere Behauptung paradox erscheinen: so groß ist scheinbar der Unterschied zwischen Leuten, die den "unscheinbaren Tageskampf" hervorheben, und Leuten, die zum selbstlosesten Kampf einzelner Personen aufrufen. Aber das ist nicht paradox. Die Ökonomen und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomen - der Spontaneität der "reinen

Arbeiterbewegung", die Terroristen - der Spontaneität der leidenschaftlichen Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen, oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem Ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror".

Lenin kommt dann zu dem Schluß: "Der Terrorismus führt anweilerlich zur Unterschätzung der Rolle der revolutionären Massen und ersetzt die politisch bewußte Massenagitation durch künstlich geschaffene Massen-erregung. Die terroristische Arbeit ist nicht auf die Veränderung des Bewußtseins unter den Massen, sondern lediglich auf die Verfestigung ihrer Spontaneität abgestellt, d.h. sie führt unumgänglich zur Etablierung der herrschenden bürgerlichen Ideologie..." (s. Lenin: Was tun ... Ausgewählte Werke Bd. I, S. 207/208, die Übersetzung wurde dem deutschen Text entnommen, Anm. d. Red.).

Dies trifft genau die Arbeit und Kommando-Aktionen einiger Widerstandsorganisationen und deren Beziehungen zu den Massen. Sie stützen sich auf die Spontaneität und lassen die Massen als Opfer der herrschenden trügerischen Ideen. Der palästinensische Widerstand kann sich unter solchen Bedingungen nicht in Richtung auf einen kollektiv organisierten Volkskrieg weiter entwickeln, der allein in der Lage ist, die Massen in den sich ständig steigenden Kommando-Aktionen zu mobilisieren. Die rein militärische Tendenz und der individualistische Terror führen dazu, daß die politische Aufklärung der Massen und die Vermassung der revolutionären Theorie unmöglich wird. Damit wird auch der militärischen Arbeit und deren Auswirkung auf die Massenbewegung Schranken gesetzt.

Worauf deuten die Kommando-Aktionen im Ausland? - Zunächst werden diese terroristischen Aktionen als Antwort auf den Feind dargelegt. Aber diese Aktionen fürchtet der Feind nicht. Darüberhinaus tragen sie keineswegs zur Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse zwischen den Widerstandsorganisationen und dem Feind bei. Sie produzieren lediglich eine große Propaganda, die das individualistische Heldentum der militärisch organisierten Massenarbeit vorzieht. Zu Beginn dieser Aktionen war die Reaktion der Massen sehr positiv, weil diese Massen im "individualistischen Heldentum" eine psychologisch interpretierbare Überbrückung der Niederlage vom 5. Juni zu erkennen glauben. Andererseits waren die Partisanen, die die Aktionen führten, der Ausdruck eines latent vorhandenen revolutionären Potentials. Ihre Selbstopferung wurden von den Massen als revolutionäre Tat honoriert.

Dieses latent vorhandene Potential wurde aber in den individualistischen Terror anstatt in "kollektiv organisiertes Heldentum" eingesetzt. Demzufolge ist die individualistische Arbeit (Aktionen im Ausland) in theoretischem Widerspruch zu den notwendigen revolutionären Aufgaben der politischen und theoretischen Schulung der Massen geraten. Die vietnamesische Erfahrung ist der beste Wegweiser für die palästinensische Widerstandsbewegung. Diese

Erfahrung entwickelte sich vom Partisanenkampf zum breiten Volkskrieg ohne den individualistischen Weg zu gehen. Sie war von Anfang an darauf ausgerichtet, die Massen in der Aktion zu schulen und zu organisieren. Die Fähigkeit des revolutionären vietnamesischen Widerstands sich weiter zu entwickeln, ist der politische Ausdruck einer revolutionären mit den Massen sehr eng verbundenen Kraft eines Volkes zur Zerschlagung der Kriegsmaschinerie einer der großen imperialistischen Mächte. Die vietnamesische Revolution war, und ist noch, in der Lage die amerikanischen Interessen außerhalb Vietnams anzugreifen. Sie hat dies aber nicht getan, weil das Schlachtfeld nicht die materiellen Interessen des Imperialismus überall umfaßt, sondern vielmehr die militärische Präsenz des US-Imperialismus und deren politische und soziale Auswirkungen auf das vietnamesische Volk. Deshalb richtete sich die vietnamesische Revolution gegen die amerikanischen Aggressoren und die

Streitkräfte der südvietnamesischen Regierung und mobilisierte die Arbeiter- und Bauernmassen zur Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der vietnamesischen Bevölkerung.

Hingegen werden die Angriffe gegen die imperialistischen Interessen im Ausland (von einigen Widerstandsorganisationen) als revolutionäre Strategie hingestellt. Die imperialistischen Interessen werden somit auf bloße, überall zerstreute materielle Interessen reduziert. Gerade hier liegt eine Verfälschung des Kampfes gegen die imperialistischen Interessen. Dies zu erklären ist eine notwendige Aufgabe der Widerstandsbewegung.

Die imperialistischen Interessen zeigen sich in der gesamten Struktur der politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der arabischen Welt, auf die sich der Imperialismus stützt. Die Stützen des Imperialismus sind die in den arabischen Ländern herrschenden Klassen, die direkt oder indirekt mit ihm verbunden sind. Der Imperialismus schützt seine Interessen entweder durch militärische Aggression, wenn seine einheimischen Verbündeten dazu nicht in der Lage sind, wie z.B. am Arabischen Golf, oder durch die Unterstützung der herrschenden Klassen, wie z.B. in Saudi-Arabien ... etc.

Der Kampf gegen die imperialistischen Interessen muß daher die Massen in diesen Ländern mobilisieren gegen die herrschenden Klassen. Die Aufgaben der palästinensischen Widerstandsbewegung liegen neben der Bekämpfung Israels darin, den revolutionären Kampf der un-erdrückten Massen in den arabischen Ländern gegen die herrschenden Klassen zu unterstützen. Dies ist der einzige Weg zur Zerschlagung der imperialistischen Interessen.

Der individualistische Terror führt die Massenbewegung in eine Sackgasse. Die revolutionäre Arbeit, die auf die politische Mobilisierung der Massen und auf die Vermassung der Theorie gerichtet ist, führt zur ständigen Steigerung des Kampfes in Richtung auf den revolutionären Volkskrieg.

Rassismus als imperialistisches Propagandainstrument

Die antiarabische Pressehetze in der BRD

Die Empörung über die teils von einer palästinensischen Organisation (Gruppe des Dr. Sartawi) verantworteten (München), teils den palästinensischen Befreiungsorganisationen zugeschriebenen Flugzeugattentate hat, wo sie versucht hat, sich in Worten auszudrücken, sich selber so exemplarisch denunziert, daß aus ihr die politischen Bedingungen der Möglichkeit solcher Anschläge aufscheinen. Die Zungen sind gelockert, weil angesichts solcher Evidenz des Bösen man sich gehen lassen kann und schlichtweg alles sagen kann, ohne von den öffentlichen Wächtern politischer Sitte gerügt zu werden. Diese Selbstgewißheit legt das Bewußtsein von Kolonialherren bloß, fordert imperialistische und rassistische Mentalität zu Tage und vertreibt den Schein weltbürgerlicher Gleichheit, in den die Völker der Dritten Welt sonst getaucht sind.

Unter der Überschrift "Säubert München!" schrieb der "Münchener Stadtanzeiger": "Hinaus aus München mit jenen ausländischen "Studenten", die seit Jahren keinen Hörsaal mehr betreten haben und auch keinerlei Arbeit nachgehen; es sei denn, man will Schmuggel, Diebstahl und Betrügereien als Berufstätigkeit anerkennen... Hinaus aus München mit Leuten, die nicht davor zurückschrecken, kriegerische Auseinandersetzungen anderer Länder auch in unserer Stadt - in einem neutralen Land - auszutragen." (1)

Es ist nicht schlichtweg die primitive Fremdenfeindlichkeit, die diese Münchener Heimatzeitung aktualisieren möchte; sie liefert im letzten Satz gleichzeitig die historisch politische Fiktion mit, die die eigene Position als die schlechthin moralische unangreifbar machen soll und die die Stuttgarter Zeitung ihren Lesern so vermittelt: "Auch in Europa brennt jetzt die Lunte des Nahost-Konflikts... daß politischer Terror unseren Kontinent erreicht hat, ja von ihm Besitz zu ergreifen droht, ist eine Entwicklung, die selbst abgehärtete Menschen mit Grausen erfüllen muß". (2)

Die Ursachen des Konflikts werden hinweggelogen, statt politischer Aufklärung wird der Wahrnehmung das Muster des Horrorfilms vorgeschaltet: arabische Monstren, deren Bild zwischen heulendem Derwisch und Frankenstein oszilliert, brechen in die "zivilisierte Welt" ("Zwei neue Flugzeuganschläge erschüttern die zivilisierte Welt" (3) ein, machen Europa, diese Insel des Friedens und Heimstatt aller selbstgenügsamen Völker zum Tummelplatz ihres Wahnsinns: "Auch nur emotional denkende, von religiösem Fanatismus beseelte Araber müssen ler-

nen, daß sie sich auf diese Weise die letzten noch vorhandenen Reste proarabischer Sympathien gründlich verschmerzen. Terror und Mord sind Ausgeburt destruktiven Denkens. Bei solcher Verfassung menschlichen Geistes kann kein Araber erwarten, in seinen Friedensbeteuerungen ernst genommen zu werden". (4) Die "Süddeutsche Zeitung" macht die in München wegen des Abba Eban Besuchs in Vorbeugehaft genommenen Araber als untermenschliche Deppen kenntlich, indem sie ihnen gebrochenes Deutsch in den Mund legt, obgleich sie offensichtlich arabisch gesprochen haben: "Onkel in München unterstützt mich, Adresse weiß ich nicht". "Will studieren, weiß noch nicht was". "Wollte nicht zur El Fatah gepresst werden". Dies und ähnliches bekommt der Richter über den Dolmetscher zu hören". (5)

Diese Tiraden und manipulativen Tricks sollen offensichtlich dazu dienen, massenhafte Zustimmung zu imperialistischen Verhältnissen zu erzeugen: Die rassistische Politik des israelischen Staates, seine nur mit Südafrika vergleichbare Apartheid-Politik, findet ihre notwendige Fortsetzung in den Spalten der europäischen und amerikanischen Zeitungen. Alle Versuche, den Ursprung des Konflikts, nämlich daß Israel eine von Europa und den USA vor nicht langer Zeit ins Werk gesetzte koloniale Gründung ist, zuzuschütten, werden immer wieder durch die Notwendigkeit vereitelt, die blutige israelische Politik des Raubes, der Zerstörung und der Vertreibung zu rechtfertigen. Während ursprüngliche Akkumulation sowie Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen des Kapitals die Gründe imperialistischer Politik sind, ist der Rassismus die spezifische Form ihrer Rechtfertigung. Da die offene imperialistische Gewalt, die sich nicht verheimlichen läßt, sich mit den moralischen Normen der "zivilisierten Welt" nicht rechtfertigen läßt, ohne daß die Glaubwürdigkeit dieser Normen bei den Massen und mithin ihre die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisierende Funktion verloren ginge, müssen die vom Imperialismus unterdrückten Völker aus der sogenannten zivilisierten Welt ausgegrenzt, kollektiv für wahnsinnig, irrational, religiös verblendet etc. erklärt, kurz zu Untermenschen deklariert werden, gegenüber denen die moralischen Normen der "zivilisierten Welt" überhaupt nicht gültig sind. Wenn der Sprecher des israelischen Außenministeriums vom "kranken, verdrehten und primitiven Geist der Araber" (6) spricht, überhört die westliche Welt die Bomben, die täglich solches primitive Leben auslösen.

"Wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barba-

rei besorgen" hatte der Zionistenführer Herzi 1896 versprochen und damit das Leitmotiv der Rechtfertigung des imperialistischen Charakters des israelischen Staates formuliert.

Abba Eban beschreibt den Unterschied zwischen Zivilisation und Nicht-Zivilisation 1968 so: "Israel wird weiterhin in Sprache, Denken und Mentalität betont nicht-arabisch bleiben... Das es 1967 überlebte, verdankte es seinem echten Verhältnis zu Wissenschaft und Technik, seinem sozialen Zusammenhalt und seiner demokratischen Ethik - lauter Züge, durch die es sich von seinen Nachbarn unterscheidet..."

Diese Ideologie des westlichen Vorpostens, der imperialistischen Agentur im Nahen Osten schlägt sich ungebrochen in der Presse der BRD nieder. In ein und dem selben Artikel führt die "Frankfurter Rundschau" die Möglichkeit der Enteignung der amerikanischen Öligesellschaften im Nahen Osten auf "den irrationalen Fanatismus, dem das arabische Temperament leicht zum Opfer fallen kann" zurück und schätzt den Stil der israelischen Kriegführung so ein: "Die Israeli waren nicht nur smart genug, die neuste sowjetische Radaranlage nicht nur zu erbeuten, sondern auch klug genug, einigen Sachverständigen aus dem amerikanischen Verteidigungsministerium zu erlauben, sie zu "besichtigen"". (8) Die "Frankfurter Rundschau" weiß nicht nur auf welcher Seite die Interessen des westdeutschen Kapitals und mithin ihre eigenen stehen, sondern auch, daß die arabischen Völker zu Untermenschen gemacht werden müssen, damit die westdeutschen lohnabhängigen Massen umso schwerer die Identität ihrer Interessen mit denen der arabischen Massen erkennen können.

Wenn selbst die Teile der bürgerlichen Presse, die als demokratische Sittenwächter gelten, in die rassistische Hetze einstimmen, macht sich die staatliche Administration keine Skrupel, ihre eigenen Normen zu mißachten. So braucht die Regierung keine Rüge zu fürchten, wenn sie z.B., um den Interpol-Vertrag, der eine Verfolgung von politischen Taten ausschließt, zu unterlaufen, das Frankfurter Attentat zum unpolitischen "Mordversuch" erklärt, während die eigene offizielle Propaganda damit fortfuhr, sich von der politischen Ausschaltung eines politisch motivierten Anschlags zu nähern. So machte der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums deutlich, daß er Flugzeugentführungen nach ihrer politischen Opportunität bewertet: Sicherheitsmaßnahmen gegen Flugzeugentführungen seien bisher nicht dringend gewesen, weil es lediglich einen "positiven Fall", nämlich die Entführung eines polnischen Flugzeugs nach Westberlin gegeben habe. Schließlich gibt die "süddeutsche Zeitung" die Rechtfertigung der Polizei gegenüber Vorwürfen, daß sie in München bislang nicht scharf genug gegen Araber vorgegangen sei, so wieder: "Die Polizei kann ihr bisheriges passives Verhalten jedoch mit einer Lücke im bayrischen Polizeiaufgabengesetz entschuldigen. Dieses Gesetz von 1954 enthält - anders als alle anderen Bundesländergesetze - keine Klausel, die den Sicherheitsbeamten Personenkontrollen erlaubt, wenn nicht der Verdacht einer bestimmten Straftat besteht. (Im Innenministerium wird zur Zeit mit Hochdruck an einer Änderung dieses Paragraphen gearbeitet). Der wahre Grund, daß bisher nicht schärfer vorgegangen wurde, - denn jedes Gesetz kann schließlich verschieden ausgelegt werden -, war jedoch eine verständliche Resignation der Polizeibehörden. Verstöße gegen das Ausländergesetz wurden nämlich bisher, sowohl von der Verwaltung und den Verwaltungsgerichten als auch von den

Strafgerichten, sehr milde behandelt. Polizeiliche Festnahmen auf diesem Gebiet erwiesen sich meist als vergebliche Mühe". (9)

Dieser skandalöse Umgang mit Gesetzen und rechtstaatlichen Normen darf sich als Ausdruck der Regierungspolitik verstehen. "Abba Eban hat bei Abschluß seiner Bonner Gespräche dankbar registriert daß seine deutschen Gesprächspartner nicht von normalen deutsch-israelischen Beziehungen sprachen, sondern sich des besonderen Charakters dieser Beziehungen und der Aufgaben des deutsch-jüdischen Verhältnisses bewußt geblieben sind". (10) Die Vernichtung der Juden durch das nationalsozialistische Deutschland ist heute das Alibi einer imperialistischen Komplizenschaft, deren Rassismus dem der Nazis nicht nur von ferne gleicht.

1) zit. nach: Die Zeit, 13.3.70, S.43.

2) Stuttgarter Ztg., 23.2.70, S.1.

3) Schlagzeile der Stuttg. Ztg. vom 23.3.70.

4) Stuttg. Ztg., 23.2.70, S.1.

5) Südd. Ztg., 28.2.70, S.12. Die Zeit (13.3.70,

S.43) die bei der Südd. Ztg. abschreibt, beseitigt die Ungereimtheit, indem sie den Dolmetscher wegfällt und die Araber ihre gebrochenen Sätze direkt zum Richter sagen läßt. Es sei daran erinnert, daß eines der beliebtesten Stilmittel der antisemitischen Hetze seinerzeit die Imitation jüdischer Sprachgewohnheiten gewesen ist.

6) zit. nach Südd. Ztg., 28.2.70.

7) Abba Eban. Dies ist mein Volk, München-Zürich 1970, zit. nach Heidelberger Tageblatt, 25.2.70.

8) Frankfurter Rundschau, 23.2.70.

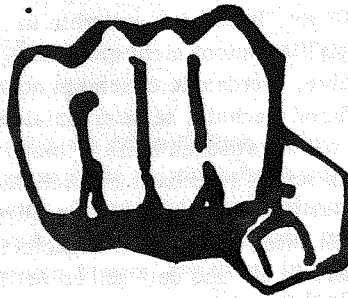
9) Südd. Ztg., 28.2.70, S.12.

10) Aufbau, 6.3.70, S.5 (Zionistische Wochenzeitung, die in New York erscheint).



8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 433874

trikont
verlagskooperative



E. Lobel / S. Gerries

DIE ARABER IN ISRAEL

Der in Israel lebende Palästinenser Gerries gibt eine Darstellung der ökonomischen und sozialen Unterdrückung der Araber innerhalb Israels und schildert ihre systematische Vertreibung und Einschüchterung nach der Staatsgründung. Der Israeli Lobel gibt in seinem umfangreichen Vorwort eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der zionistischen Ideologie und Realität, die die Ursachen für die Lage der Araber sind.

Paperback ca. DM 12,-

P. Cinanni

Emigration und Imperialismus
Zur Problematik der Gastarbeiter

Dieser Text ist die erste umfassende Analyse der Emigration, exemplifiziert vor allem am EWG-Bereich. Herausgearbeitet werden die katastrophalen Konsequenzen der Auswanderung für die Emigrationsländer, ebenso wie der Profit der Imigrationsländer durch diese Verfestigung neo-kolonialer Strukturen. Eine besonders auf die Probleme der Ausländer spezialisierte Betriebsgruppe kritisiert Cinanni's, der KPI entsprechenden, strategische Überlegungen.

Paperback DM 7,-

ROTES FORUM 2/70

ERSCHEINT AM 15. APRIL

ENTHÄLT UNTER ANDEREM :

Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung

Zur Kritik der Mitbestimmung

Hochschulreform in der Leussink-Ära

Analyse des Beamtenrechts

Dokumente zur israelischen Besatzungspolitik